

Politische Berichte



29. Januar 1983
Jg. 4 Nr. 2

G 7756 D Preis:
2,50

Wechseljahre

Ich erinnere jetzt ein Trauma aus frühester Kindheit: Vor fünfzig Jahren gab es schon einmal einen ganz legalen Wechsel.

Sicher. Aber das sollten Sie positiv sehen: Sie haben die Chance, mehr draus zu machen!



Italien: Nach großem Kampf ein bitterer Abschluß. Aber aus dem „Niedriglohnparadies“ wird erstmal nichts Seite 3



Mitterrand-Besuch: Das deutsch-französische Bündnis ist eine imperialistische Kriegsallianz Seite 8



Konzentrationslager (II): Die deutsche Bourgeoisie beutete Millionen Zwangsarbeiter aus Seite 36

Zeitschrift des Bundes Westdeutscher Kommunisten (BWK)

Herausgegeben vom Zentralen Komitee des BWK · 5000 Köln 1, Kamekestraße 19, Telefon 02 21/51 73 76
Erscheint vierzehntäglich bei: GNN Gesellschaft für Nachrichtenerfassung und Nachrichtenverbreitung, Verlagsgesellschaft Politische Berichte, m.b.H., 5000 Köln 1, Kamekestraße 19, Telefon 02 21/51 74 57. Preis: 2,50 DM

<i>Italien:</i> Nach großem Kampf ein bitterer Abschluß. Aber aus dem „Niedriglohnparadies“ wird erstmal nichts	Seite 3
<i>EG:</i> Krankenkostenbeteiligung – Zwang zum Abschluß von Zusatzversicherungen	Seite 4
<i>Italienische und deutsche Bourgeoisie:</i> Italien muß wieder zum Niedriglohnland werden	Seite 5
<i>Aus Politik und Wirtschaft — kurz berichtet</i>	Seite 6
<i>Lohnbewegung:</i> Ein detailliertes Anti-Lohn-Kartell aus Kapitalisten und Regierung	Seite 7
<i>Dänemark:</i> Unterstützt die streikenden Hafenarbeiter! ..	Seite 7
<i>Mitterand-Besuch:</i> Das deutsch-französische Bündnis ist eine imperialistische Kriegsallianz	Seite 8
<i>Lohnrunde 1983:</i> IG Druck und Papier diskutiert Forderung	Seite 9
Der „starke Rechtsstaat“	Seite 10
Volksgemeinschaft und starker Rechtsstaat – Nein	Seite 10
<i>Rechtspolitik:</i> CDU/CSU sinnt über Durchsetzbarkeit ..	Seite 12
<i>Beamtenbund-Tagung:</i> Zimmermann mobilisiert DBB gegen ÖTV	Seite 12
<i>BRD:</i> CDU/CSU-Wahlplattform: Eine Idylle, mit dem Polizeiknüppel gemalt	Seite 13
Das „Wirtschaftswunder“ oder: der nachfaschistische Konkurrenzvorteil	Seite 14
Wehrpolitischer Kongreß der CSU: Wörner übt sich in Wehrmachtsgehröhn	Seite 16
Schwarz-rot-goldenes Wahlprogramm der SPD	Seite 17
<i>Nachrichten aus der Arbeiterbewegung</i>	Seite 18
<i>DIAG:</i> „Flexible Personalanpassung“ und „flexibles Fertigungssystem“	Seite 19
<i>Manteltarif Seeleute:</i> Lohnpause durch die Hintertür ...	Seite 19
<i>Tuberkulose:</i> „Seuche auf Abruf“ – Auswirkungen des Stopps von Vorsorgemaßnahmen	Seite 20
<i>Job-Sharing:</i> Stadtverwaltung als Vorreiter	Seite 21
<i>Grundig-Fusion:</i> „Große deutsche Lösung“ bevorzugt ..	Seite 21
<i>Braunschweig:</i> Langfristige Angriffe auf die Lohnabhängigen sind „eingeleitet“	Seite 22
Katalog kommunaler Haushaltskürzungen	Seite 23

<i>Uranabbau:</i> „Zwischenlösung“ für Menzenschwand? ..	Seite 23
--	----------

<i>Stadtrat Hannover:</i> GABL-Fraktion von der Sitzung ausgeschlossen	Seite 23
<i>Polizeiaufrüstung:</i> Ba.-Wü. will Gummigeschosse einführen	Seite 24
<i>NRW:</i> Kürzungen bei Privatschulen rechtswidrig	Seite 24
<i>Sozialhilfe in Hamburg:</i> Kapitalisten schaffen eine Armuts- und Elendsschicht, Senat kürzt Sozialhilfeleistungen	Seite 25
Die Sozialhilfe ist nicht zu hoch, sondern der Lohn ist zu niedrig!	Seite 26
Stichwort: Sozialpolitik	Seite 27

Internationale Nachrichten Seite 28

<i>Frankreich:</i> Der Kampf der Renault-Arbeiter für höhere Löhne dauert an	Seite 29
<i>Belgien:</i> Regierung beantragt neue Vollmachten	Seite 29
<i>Österreich:</i> Steuerreform trifft Masse der Lohnabhängigen	Seite 30
<i>Japan:</i> Gewerkschaften bereiten „Frühjahrsoffensive“ vor	Seite 30
<i>USA:</i> Einwanderungsgesetz sichert Niedrigstlöhne	Seite 31
<i>Indien:</i> Regierung Gandhi unter Druck	Seite 31
<i>Ägypten:</i> BRD-Imperialisten verlangen weitere Zugeständnisse von der Regierung	Seite 32
Gewerkschaftsrechte dem nationalen Interesse der ägyptischen Bourgeoisie unterworfen	Seite 33

Aus Kultur und Wissenschaft Seite 34

<i>„Hammet“:</i> Wim Wenders und die „schwarze Serie“ – lieber ist ihm Grau	Seite 34
Westberlin im Film: „Frontstadt“	Seite 34
Ein Herz für Elfen und Tiere	Seite 34
Rechtsradikale „Trendwende“	Seite 35
<i>Verlagsprogramm Herder Freiburg:</i> Förderung von Reaktion und klerikalem Dunkelmännertum	Seite 35
<i>Konzentrationslager (II):</i> Die deutsche Bourgeoisie beutete Millionen Zwangsarbeiter aus	Seite 36
Arbeitsplatzstudie	Seite 37
Arbeitsmarkt (I)	Seite 38
Blüms Renten-Wurf: Formel für höhere Lohn- und Rentenabzüge	Seite 39

Nach großem Kampf ein bitterer Abschluß. Aber aus dem „Niedriglohnparadies“ wird erstmal nichts

Einen Sieg kann man das Verhandlungsergebnis, auf das sich die italienischen Gewerkschaftsbünde in der Nacht von Samstag auf Sonntag mit den Kapitalistenverbänden und der Regierung geeinigt haben, nun wirklich nicht nennen. Zumal nicht, wenn man es an der Kampfkraft mißt, die die Arbeiterbewegung in den letzten Wochen unter Beweis gestellt hat. Gegen die einschneidenden Haushaltsbeschlüsse der Regierung Fanfani vom Jahreswechsel hatte sich eine Streikbewegung von einer Wucht entwickelt, wie sie Italien seit vielen Jahren nicht mehr erlebt hatte (s. Pol. Ber. 1/83). An Straßendemonstrationen in Genua und Mailand beteiligten sich über Hunderttausend. Einen Höhepunkt hatte die Bewegung am Dienstag vor dem Abschluß mit einem Generalstreik in der gesamten Industrie erreicht.

Sicher, die Kapitalisten hatten mehr gewollt (und sie schreien, kaum ist die Tinte unter dem Abschluß trocken, schon jetzt wieder nach mehr). Aber die rund 4% Reallohnsenkung, die die Kapitalisten in der Industrie im letzten Jahr durch Verweigerung von Tarifverhandlungen erreicht haben, sind akzeptiert: eine Nachzahlung für 1982 ist nicht vorgesehen. Weitere 3 bis 4% Reallohnsenkung in den nächsten beiden Jahren sind nach einer Überschlagerrechnung durch den Abschluß vorprogrammiert, dies noch unter der optimistischen Voraussetzung, daß die Infla-

tion tatsächlich wie geplant unter 13 bzw. 10% gedrückt wird.

Was steht nun in der Vereinbarung, die die Regierung mit der ultimativen Drohung, sonst werde sie „von sich aus“, also durch autoritären Eingriff in die Tarifautonomie, handeln, durchgedrückt hat? Die *Inflationszuschläge* werden um 15% gedrückt. Noch verhandelt werden soll über eine „Bereinigung“ des zugrundeliegenden Preisindex um die Wirkungen von Mehrwertsteuererhöhungen und Wechselkursschwankungen. Das dürfte weitere 2 bis 3% Kürzung bedeuten. Die bisherige Regelung sah vierteljährliche Festgeldzuschläge vor, mit denen durchschnittlich etwa 70% der Teuerung ausgeglichen werden konnten. Diese tarifliche Vereinbarung hatten die Kapitalisten im letzten Sommer mit Wirkung zum 31.1. 1983 gekündigt. Danach wollten sie nur noch die bis 1975 üblichen, nach Lohngruppen differenzierten Zuschläge zahlen. Für die meisten Arbeiter hätte das eine Kürzung der Zuschläge um mehr als die Hälfte, bei der gegenwärtigen Inflationsrate von 17% also einen jährlichen zusätzlichen Reallohnverlust von rund 8% bedeutet. Die Gewerkschaften hatten sich Ende letzten Jahres auf die abschüssige Bahn begeben, von sich aus eine Kürzung der Zuschläge um 10% anzubieten. Eine erneute Differenzierung nach Lohngruppen haben die Kapitalisten nicht durchsetzen können.

Gleichzeitig wird die Laufzeit der seit Anfang letzten Jahres überfälligen *Tarifverträge* von bisher drei auf dreieinhalb Jahre verlängert. Die Tarifloohnerhöhungen sind auf durchschnittlich 25000 Lire für 1983, 35000 Lire für 1984 und 40000 Lire für 1985 festgelegt (1000 Lire = 1,74 DM). In den ersten 20 Monaten der Laufzeit können nicht, wie bisher üblich, zusätzliche Lohnerhöhungen durch Betriebsarbitrat vereinbart werden. Durch die Vereinbarung wird die Tarifpolitik der Einzelgewerkschaften und der betrieblichen Gewerkschaftsorganisationen also in das Korsett zentraler Lohnleitlinien gezwängt.

Die Kapitalisten können sich „versuchsweise“ 1983 50% der neu einzustellenden Arbeiter nach eigener Willkür aussuchen. Bisher sind sie – jedenfalls auf dem Papier – verpflichtet, die vom Arbeitsamt nach einer Rangliste benannten Arbeiter zu nehmen (die Rangliste wird nach Kriterien wie Dauer der Arbeitslosigkeit, Familienstand usw. aufgestellt). Arbeiter, die Kurzarbeitergeld kriegen (allein bei FIAT Turin über 20000), sind künftig verpflichtet, „gleichwertige“ Arbeit zu nehmen oder „sozial nützliche Arbeiten“ zu verrichten. Alles Maßnahmen, die den Druck der Arbeitslosen und des Millionenheeres von zu Niedriglöhnen beschäftigten „Schwarzarbeitern“ auf Lohn und Arbeitsbedingungen in der großen Industrie verschärfen werden.

Zum Ausgleich für die Lohnsenkungen hat die Regierung eine Lohnsteuerreform zugesagt. Die inflationsbedingte Progression wird damit für etwa ein Jahr aufgehalten. Die Regierung mußte sich verpflichten, künftig regelmäßig über eine Steuertarifierneuerung zu verhandeln. Außerdem werden die Kinderzuschläge für die niedrigen Einkommensgruppen erhöht. Für besonders schlecht bezahlte Arbeiter mit Kindern wird beides zusammen die Reallohnkürzung in einigermaßen engen Grenzen halten. Die Kapitalisten mußten eine Arbeitszeitverkürzung um 40 Stunden *jährlich* zugestehen, eine Pille, die ihnen durch Abwälzung weiterer Versicherungsbeiträge auf die Staatskasse reichlich versüßt wird.

Schließlich mußte die Regierung einige ihrer Dekrete vom Jahreswechsel modifizieren, die den allgemeinen Haß der Arbeiter hervorgerufen hatten. Die „Selbstbeteiligung“ an den Krankheitskosten wird etwas weniger erhöht,



Generalstreik am 18. Januar. Überall Rekordbeteiligung: allein in Mailand (Bild) demonstrierten 200000, in Genua wenige Tage vorher 100000

die öffentlichen Tarifierhöhungen werden auf das Maß der „geplanten Inflation“ (13%) zurückgeschraubt. Den geplanten „Karenztag“ bei Krankheit mußte die Regierung wieder fallenlassen, dafür wird die vertrauensärztliche Bespitzelung gewaltig verstärkt.

Die schroffen Klassenkämpfe der letzten Wochen und Monaten waren das unvermeidliche Ergebnis des Versuchs der Bourgeoisie, die wichtigsten Errungenschaften der Gewerkschaftsbewegung seit 1968/69 zunichtezumachen und Italien wieder – wie in den 50er und 60er Jahren – in ein europäisches Niedriglohnparadies zu verwandeln: das hätte die Gewerkschaften auf den Stand der 50er Jahre zurückgeworfen, als sie den regelmäßigen Abschluß von Tarifen mühselig Branche für Branche durchsetzen mußten. Beseitigung der Festgeldinflationsszuschläge, die in den letzten Jahren die Ausbildung einer größeren Niedriglohnzone wenigstens auf dem *offiziellen* Arbeitsmarkt und in der großen Industrie mit verhindert haben. Einführung von Karenztagen: In der Metallindustrie z.B. war erst im „heißen Herbst“ 1969 die volle Lohnfortzahlung durchgesetzt worden.

Konsumgüterexport auf Niedriglohnbasis – das war das Erfolgsrezept des „italienischen Wirtschaftswunders“ in den 50er Jahren, mit dem sich die italienischen Imperialisten erstmals zu einer auch industriell einigermaßen respektablen Macht mausern konnten. Die millionenfache Ruinierung der Bauern sorgte für dauernde Überfüllung auf dem Arbeitsmarkt (von 1951 bis 1970 sank der Anteil der Landwirtschaft an der Erwerbsbevölkerung von 44% auf 19%). Die Gewerkschaften waren schwach und zudem noch in Richtungsverbände gespalten.

Diese Sorte Akkumulationsmechanismus wurde durch die großen Arbeiterkämpfe der späten 60er Jahre nachhaltig erschüttert. Löhne und Arbeitszeiten gewannen immerhin Anschluß an den europäischen Durchschnitt. Dem Despotismus der Kapitalisten in der Fabrik wurde Schranken gesetzt (daher der unausgesetzte Schrei nach mehr „Mobilität“). Zwar konnte die Bourgeoisie durch die Politik der „nationalen Einheit“ (mit der PCI) die unmittelbare Erschütterung ihrer politischen Herrschaft abwenden, aber damit waren noch längst nicht die wirt-

schaftlichen und sozialen Bedingungen geschaffen, die sich die Kapitalisten wünschen.

Die Gegenoffensive gegen die Arbeiterbewegung wurde vorbereitet durch die Ausbildung eines wuchernden Sektors von „Schwarzarbeit“ (ohne Tarif, Gewerkschaft und Sozialversicherung). Alsdann gingen die Kapitalisten daran, den zähen Widerstand der Belegschaften in der großen Industrie durch massenhafte Entlassungen (oder als Kurzarbeit getarnte Entlassungen) zu brechen. Ein wochenlanger Streik dagegen bei FIAT, dem größten privaten Konzern, endete 1980 mit einer Niederlage.

Soweit gerüstet, schien der Bourgeoisie die Zeit gekommen, das Tarifsystem selbst frontal anzugreifen. Die EG-Kommission forderte mit einem frechen Brief im Juli 1981 die Regierung auf, endlich mit den Inflationsszuschlägen aufzuräumen. Als die Gewerkschaften sich nicht zur Kapitulation bequemen, wurde die Regierung gewechselt und der bewährte Reaktionsfanfani ans Ruder gebracht. Fanfani drohte mit Zwangseingriffen bei den „Arbeitskosten“ und brachte zum

EG: Krankenkostenbeteiligung – Zwang zum Abschluß von Zusatzversicherungen

Wenn die Lohnabhängigen trotz Drucks der Kapitalisten sich krankschreiben lassen und die Leistungen der Versicherungen in Anspruch nehmen, werden sie gezwungen, außer den Versicherungsbeiträgen verstärkt zusätzlich zu zahlen. „Eigenbeteiligung bei Bagatellkrankheiten“ nennt die Bourgeoisie das. Diese zusätzlichen Zahlungen sind nun ganz sicher keine Bagatellen. Für die Lohnabhängigen sind sie teuer und lebensnotwendige Beträge. Die Kapitalisten drücken darüber den Krankenstand, halten ihre Beiträge an die Krankenversicherungen niedrig und wälzen die Kosten für die von ihnen verantworteten Krankheiten der Lohnabhängigen auf diese ab. Der folgende Vergleich mit anderen EG-Staaten zeigt, daß die Einführung von zusätzlichen Zahlungen für „Bagatellkrankheiten“ leicht dazu führen kann, daß die Lohnabhängigen zusätzliche eigene Versicherungen abschließen müssen, um insbesondere für Familien bei Krankheit einen genügenden Schutz zu sichern. Die Bourgeoisien stacheln sich in ihren Angriffen auf den Versicherungsschutz gegenseitig an und nehmen den jeweils erreichten schlechtesten Standard als Ausgangspunkt für weitere Angriffe.

Frankreich: Über die Hälfte der Lohnabhängigen, die in der allgemeinen Krankenversicherung Mitglied sind, haben eine zusätzliche Versicherung abschließen müssen, denn nur 75% der Krankenpflegekosten und der Zahnarztbehandlung erstattet die staatliche Versicherung zurück. Bei verordneten Arzneien müssen die Versicherten 30% bezahlen, nur bei Spezialmedikamenten zahlt die Versicherung den gesamten Betrag. Bei sogenannten Bagatellarzneien muß der Versicherte seit 1980 60% statt bisher 40% zuzahlen. Die Selbstbeteiligung für die Krankenhauspflge beträgt 20%. Im letzten Jahr hat die Regierung durchgesetzt, daß zusätzlich für die ersten 14 Krankenhaustage jeder Kranke pro Tag 20 FF (1 FF ca. 0,36 DM) Essensbeitrag zahlen muß.

Belgien: Ebenso wie in Frankreich sind die Versicherten gezwungen, Zusatzversicherungen abzuschließen, denn die Patienten müssen 25% der Arzthonore und Gebühren bezahlen. Zusätzlich müssen für jeden Hausarztbesuch ab 1.10.82 65 bfr. (ca. 3,35 DM) gezahlt werden, zuvor 30 bfr. Bis zum 1.4.82 waren Witwen, Waisen, Rentner und Invaliden von diesen Zahlungen ausgenommen, seitdem müssen sie 20 bfr. je Besuch eines Hausarztes zahlen, 50 bfr. je Besuch eines Fach-



Frankreich: 1980 verhinderten die Kämpfe der Gewerkschaften den Regierungsplan, die Rückerstattung der Zusatzversicherungen zu beschneiden. Bild: Demonstration in Paris

arztes. Die Behandlung durch einen Apotheker kostete bisher 35 bfr., jetzt 50 bfr. Bei verordneten Arzneien müssen die Versicherten 35 bfr., bei Spezialarzneien 70 bfr. zuzahlen. Die Kosten für Zahnersatz übernimmt die Kasse nur, wenn der Patient über 50 Jahre alt ist und der Vertrauensarzt die Behandlung genehmigt hat. Im Krankenhaus müssen die Patienten nach dem 40. Tag je weiteren Tag 53 bfr. entrichten, ab dem 91. Tag zwischen 159 und 265 bfr.

Italien: In den letzten beiden Jahren wurden die zusätzlichen Zahlungen der Patienten in kurzen Abständen auf immer mehr Bereiche ausgedehnt. Die

Jahreswechsel ein ganzes Paket widerwärtiger Plünderungsmaßnahmen auf den Weg.

Eine Welle spontaner Streiks war die Antwort. Überall verbreitete sich das Bewußtsein, einen auf Jahre hinaus entscheidenden Kampf zu führen. In den Betrieben bildete sich trotz andauernder quälender Querelen zwischen den Richtungsgewerkschaften eine breite Einheitsfront. Der Innenminister äußerte sich „besorgt“ über die „öffentliche Sicherheit“. In Rom griff die Polizei eine Gewerkschaftsdemonstration an.

Die großartigen Kämpfe der letzten Wochen haben nicht zu einem entsprechenden Erfolg geführt. Dazu hat sicher beigetragen, daß in der Führung aller drei Gewerkschaftsbünde auch (und zum Teil maßgeblich) Vertreter von Regierungsparteien sitzen. Trotzdem: der Großangriff der Bourgeoisie ist – freilich um einen hohen Preis – erstmal zum Stehen gebracht. Das stärkt die Arbeiterbewegung auch in den anderen westeuropäischen Ländern.

Quellenhinweis: Jahresbericht der Banca d'Italia 1981; Rassegna Sindacale Dezember 1982; Unità, Januar 1983; La Stampa 24.1.1983

jüngsten Beschlüsse der Regierung Fanfani legten fest: Auf jedes Rezept ist eine Gebühr von 1500 Lire zu zahlen (1000 Lire ca. 1,74 DM). Bei Antibiotika und Chemotherapeutika beträgt die Beteiligung 5%, bei anderen Medikamenten 20% des Preises, bisher je nach Preisklasse 200, 400 und 600 Lire. Die Beteiligung bei Laboranalysen und Röntgenaufnahmen wurde auf 30%, bisher 15% erhöht. Wenn gleichzeitig mehrere Analysen oder Röntgenaufnahmen verordnet sind, sind höchstens 60000 Lire, bisher 40000 Lire zu zahlen.

Großbritannien: Der Patient muß je Rezept 1,30 Pfund Rezeptgebühr zahlen (ca. 5 DM). Am 1.4.82 setzte die Regierung Thatcher eine neue Gebührenordnung für die Behandlung durch den Zahnarzt in Kraft. Pro Behandlungsdurchgang zahlt der Patient die Kosten außer Zahnersatz, Brücken, Füllungen usw. bis zu einer Höhe von 13 Pfund. Dazu muß er für Zahnersatz und Restauration der Zähne bis zu 90 Pfund bezahlen. Den Patienten kostet ein Brillenrahmen zwischen 2,05 bis 9,27 Pfund. Für Linsen ist der Höchstbetrag 15 Pfund. Wenn ein Patient im Krankenhaus in einem kleineren Zimmer liegen will, englische Krankenhaussäle haben oft mehr als 30 Betten, kostet ihn das zusätzlich je Tag 5 Pfund, ein Einzelzimmer 10 Pfund.

Quellenhinweis: Die Organisation, Finanzierung und Kosten des Gesundheitswesens in der EG, Hrsg. Kommission der EG, Brüssel 1979

Italienische und deutsche Bourgeoisie: Italien muß wieder zum Niedriglohnland werden

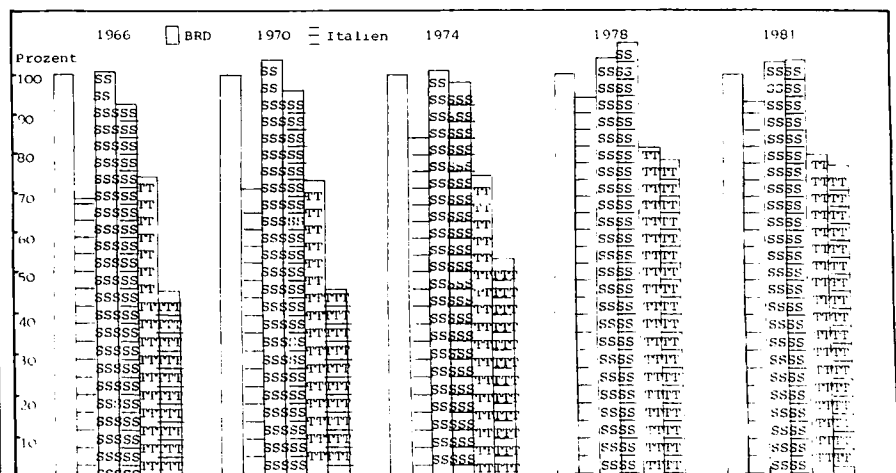
Unverhohlen gab der deutsche Bundespräsident Carstens während seines Italienbesuches im November vergangenen Jahres den Hoffnungen der deutschen Monopolbourgeoisie Ausdruck, daß es der italienischen Kapitalistenklasse und Regierung in der nächsten Zeit glücken werde, die in Jahrzehnten erkämpften Erfolge der italienischen Arbeiterbewegung zu nichtezumachen: „Man kann nicht umhin anzuerkennen, daß jeder Staat seinen Teil an der Verantwortung für die heutige Situation übernehmen muß. Hintergrund ... war ... eine inflatorisch aufgeblähte Einkommensentwicklung in unseren Ländern ... Sie kennen die jüngsten Beschlüsse der Bundesregierung ... Diese Politik verlangt von allen Einkommensbeziehern, daß sie ... ihre Ansprüche mäßigen.“

Gierig hoffen die deutschen Imperialisten darauf, daß es der italienischen Kapitalistenklasse gelingt, den Gewerkschaften in den laufenden Tarifaueinandersetzungen eine gehörige Niederlage beizubringen. Die italienischen Kapitalisten suchen die Entscheidung darüber, ob es ihnen gelingt, das Lohnniveau in Italien erneut soweit zu senken, daß sie sich Extraprofite wie in den fünfziger und sechziger Jahren aneignen können. Die italienische Arbeiterbewegung hat, zumindest in den Branchen, in denen sie tariflich gesicherte Löhne durchsetzen konnte, den Elendsstandard beseitigt, den nicht zuletzt die deutschen Imperialisten nutzten, um hunderttausende italienische Arbeiter in der BRD zu übelsten Bedingungen auszubeuten. (Im Schaubild sind verglichen die durchschnittlichen Bruttomonatsverdienste der Arbeiter in der Gesamtindustrie, der Stahl- und der Textilindustrie, umgerechnet

über Kaufkraftstandards in DM.) Die Anhebung des Lohnniveaus gerade in den Niedriglohnbereichen schlägt sich deutlich nieder in der Entwicklung des Durchschnittsbruttolohns in der Industrie: Lag der Lohnstandard in Italien 1966 noch bei 68,8% des Durchschnittslohns der Industriearbeiter in der BRD, so beträgt er 1981 93,03%.

Mit diesen Ergebnissen hat die italienische Arbeiterbewegung einen Lohnstandard durchgesetzt, der zahlreichen italienischen Arbeitern, die ihre Arbeitskraft in der BRD verkaufen mußten, ermöglicht, in Italien ihre Arbeitskraft zu kaum schlechteren oder auch besseren Bedingungen zu verkaufen. Eben darauf bezieht sich Carstens, wenn er von „inflatorisch aufgeblähten“ Einkommen spricht. Die deutsche Bourgeoisie hat ein lebhaftes Interesse, den Lohnstandard in den EG-Staaten zu senken, um so leichter hofft sie, gegenüber den Arbeitern in der BRD ihre rabiaten Lohnsenkungspläne durchsetzen zu können, und sie setzt darauf, die Ausbeutung zu Niedrigstlöhnen in eigener Regie durchzuführen, sei es durch Kapitalexport oder durch erneute erweiterte Ausbeutung ausländischer Arbeitskraft in der BRD. Der Umstand, daß es den italienischen Kapitalisten gelungen ist, hunderttausende Arbeiter und Landarbeiter außerhalb des Lohntarifs auszubeuten und in einigen Regionen nach wie vor nur Niedrigstlöhne zu zahlen, erwärmte denn auch Carstens in Italien: „Das sizilianische Volk hat heute einen festen Platz in Deutschland ... Ihre (der Sizilianer, d. Red.) Arbeit, ihr Talent finden große Anerkennung.“

Quellenhinweis: Presse- und Informationsamt der Bundesregierung, Bulletin Nr. 106, 6.11.82



Quellen: Statistisches Jahrbuch der BRD, Ausgaben 1966 - 1982; Rassegna della Statistica del Lavoro, Ausgaben 1966 - 1982; für die Kaufkraftseinheiten: Statistisches Amt der Europäischen Gemeinschaften

Lehren aus der OPEC-Krise

„Gegen den Markt“ hätten die OPEC-Staaten jahrelang operiert, „Monopolpreise“ hätten sie verlangt und den Rest der Welt bluten lassen. Solcherart höhnische Kommentare finden sich jetzt zuhauf in der bürgerlichen Presse. Der Triumph über das Scheitern der OPEC-Konferenz ist unüberhörbar. In den ZDF-Nachrichten konnte man gar am Dienstag hören, schon einen Tag später seien die „Marktpreise“ für Rohöl um 3 auf 30 \$ je Barrel (1 Barrel = 159 Liter) gefallen. Nun könnte man auf solche Nachrichten entgegnen, daß der Iran schon seit Wochen sein Öl zu nur 28 \$ je Barrel verkauft – von einem „Preiszusammenbruch“ also keine Rede sein kann. Daß weiter die Imperialisten selbst einen zu raschen Preisverfall verhindern wollen – Staaten wie Mexiko, Indonesien, Nigeria und Venezuela mit zusammen weit über 100 Mrd. \$ Auslandsschulden wären sonst in kürzester Zeit zah-

lungsunfähig und selbst die US-Flotte dürfte kaum in der Lage sein, in vier Staaten in drei Kontinenten gleichzeitig zwecks Schuldeneintreibung zu intervenieren. Dennoch: an der Tatsache einer schweren Krise der OPEC, zehn Jahre nachdem die OPEC-Mitglieder den unerträglichen Zustand beendeten, daß ihre oftmals einzigen Bodenschätze imperialistischen Monopolen gehörten und von diesen zu Spottpreisen leergeplündert wurden, an dieser Tatsache ändert das nichts. Noch 1979 förderten die OPEC-Staaten täglich 31 Mio. der weltweit 52 Mio. Barrel Rohöl. Heute ist ihr Anteil auf 18 Mio. von weltweit 45 Mio. Barrel gefallen. Und selbst diese Förderung geschieht ebenso wie Transport und Weiterverarbeitung noch immer zum größten Teil durch die imperialistischen Ölmonopole. Nur daß die Bodenschätze selbst den OPEC-Staaten gehören und sie den Lizenzpreis für ihr

Rohöl erhöhen konnten. Genau diese Erfolge wollen die Imperialisten jetzt rückgängig machen: sie wollen die OPEC zerschlagen, die Bodenschätze wieder in ihre Besitz bekommen und die Lizenzpreise für die Förderung wieder zu Spottpreisen hinabdrücken. Wenn die Staaten der Dritten Welt ihre Lehren aus der OPEC-Krise ziehen, dann können diese nicht sein: Zusammenschlüsse gegen die imperialistische Rohstoffplünderung sind zwecklos. Das sind sie nicht. Aber sie sind ständig von der Gefahr ihrer Zerstörung durch die Imperialisten bedroht, solange die Staaten der Dritten Welt nicht alle Kraft daran setzen, eine selbständige Wirtschaft aufzubauen und aus dem imperialistischen Weltmarkt auszusteigen. Und gegenüber den Trompetensignalen von wegen „Monopolpreis“ ist festzuhalten: Der Anteil des Rohölpreises am westdeutschen Benzinpreis beträgt bei einem Barrel-Preis von 30 \$ ganze 46 Pfennig je Liter. Benzinsteuer und Mehrwertsteuer dagegen machen 66 Pfennig aus.

Videocolor-Prozeß

Im Sommer 1982 erhob die Ulmer Staatsanwaltschaft gegen den Werkzeugmacher Frerkes von Magirus und den Uniangestellten Cremer, die den Kampf der Videocolor-Arbeiter aktiv unterstützt hatten, Anklage wegen gemeinschaftlichem aufwieglerischem Landfriedensbruch. Das Amtsgericht lehnte die Eröffnung der Hauptverhandlung ab, worauf Oberstaatsanwalt Villwock Beschwerde erhob, der stattgegeben wurde. Den beiden Angeklagten wird vorgeworfen, an einem nicht mehr genau bestimmbar Tag im Februar 15 Türken, zufällig versammelt in einem Wohnheim, aufgefordert zu haben, im Falle eines Polizeieinsatzes die Maschinen zu zerschlagen und das Werk zu besetzen. Die Anklagevertretung kann nur einen Zeugen dafür aufbieten, aber trotz Bemühens keinen aus dem Kreis der 15 Türken. Es besteht zudem begründeter Verdacht, daß erhebliche gemeinsame Anstrengung von Polizei und Zeuge nötig war, das Aussagekonstrukt zu erstellen. Der naive Maschinenstürmeraufruf erfolgte jedenfalls nie. Ganz offensichtlich geht es um den auch gar nicht. In all seinen Erklärungen gegenüber der Presse, zu denen sich Villwock aufgrund breiter Angriffe aus

der Öffentlichkeit gezwungen sieht, legt er größten Wert auf die Betonung seiner „Erkenntnisse, daß es sich bei den beiden um Mitglieder der Marxistisch-Leninistischen Partei Deutschlands (MLPD) handelt“, und vermittelt mit geradezu dreister Offenheit das eigentliche Anliegen der Justiz, eine revolutionäre Gesinnung abzuurteilen. Die IGM, Betriebsräte aus allen Ulmer Großbetrieben, Kirchen beider Konfessionen, SPD u.a. fordern den Freispruch der Angeklagten. Sie sehen mit Recht den Versuch, den Kampf der Videocolor-Arbeiter nachträglich zu kriminalisieren angesichts angekündigter Massenentlassungen bei AEG und Magirus Ulm. In jeder Hinsicht ist die Unterstützung der Angeklagten nötig. Verhandlungstermin: 24.2.83, 15 Uhr, Amtsgericht Ulm.

Schubart-Urteil gegen Demonstrationsrecht

Wegen „versuchter Nötigung der hessischen Landesregierung“ hat der Staatsschutz beim Frankfurter Oberlandesgericht am 19.1. Alexander Schubart zu zwei Jahren Gefängnis auf Bewährung verurteilt. Schubart hatte als Sprecher der „Arbeitsgemeinschaft Volksbegehren – Keine Startbahn West“ auf der Demon-

stration der 100000 am 14.11.81 in Wiesbaden dazu aufgerufen, am nächsten Tag – „gewaltfrei“ – vor dem Frankfurter Flughafen zu demonstrieren, weil die Landesregierung durch die Rodungsarbeiten am Gelände der zukünftigen Startbahn 18 West schon vor Entscheidung des zuständigen Gerichts über die Zulassung des Volksbegehrens vollendete Tatsachen schaffen wollte. Auf dieser zweiten Demonstration wurde für einige Zeit der Fluggastverkehr am Flughafen sowie der Autobahnverkehr blockiert. In der Urteilsbegründung wurden die Rechte aus Meinungs- und Versammlungsfreiheit verdreht als Schutz Unbeteiligter vor Belästigung durch unerwünschte Meinungskundgebungen. Der Staatsschutzsenat sprach selbst von der „Signalwirkung“ seines Urteils und die Bundesanwaltschaft kündigte eine verstärkte Prüfung an, ob bei Demonstrationen auch „Belange des Staatsschutzes berührt“ seien. Rechtzeitig zum Versuch der Wende in Bonn wird damit der Staatsschutzparagraph 105 StGB, zuletzt angewendet auf Streiks gegen das reaktionäre Betriebsverfassungsgesetz von 1952, wieder neu gegen die Arbeiter- und Volksbewegung geschliffen. 5000 demonstrieren am Samstag gegen das Urteil.

Stationierungsbeschleunigungspläne

Wer ist der Friedfertigste im Land? Kohl, Strauß, Genscher, Vogel, Apel? Sie alle überbieten sich, wie die „Raketendrohung“ zu verringern sei: „Null-Lösung“ sei das „optimale Friedensziel“, so die einen. Nein, die anderen, man dürfe doch von den Russen nichts unmögliches verlangen, auch die „Zwischen-Lösung“ müsse im Abrüstungsgespräch bleiben. Dazu sei in Erinnerung gerufen: „Null-Lösung“ ist der von den USA auf heißen Wunsch Helmut Schmidts vorgebrachte Plan zur Stationierung von Mittelstreckenraketen, die mit Atomsprengköpfen jedes Ziel in der europäischen Sowjetunion erreichen können, auf westdeutschem (ebenso britischem und italienischem) Boden. Diese Stationierung soll nur dann unterbleiben, wenn die UdSSR ihre sämtlichen auf Land stationierten Mittelstreckenraketen – das sind 70% aller ihrer Raketen dieses Typs – verschrottet. Die UdSSR stünde dann einer – im fieberhaften Ausbau befindlichen – Übermacht von US-Raketen gegenüber, die sich zu 80% auf U-Booten und Bombern befinden. Die Sowjetunion erklärte sich trotz der in der „Null-Lösung“ enthaltenen offenen NATO-Drohung bereit, ihre Mittelstreckenraketen hinter den Ural zurückzuziehen, womit sie den Atlantik nicht mehr erreichen könnten und der NATO mit ungestörtem US-Nachschub nach Europa ein bedeutender strategischer Vorteil eingeräumt wäre. Dieser Vorschlag veranlaßte die festgestellten propagandistischen Anstrengungen. Die expansiven Absichten solcher Bemühungen werden deutlicher in dem, wozu die westdeutschen „Null“- und „Zwischen“-Löser schweigen: Keine Erklärung, auf den Ersteinsatz von Atomwaffen zu verzichten. Und während kein Staat des Warschauer Paktes territoriale Ansprüche erhebt, Bekräftigung solcher Ansprüche gegenüber der DDR seitens der BRD! Genau aus diesem Grund hat Strauß sich bereits vor zwanzig Jahren für eine „multinationale“ Atomstreitmacht anlässlich der Stationierung von Pershing I ausgesprochen. Der nüchterne Zweck des jetzigen Wettkampfes in Friedfertigkeit ist nicht anders: sie wollen die Dinger und zwar so viele, wie irgend möglich.

Lohnbewegung

Ein detailliertes Anti-Lohn-Kartell aus Kapitalisten und Regierung

Daß die unionsgeführte Regierung nur wenige Monate brauchte, um mit den Spitzen der deutschen Wirtschaft ein detailliert ausgestaltetes Anti-Lohnkartell zu bilden, erstaunt, beweist aber, daß die einschlägigen Vorarbeiten weit gediehen waren.

Der Grundstock der Taktik, mit der auch ein drittes Jahr offener Lohnsenkung erzielt werden soll, ruht im parlamentarischen Gewissensumpf. Der Bundestagsbeschluß, den Beamten einfach nur 2% zu geben und Schluß, umriß den Kapitalisten das Mögliche und trug dem Umstand Rechnung, daß die Lage der einzelnen Kapitale in der

Zugeständnis der Kapitalisten verkauft werden kann, machen die Unternehmerverbände sanfte Opposition. Sie nörgeln, daß ihnen an Stelle eines Zwangskredites aus Arbeitnehmerhand lieber wäre, wenn die entsprechenden Beträge gleich in ihrem Besitz blieben. Stand ist jetzt, daß den Kapitalisten die Möglichkeit verbleiben soll, die Vermögensbildenden um die Einlage zu prellen, und sei es auf dem strapaziösen Weg des Bankrotts.

Zu den Absprachen des Anti-Lohn-Kartells gehört auch das konzertierte Bemühen, bei Gelegenheit von Firmen-sanierungen in bestehende Tarifverträ-

tarife in einem siebenstufigen Entlohnungssystem zusammen und enthält nach den Worten Steinkühlers einen „absoluten Abgruppierungsschutz“. Dieser soll durch die Bindung der Eingruppierung an die Person entstehen, die bewirken würde, daß der Lohn nicht automatisch mit jeder Zerlegung der Arbeit fällt, wie das nach dem jetzigen System der „analytischen Arbeitsplatzbewertung“ der Fall ist. Die krasse Maßnahme, der Ausschuß aus dem Unternehmerverband, beweist, daß die Kapitalisten sich die Gelegenheit nicht nehmen lassen wollen, sowohl zu rationalisieren wie dann die strapaziosere, aber „einfachere“ Arbeit tarifvertraglich korrekt auch noch schlechter zu zahlen.

Die IG Metall hat jetzt ein Schwarzbuch, „Unternehmerverhalten in der Krise“ veröffentlicht. Nach den Pressemeldungen ist darin z.B. enthalten, daß die Entlassungstätigkeit der Kapitalisten sich auf den unteren Lohnbereich konzentriert. Daß darin eine Arbeitsintensivierung von 10%, 20% und vielleicht mehr zum Ausdruck kommt, hat die IG Metall nicht angeprangert, sie vermeidet nach wie vor sorgfältig, einen Zusammenhang zwischen den Strapazen der Arbeitskraft und den Kosten für die Wiederherstellung der Arbeitskraft zuzugeben.

Wahrscheinlich werden die Metallkapitalisten versuchen, den Abschluß bis nach den Wahlen hinauszuzögern, für sie ist durchaus wichtig, ob eine Regierung da ist, die offen für die Unterdrückung des Klassenkampfes geworben hat und ihnen rücksichtslos beispringen kann, oder ob Klassenversöhnung der Trumpf sein soll, der die Arbeiterbewegung sticht.

Insofern bleibt noch ein bißchen Zeit zur Verbesserung der Propagandaposition und somit der Vorbereitung der Kämpfe, die durch die 2%-Richtlinie unvermeidlich ausgelöst werden.

Quellenhinweis: Handelsblatt, Mannheimer Morgen, CDU/CSU-Wahlplattform

Dänemark

Unterstützt die streikenden Hafenarbeiter!

Der Streik gegen die Kürzung der Bezahlung der Stempelschichten durch ein Gesetz der konservativen Schlüter-Regierung ist in der sechsten Woche. Hamburg entwickelt sich zunehmend als Streikbruchhafen. Vor allem über die RoRo-Anlage bei Holzmüller werden die DFDS-Schiffe abgefertigt, die im England-Verkehr fahren. Aber auch am Burchardkai bei der HHLA sind Mähdrescher angekommen, die in Esbjerg blockiert wurden.

Am 19./20.1.83 war erneut eine Abordnung der Hafenarbeiter aus Aarhus



Warnstreik der Metallarbeiter in Salzgitter, Ende 1981

Konkurrenz so verschieden ist, daß sie ohne politische Hinweise Schwierigkeiten haben, sich auf einen einheitlichen Kurs zu einigen, was teuer kommen kann.

Nun, diese Differenzen gehören der Vergangenheit an, jetzt ist man sich bei den Kapitalisten einig: ein Abschluß wäre durchzusetzen, der so nahe an der 2%-Beamtenmarke liegt, daß die Differenz als durch das „mindere Beschäftigungsrisiko im öffentlichen Dienst gerechtfertigt“ erklärt werden kann und die 2% Wirklichkeit auch für die Arbeiter und Angestellten im Öffentlichen Dienst werden.

Die Regierung plant, wie schon berichtet, an einem Gesetz über vermögenswirksame Leistungen, das, falls eine Arbeitskämpflage entsteht, „in die schwierigen Verhandlungen eingebracht“ werden könnte. Damit das Gesetz nicht wie ein Zugeständnis an die Kapitalisten aussieht, sondern als

ge einzubrechen. Das je betroffene Kapital greint: wir müssen sonst aufhören!, die öffentliche Hand erklärt, wenn sie, die ja für alle handle, schon einspringe, dann müßten die Betroffenen nochmal besonders ran. Wo bliebe sonst die Gerechtigkeit?

Darüberhinaus plant die Regierung, durch weitere Verschlechterung der Leistungsansprüche der Arbeitslosen die Druckverhältnisse auf dem Arbeitsmarkt einschneidend zu verschärfen. Das Schlagwort heißt: Abschaffung der bürokratischen Hemmnisse für die Beschäftigung Arbeitsloser!

Die Kapitalisten wiederum schließen ihre Reihen. Sie haben die Mannheimer Straßenbaumaschinenfirma Vögele (ca. 1000 Beschäftigte) aus dem Unternehmerverband ausgeschlossen, weil Vögele mit der IG Metall einen neuen Lohnrahmentarifvertrag abgeschlossen hat. Dieser Vertrag faßt die bisherigen Arbeiter- und Angestellten-

und Kopenhagen in Hamburg, um über den Streik zu informieren und Unterstützung anzufordern. Gemeinsam mit einer „Unterstützungsinitiative Hafenstreik“, in der im wesentlichen Betriebsräte aus dem Hamburger Hafen arbeiten, wurde ein Flugblatt vor der 1. Schicht bei Holzmüller verteilt und während der 1. Schicht an den verschiedenen Kais, wo die Kollegen bei der Arbeit angesprochen wurden.

In dem Flugblatt heißt es: „Daß sich gegenwärtig die verschiedenen Regierungen der EG überbieten beim Sozialabbau und die jeweiligen Unternehmerverbände beim Lohnraub, kann man sehen ... Daß diese Angriffe nicht mit gutzureden und demonstrieren aus der Welt geschaffen werden, haben wir auch gesehen. Hunderttausende sind auf den Demonstrationen des DGB im Herbst gegen Sozialabbau und die Blümsche Lohnpause marschiert. Die Regierung hat den „Spar“-haushalt trotzdem beschlossen. Auch die 2%-Erhöhung für die Beamten ab Juli '83. Und natürlich haben nun die Herren vom Zentralverband der deutschen Seehafenbetriebe Oberwasser. Ihr Angebot am 13.1.: Lohnpause bis 1.4.83 und dann 2,1%. Nach diesem unverschämten Angebot ist es besonders bitter, wenn einige Hafenbetriebe sich an Streikladung aus Dänemark zusätzlich eine goldene Nase verdienen, und wir seit dem 1.1.83 zu einem zinslosen Kredit gezwungen werden.“

In Gesprächen mit Betriebsräten und auch der ÖTV machten die dänischen Hafenarbeiter darauf aufmerksam, daß der dänische Gewerkschaftsbund SID dem Kampf wohlwollend gegenübersteht, ihn aber nicht offiziell unterstützen darf, weil er sonst sofort Regreßforderungen in Millionenhöhe zu bezahlen hat. Die Hafenskapitalisten haben schon jetzt eine Klage gegen den SID eingereicht wegen Unterstützung des Streiks.

Der Abteilungssekretär der ÖTV Abteilung Seehäfen, Erich Rumpel, hat den dänischen Kollegen zugesagt, vorbehaltlich einer Zustimmung des Hauptvorstandes, von der ÖTV aus die Hafenarbeiter zu informieren. Boykott jedoch sei nicht möglich.

Auf einer Solidaritätsveranstaltung, zu der die „Unterstützungsinitiative“ eingeladen hatte, kamen über 150 Leute. Es wurden 1500 DM gesammelt. Zusätzlich wurden Solidaritätserklärungen aus Betrieben überbracht mit Geldspenden. Bisher wurden in Hamburg über 4000 DM gesammelt. Die Hafenarbeiter aus Dänemark erklärten, daß sie diesen Kampf nur erfolgreich beenden können, und wenn der Streik noch ein halbes Jahr dauert.

Flugblätter, Solidaritätsplaketten zu erhalten von „Unterstützungsinitiative Hafenstreik“, c/o U. Gay, Fischers-Allee 24, 2 Hamburg 50.
Spendenkonto: PSchA Hamburg 701 83-203 U. Gay.
Kennwort: „Hafenstreik DK“

Mitterand-Besuch

Das deutsch-französische Bündnis ist eine imperialistische Kriegsallianz

Daß das westdeutsch-französische Bündnis nicht ein „Friedensbündnis nach langer Feindschaft“ ist, sondern ein Kriegspakt zweier imperialistischer Mächte zur Förderung ihrer gemeinsamen Expansion, ist eine Tatsache, die in der bürgerlichen Öffentlichkeit normalerweise tunlichst verschwiegen wird. Bei den Feiern zum 20-jährigen Jubiläum dieses Bündnisses in diesen Tagen aber ist davon in bemerkenswerter Deutlichkeit die Rede gewesen. An-

nung gar die „Wurzel“ des westdeutsch-französischen Bündnisses. Hier wolle jemand „die Axt an die Wurzel unserer Freundschaft legen“, erklärte er.

Die Gründe für diesen Einsatz der westdeutschen Reaktion zugunsten der französischen Atombewaffnung erschließen sich, wenn man den 1963 geschlossenen Bündnisvertrag genauer studiert. Denn dieses Bündnis sichert nicht nur den französischen Imperiali-



„Bündnisjubiläum“ in Bonn am 20.1.1983

laß war die sowjetische Forderung, bei den Genfer Verhandlungen auch die britischen und französischen Atomwaffen zu berücksichtigen.

Für die westdeutschen und französischen Imperialisten war diese Forderung Anlaß zu empörten Aufschreien. Mitterand am 20.1. vor dem Bundestag: „Ich muß einen Vorschlag, wie er unterbreitet worden ist, für mein Land entschieden ablehnen“. Zehn Tage zuvor hatte der Staatsminister im Auswärtigen Amt, Mertens, erklärt, er könne vor den sowjetischen Absichten „nur warnen. Ohne jeden Zweifel würde es zu einer schweren Belastung der deutsch-französischen Beziehungen kommen, wenn sich die Bundesrepublik Deutschland gegen den erklärten Willen des französischen Staatspräsidenten, der französischen Regierung und der französischen Opposition für eine direkte oder indirekte Einbeziehung des französischen Kernwaffenpotentials in die amerikanisch-sowjetischen Verhandlungen aussprechen würde.“ Für den CDU/CSU-Sprecher Rühle ist die französische Atombewaff-

sten – ein Jahr nach ihrer Niederlage in Algerien abgeschlossen – für alle Zukunft westdeutsche Rückendeckung für die Verstärkung ihrer Armee zu. Diese Verstärkung und insbesondere der Aufbau einer eigenen Atomstreitmacht werde, so schon 1962 de Gaulle, „die Bedingungen der eigenen Verteidigung, der Intervention im Ausland und des Beitrags an die Alliierten vollständig ändern.“ Inzwischen haben die französischen Imperialisten ihre wiedergewonnene Fähigkeit zur „Intervention im Ausland“ bereits mehrfach demonstriert – im Tschad etwa, in Zaire und jetzt im Libanon. Daß sie von den so aufrechterhaltenen neokolonialen Abhängigkeiten insbesondere früherer französischer Kolonialgebiete profitieren würden, war den BRD-Imperialisten von Anfang an klar und neben der gemeinsamen Niederhaltung der Arbeiterbewegung in den westeuropäischen Ländern auch von Anfang an ein wesentlicher Zweck des Bündnisses.

Vor allem aber sicherten sie sich so die französische Unterstützung für ihre

eigenen Pläne zur Wiederaufrichtung großdeutscher Herrlichkeit. Zu diesem Zweck verabschiedete der Bundestag 1963 eigens eine Präambel, die den Willen festhält, „durch die Anwendung dieses Vertrages die großen Ziele zu fördern, die die Bundesrepublik Deutschland ... seit Jahren anstrebt und die ihre Politik bestimmen, nämlich ... die Verwirklichung des Selbstbestimmungsrechtes für das deutsche Volk und die Wiederherstellung der deutschen Einheit“ und die „Einigung Europas auf dem ... begonnenen Wege“. Adenauer ergänzte, der so geschaffene Pakt werde ein „Bollwerk gegen den Kommunismus in Europa“ sein, niemals wieder dürfe Moskau Frankreich und Deutschland spalten – eine wehmütige Erinnerung an zwei fehlgeschlagene Weltkriege der reichsdeutschen Imperialisten und eine offene Ankündigung des Zwecks des neuen Bündnisses zugleich.

Eine Verringerung der Rüstung dieses Bündnispartners kommt deshalb für die BRD-Imperialisten nicht in Frage. Die französische Nuklearrüstung – immerhin 50 Mirage IV-Bomber, 18 bodengestützte und 80 von fünf U-Booten abfeuerbare Raketen mit einer Reichweite von je 3000 – 3500 km, also wie die Cruise Missiles weit über Moskau hinaus in sowjetisches Gebiet hinein – soll nach gemeinsamer NATO-Sprachregelung bei den Genfer Verhandlungen ebenso wie die britische weiterhin als „Null“, als „nicht vorhanden“, gewertet werden. Eine bemerkenswerte „Nulllösung“!

Quellenhinweis: Archiv der Gegenwart, Ausgaben 1962 bis 1964; Osnabrücker Zeitung vom 10.1.1983; FAZ vom 20.1.83; Europäische Wehrkunde 11/79

Stahlindustrie Poker um „Neuordnung“

In diesen Tagen werden die drei von der Bundesregierung eingesetzten „Stahl-Moderatoren“ Bierich (Allianz-Versicherung), Herrhausen (Deutsche Bank) und Vogelsang (Veba AG) ihr Konzept für die „Neuordnung“ der westdeutschen Stahlindu-

strie vorlegen. Sollten die Ergebnisse ihrer Beratungen mit den Vorständen der Stahlkonzerne ursprünglich eher veröffentlicht werden, so haben die Vergleichsanträge des Stahlkapitalisten Korf die Ausgangslage verändert.

Offensichtlich geworden ist, daß sich auf Grundlage des erneuten Produktionseinbruchs im vergangenen Jahr auch die Konkurrenz der westdeutschen Stahlkapitalisten untereinander verschärft hat. Entsprechend ist – trotz anderslautender Erklärungen – heimliche Freude über die Vergleichsanträge von Korf in den Vorstandsetagen der größeren Konzerne

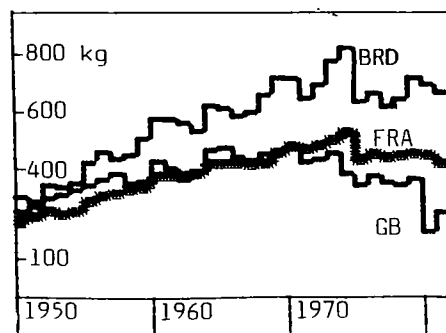
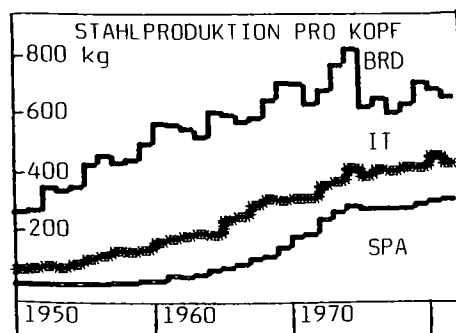
Rohstahlproduktion und Beschäftigte der westdeutschen Stahlkonzerne 1982

	Rohstahl- prod. Mio. t	An- teil	Beschäftigte
Thyssen	10,4	29%	63 500
Klöckner	4,3	12%	16 900
Hoesch	3,9	11%	27 500
Krupp	3,9	11%	26 400
Salzgitter	3,9	11%	16 080
Mannesmann	3,6	10%	15 000
Arbed Saar	2,5	7%	18 000
Korf	1,1	3%	1 700
Sonstige	2,2	6%	7 500
Gesamt	35,9	100%	192 580

zu vermuten. Ist doch zumindest die Beantwortung der Frage, inwieweit die „Branchenführer“, insbesondere Thyssen, den anderen westdeutschen Stahlkonzernen die Bedingungen der angestrebten „Neuordnung“ diktieren können, ein Stück weit klarer.

Denn das einzige, was die westdeutschen Stahlkapitalisten bei dem Poker um die „Neuordnung“ der Stahlindustrie eint, ist die gemeinsame Absicht, Fortschritte beim Niederringen der Konkurrenz in den anderen EG-Ländern und in Drittländern (wie z.B. Spanien) zu erzielen. Was es dabei mit der Behauptung von der „Bedrohung“ der westdeutschen Stahlindustrie durch die Stahlindustrie dieser Länder auf sich hat, machen die Schaubilder deutlich. Es verhält sich genau umgekehrt. Denn die Pro-Kopf-Stahlproduktion kann in gewissem Maß als Gradmesser der Ausrichtung der jeweiligen Stahlindustrie auf Expansion dienen.

Quellenhinweis: Handelsblatt, 10.1.83; Spiegel, 17.1.83



Angaben pro Kopf der Bevölkerung; GB = Großbritannien, FRA = Frankreich, IT = Italien, SPA = Spanien. Quellen: Stat. Jahrbuch der Vereinten Nationen ab 1950; Statistisches Jahrbuch der BRD 1982

Lohnrunde 1983

IG Druck und Papier diskutiert Forderung

Die Abteilung Tarifpolitik beim Hauptvorstand der IG Druck und Papier hat im Dezember zur Vorbereitung der Lohnrunde 1983 eine Mitteilung „Wirtschaftsdaten zur Lohnrunde 1983“ herausgebracht. In diesem Papier wird für 1983 erwartet: „Veränderung der realen Produktivität (je Besch.-Std) 1,5% und Veränderung der Lebenshaltungskosten aller Haushalte 4,5%“. Weiter wird in einem mehrjährigen Überblick zur Entwicklung von Produktivität, Lebenshaltung und Lohnabschluß in der Druckindustrie aufgezeigt, wie seit 1981 die IG Druck und Papier Reallohnsenkungen hinnehmen mußte. Da die Druckkapitalisten nach allen bislang veröffentlichten Meinungen auch nicht gemüthlicher geworden sind und im Gegenteil in „kostendämpfenden Lohnabschlüssen die entscheidende Voraussetzung für eine Belebung der Konjunktur im kommenden Jahr“ erblicken, stellt sich tatsächlich die Frage, wie die IG Druck und Papier nach den beiden vorausgegangenen Reallohnsenkungen den Spieß umdrehen kann. Daß „die Verbesserung der Einkommen in das Zentrum der kommenden lohnpolitischen Tarifaufeinandersetzung“ gestellt wird, ist keine '83er-Besonderheit, sondern war auch die vergangenen zwei Jahre die Zielvorstellung. Dennoch wurden Lohnabschlüsse erreicht, die Reallohnsenkungen beinhalteten.

Da insbesondere die niedrigst bezahlten Arbeitskräfte durch diese schlechte Entwicklung immer stärker in ihrer Reproduktion eingeschränkt worden sind, muß in dieser Lohnauseinandersetzung folgendes beachtet werden: Nach bisherigen Aussagen steuert die IG Druck und Papier auf eine Lohnforderung zu, die nicht viel höher als die 6,5%-IG-Metallforderung ist. Würden diese 6,5% vollständig auf die Effektivlöhne in der Druckindustrie durchgesetzt, dann müßten die Druckkapitalisten einen Geldbetrag bezahlen, der für jeden der 176 878 Beschäftigten in der Druckindustrie einen Betrag von 195 DM effektiv ausmachen würde. Die schlechtest bezahlten Arbeiter und Angestellten (brutto 1600 DM) könnten auf einen solchen Betrag bei prozentualer Lohnforderung nur kommen, wenn 12% gefordert und durchgesetzt würden. Diese Alternative würde jedoch bedeuten, daß in diesem Tarifkampf den Kapitalisten die doppelte Geldsumme entrisen wird, und dafür stehen die Zeiten ungünstig.

Quellenhinweis: druck + papier 1 83; Druckwelt 1 83

Der „starke Rechtsstaat“

Zucht und Ordnung sollen zukünftig in der Bundesrepublik herrschen, wenn es nach der CDU/CSU geht. Was darunter zu verstehen ist, welche Maßnahmen jetzt schon eingeleitet sind und welche Pläne nach dem 6. März verwirklicht werden sollen, das haben wir auf dieser Seite zusammengestellt.

... Gesetze, die dem staatlichen Gewaltapparat alles erlauben



Mehr Berufsverbote: Zimmermann am 6.1.83: „Nach Überzeugung der neuen Bundesregierung gehört die unteilbare Treuepflicht des Beamten zum Staat zu den tragenden Strukturprinzipien des Berufsbeamtentums. Es ist keinem Bürger zuzumuten, mit seinen Steuergeldern Staatsdiener zu unterhalten, die im Zweifelsfall nicht für die Sicherung der Freiheitsrechte des Bürgers eintreten. Bis April 1983 werde ich dem Bundeskabinett zur Verfassungstreuepflicht der Beamten eine Bestandsaufnahme vorlegen.“



... eine zu allem gerüstete Polizei

Ausbau der Datenerfassung: Das Bundeskriminalamt verfügt u.a. über folgende vollcomputerisierte Dateien: Terrorismus. Dort sind auch Angaben über Personen, bei denen „eine Verbindung zum Terrorismus“ nur vermutet wird, gespeichert. Die Organisationsdatei enthält unter anderem auch Hinweise auf wildes Plakatieren usw. Weitere Dateien sind: Häftlingsüberwachung, verwaltungsmäßige Überprüfung von Personen usw. Um die Effektivität zu vergrößern, ist eine Novelle des Datenschutzgesetzes in Vorbereitung.

Zivildienstgesetz: Der CDU/CSU/FDP-Entwurf zur Neuordnung der Kriegsdienstverweigerung und des Zivildienstes sieht vor, die Ersatzdienstzeit auf 20 Monate zu verlängern und gleichzeitig die „Gewissensprüfung“ zu vereinfachen. Das Amt für Zivildienst soll in Zukunft nach Prüfung des Antrags einen Ablehnungsbescheid ohne weiteres Verfahren erlassen können. So soll der Zugriff auf die billige, kasernierte und disziplinarisch unterdrückte Arbeitskraft der Ersatzdienstleistenden sichergestellt sein.



Änderung der Strafprozeßordnung: Die für dieses Jahr geplante Änderung der Strafprozeßordnung wird auf jeden Fall beinhalten: Das Recht des Angeklagten, sich zu äußern, wird abgeschnitten. Vor Amtsgerichten wird das Recht der Verteidigung, Beweisanträge zu stellen, gleich ganz aufgehoben. Durch diese und noch weitere Änderungen soll sichergestellt werden, daß erst einmal Angeklagte zügig und reibungslos abgeurteilt werden können. Dann kann auch die Zahl der Anklagen weiter erhöht werden.



KPD

Wahlbündnis revolutionärer Sozialisten
zu den Bundestagswahlen 1983

BWIK



Volksgemeinschaft und starker Rechtsstaat – NEIN!

Wenn sie die Wahlen am 6. März gewinnen, dann, so haben CDU und CSU angekündigt, wollen sie in Deutschland „mit starker Hand“ für „Ordnung“ sorgen. Hinter diesem Schlagwort verbirgt sich ein umfassendes reaktionäres innenpolitisches Programm der Unionsparteien, bei dem es um nichts anderes geht, als jeden Widerstand gegen die soziale Demontage, gegen Lohnabbau, überhaupt gegen alle Pläne, den Lebensstandard der Arbeiter und übrigen Werktätigen zu drücken, zu zerschlagen und im Keim zu ersticken.

Dabei haben CDU/CSU natürlich vor allem die Arbeiter- und Gewerkschaftsbewegung im Auge. Es ist deshalb kein Zufall, wenn der neue Bundesarbeitsminister Norbert Blüm schon unmittelbar nach der Regierungsübernahme demonstrativ mit seiner Forderung nach der Lohnpause aufgetreten ist. Das war ganz offensichtlich als Provokation der Gewerkschaften gedacht und sollte ihrer Einschüchterung dienen. In der Debatte über die Regierungserklärung ging Blüm dann noch einen Schritt weiter. Er drohte Zwangsmaßnahmen für den Fall an, daß eine „Umkehr aus Einsicht“ nicht gelingt. Und er sagte ganz offen: „Ungewöhnliche Zeiten verlangen außergewöhnliche Schritte.“

Ob damit eine Einschränkung oder sogar Aufhebung der Tarifautonomie gemeint ist, ob und in welcher Form z.B. das Streikrecht angetastet werden soll, darüber schweigt man sich in den Unionszentralen noch aus. Daß das alles ernstgemeint ist, daran sollte allerdings keiner zweifeln.

CDU und CSU verbrämen ihren reaktionären Vorstoß, indem sie zur Rettung der sogenannten Grundwerte und Ideale des Rechtsstaats aufrufen und die Wahrung der inneren Sicherheit als Gemeinschaftsaufgabe aller Bürger, von Arbeitern, Angestellten und Unternehmern darstellen. So etwa Helmut Kohl am 15. Januar auf dem rechtspolitischen Kongreß von CDU/CSU. Deshalb auch der Aufruf Norbert Blüms, eine „Druckwelle des Gemeinsinns“ gegen den „Egoismus“ der Gewerkschaften zu erzeugen. Damit wird die Sache schon klarer. Denn gemeint ist hier doch wohl, daß im Grunde genommen jeder Kampf der Arbeiter und Angestellten, der Gewerkschaften zur Verteidigung ihrer Lebenslage den Gemeinschaftsfrieden und damit die innere Sicherheit bedroht. Die Arbeiterbewegung soll aus Einsicht vor den Kapitalisten kuscheln. Tut sie das, um so besser. Tut sie das nicht, dann wird die „innere Sicherheit“, der soziale Frieden, mit dem Polizeiknüppel gewahrt im angeblich gemeinsamen Interesse aller. In Wirklichkeit im Interesse der Kapitalisten. Wie das aussehen soll, dazu haben sich CDU und CSU bereits klar geäußert und erste Maßnahmen sind auch bereits in die Wege geleitet.

– So forderte Franz-Josef Strauß schon im November vor einem Unternehmerforum des Bundesverbandes Druck in München, die Bestimmungen über die Wahlzulassung von Parteien so zu verändern, daß die Grünen und Alternativen künftig aus den Parlamenten der Bundesrepublik ausge-

schaltet werden können. Strauß griff damit übrigens direkt eine Forderung auf, die kurz zuvor in der Zeitschrift „der arbeitgeber“, dem offiziellen Organ der Bundesvereinigung der Deutschen Arbeitgeberverbände, erschienen war. In dem Moment also, wo nach den Spielregeln der vielbeschworenen „freiheitlich-demokratischen Grundordnung“ erste Schwierigkeiten auftauchen, werden sie eiskalt in Frage gestellt.

– In ihren „Thesen zur inneren Sicherheit“ vom August 1982 beklagt die CDU einen angeblichen Mißbrauch der Demonstrations- und Versammlungsfreiheit. Sie forderte deshalb schon damals drastische Einschränkungen des Demonstrations- und Versammlungsrechts.

– Die CDU will den Polizeistaat ausbauen. Deshalb sollen Polizei und Bundesgrenzschutz massiv weiter ausgerüstet werden. Die Aufrüstung der Polizei mit dem lebensgefährlichen CS-Gas steht bevor.

– Die Pressefreiheit soll so weit wie möglich eingeschränkt

werden. Die Durchsuchung der „konkret“-Redaktion, auf direkte Anweisung des Bundeskanzleramtes ist hier ein erstes Alarmzeichen.

– Die CDU will den öffentlichen Dienst umfassend säubern.

Wir haben in der gemeinsamen Wahlplattform von BWK und KPD geschrieben: „Alle Besitzenden und alle, die glauben, etwas verlieren zu können ... sollen gegen die organisierte Arbeiterbewegung und für die Interessen des Finanzkapitals in Frontstellung gebracht werden. So sollen die Gewerkschaften isoliert und in die Defensive gedrängt und die politischen Voraussetzungen für die Brechung gewerkschaftlichen Massenwiderstandes geschaffen werden.“ Sicher, schon die SPD hat den staatlichen Gewalt- und Unterdrückungsapparat ausgebaut. Aber sie hat auch immer erklärt, daß der soziale Frieden den Interessenausgleich zwischen Arbeit und Kapital erfordert. Jetzt wollen die Kapitalisten die offene Konfrontation. Dafür brauchen sie die CDU/CSU.

für den Profit
immer mehr arbeiten
immer mehr Opfer bringen
und dann marschieren

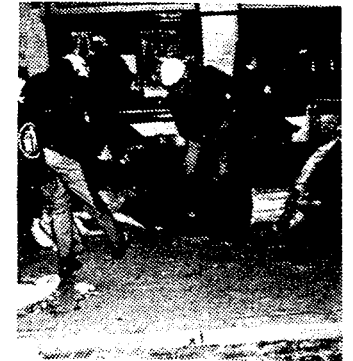
NEIN

KPD Wahlbündnis revolutionärer Sozialisten zu den Bundestagswahlen 1983 **BWK**



Offener Polizeiterrror: Bundespräsident Carstens am 25.11. 1982: „Nun sind diejenigen, die die Gesetze übertreten, oft der Ansicht, daß sie zu hart angefaßt werden. Sehr schnell werden Vorwürfe der Unverhältnismäßigkeit der Mittel laut. Aber ebenso gewiß ist, daß ein Beamter, der seine Pflicht erfüllt, Anspruch auf Schutz durch seinen Dienstherrn und durch alle staatlichen Organe hat, wenn er in der Öffentlichkeit angegriffen wird.“ Bild: Räumung eines besetzten Hauses.

Neue Polizeiwaffen: Am 11.3.81 forderte Bayerns CSU-Innenminister Tandler: „Wir brauchen Einsatzmittel, die es der Polizei erlauben, von den Störern Distanz zu bewahren, um Steinwürfen zu entgehen. Nur dann kann gewährleistet sein, daß wir auch in Zukunft den Schußwaffengebrauch vermeiden können, wobei ich ganz eindeutig erkläre, daß es Situationen geben kann, in denen er auch in bezug auf den Einsatz zur Diskussion stehen muß.“ Die Ausrüstung der Polizei mit CS-Gas und Gummigeschossen ist vorbereitet.



... Gerichte, die wissen, wen sie zu verurteilen haben



Straffreiheit für alte und neue Nazis: Bisher haben westdeutsche Gerichte alle Strafanzeigen, die wegen Mordes gegen Nazirichter gestellt worden sind, zurückgeschlagen. 1980 haben die Ver. der Verfolgten des Naziregimes (VVN) erneut gegen 31 Blutrichter des Volksgerichtshofes Strafanzeige gestellt. Noch nicht ein einziges Verfahren ist bisher eröffnet worden. Die Ermittlungen gegen Neofaschisten sind ausgesprochen lasch, werden sie trotzdem einmal vor Gericht gestellt, können sie mit Freispruch oder milden Urteilen rechnen.

Hohe Verurteilungen von Linken: Verurteilungen von 135 Heidelberger Studenten, weil sie zwischen '75 und '80 Vorlesungen dadurch gestört haben, daß sie Diskussion gefordert haben, zum Teil zu Gefängnisstrafen von 17 bis 22 Monaten ohne Bewährung. – Verhaftung und Verurteilung von Demonstranten gegen das KKW Brokdorf, zum Teil zu Gefängnisstrafen bis zu 5½ Jahren ohne Bewährung. – Verurteilung zahlreicher Hausbesetzer. – Verurteilung von Demonstranten gegen öffentlichen Vereidigungen usw.



Kriegsgerichte: Die Einführung des Kriegsrechts nach der Notstandsgesetzgebung ist geplant, d.h., auch bei inneren Unruhen. Drei Gesetzentwürfe für Kriegsgerichte liegen schon in der Schublade. Allein im Haushalt 1982 waren 285.000 Mark für Seminare bereitgestellt, die der Ausbildung der zukünftigen Kriegsrichter dienen. Die Kriegsrichter erhalten Kombattantenstatus, sind also Teil der Streitkräfte. Justizminister Engelhard sieht keinen Grund, die Vorbereitungen für die Einführung von Kriegsgerichten zu beenden.

Rechtspolitik CDU/CSU sinnt über Durchsetzbarkeit

Auf ihrem rechtspolitischen Kongreß am 15. Januar 1983 steckten CDU und CSU ab, welche Ziele sie auf dem Gebiet des Rechts durchsetzen wollen, falls sie nach dem 6. März die Regierung führen.

Ihre Positionen sind längst ausgearbeitet vom Bundesarbeitskreis Demokratischer Juristen. Unter den derzeitigen Bedingungen, anhaltender Krise und der Tatsache, daß die Mittelklassen kein naturwüchsiges Reservoir für Staatstreue sind, sieht sich die schwarze Reaktion zu ihrem tiefen Unmut außerstande, das mit wachsenden Klassenkämpfen entstandene „Anspruchsdenken“ mit Brachialgewalt zu beiseitigen. Kohl appellierte: „Wir müssen die Bürger davon überzeugen, daß der Rechtsstaat ihre Lebensverhältnisse vernünftig regelt und ihre Sicherheit und Freiheit gewährleistet.“

Die seit dem Scheitern der sozialliberalen Koalition aus der Regierung durchgebrachten Mietgesetze hat die CDU/CSU sehr wohl auf Grund von Vorlagen ihrer Vorgänger vollendet. Der öffentlichen Kritik ausgesetzt, sucht sie jetzt die noch schroffere Spaltung der Lohnabhängigen in ihren Reproduktionsbedingungen als soziale Tat zu verkaufen. Sie fördert die Baukapitalisten. Dem Volk verspricht sie bessere Möglichkeiten, Wohnraum zu finden, wenn das Angebot größer ist. Darauf basiert ihre Propaganda, niemand sei gezwungen, etwa Staffelmietverträge zu unterschreiben. Den sozialen Wohnungsbau fördert sie wie lange nicht. Damit gelingt es ihr, einem zur Spaltung ausreichenden Teil der Lohnabhängigen das Gefühl zu geben, Wohnraum sei in Zukunft noch irgendwie erschwänglich. Gegen das „Anspruchsdenken“ wirkt diese Taktik insofern, als Lohnforderungen, die stark gestiegene Mieten als Reproduktionskosten einkalkulieren, zwar entständen, aber nicht insgesamt von den Gewerkschaften unterstützt würden.

Die CDU/CSU will das Scheidungs- und Sorgerecht ändern. Sie bestreitet energisch, das Schuldprinzip wieder einführen zu wollen. Sie will jedoch dem Teil der allein erziehenden Eltern mit Einkommen ab 4000 DM die Aufzucht von Kindern durch die Vorteile des Steuersplittings versüßen. Eine negative Prämie wird auf Schwangerschaften gesetzt. Abtreibung wegen Notlagenindikation soll aus den Leistungen der Krankenkassen herausgetrennt werden.

Die größte Sorge der Reaktionäre gilt der Tatsache, daß Großvorhaben

der Energiewirtschaft nur langwierig und mit hohen Kosten wegen der Einsprüche in Massenprozessen durchzusetzen sind. Sie wollen das Recht der Kapitalisten, Recht in kurzer Zeit zu bekommen, stärken durch Beseitigung unterer Instanzen. Sie stützen sich auf den Spruch des Bundesverfassungsgerichts, daß ein Instanzenzug nicht zu den garantierten Rechten gehört. Selbst eine einzige Instanz könne dem Prinzip des Rechtsstaats genügen, so-



Die CDU/CSU will kurzen Prozeß mit Masseneinsprüchen gegen Anlagen der Energiekapitalisten machen

fern die Verwaltung auf dem Recht beruhe. Einsprüche gegen den Bau von Kernkraftwerken sollen nicht mehr durch einstweilige Verfügungen beschieden werden, wenn ein Verfahren in der Hauptsache stattgefunden hat. Da das Gericht nach Prüfung aller Tatsachen entschieden habe, sei eine weitere Eilentscheidung dem Recht, also dem wirtschaftlichen Interesse der Kapitalisten, nicht dienlich.

Quellenhinweis: Redemanuskripte von Bundeskanzler Kohl und Staatsminister Friedrich Vogel auf dem Rechtspolitischen Kongreß der CDU/CSU am 15.1. 1983 in Karlsruhe

Beamtenbund-Tagung Zimmermann mobilisiert DBB gegen ÖTV

Die Pressemappe der 24. beamtenpolitischen Arbeitstagung des Deutschen Beamtenbundes (DBB), Anfang Januar zum Thema „Der Öffentliche Dienst und die staatliche Aufgabenlast“ abgehalten, weist die Teilnehmer nach Rang und Namen aus. Demnach konnte Innenminister Zimmermann auf ein interessiertes Publikum aus den Rängen der Dienstaufsicht, Senatsräte, Ministerialdirigenten u.ä., rechnen, als er über seine Pläne zur Dienstrechtsreform, Rationalisierung und Lohn-/Gehaltssenkung referierte.

Des Ministers Absicht war offenbar, sich für seine Pläne nicht nur der Dul-

dung, sondern der aktiven Mitwirkung der im DBB organisierten Beamten zu versichern. Soweit die Tagung Aufschluß erlaubt, gelang ihm das. DBB-Vorsitzender Krause hatte sich zwar eingangs noch über den Parlamentsbeschluß, die Beamtengehälter 1983 um nur 2% „anzupassen“, mokiert, aber nur, um Kohls Regierungserklärung zu beschwören: „Das, was ... (den) Beamten ... zugemutet werden muß, muß für alle gelten.“ Dies gab Zimmermann das Stichwort. Schließlich hat der oberste Dienstherr den 2%-Beschluß nicht ausgekocht, um die Dienstaufsicht zu scheren, sondern um die Rechtlosigkeit der Beamten, die in ihrer Mehrheit zu den Niedrigverdienern zählen, zu allgemeiner Lohn-/Gehaltssenkung im öffentlichen Dienst zu nutzen. So betonte er mehrfach das Gebot der „Gleichbehandlung“ der Beschäftigten – bei den verlangten „Einschränkungen“! Und drohte: „Ich gehe von der festen Erwartung aus, daß es gelingt, für die Arbeitnehmer des öffentlichen Dienstes in den Tarifverhandlungen für 1983 auf eine Linie der Vernunft zu kommen.“

Die ÖTV hat bisher wenig getan, um zu verhindern, daß ihre Mitglieder „zur Vernunft“ gebracht werden. Immerhin aber hat der Hauptvorstand am 23.11.82 einen Beschluß „über die Teilnahme von Beamten an gewerkschaftlichen Aktionen“ gefaßt, der für die Einbeziehung der Beamten in die Tarifaufeinandersetzung nützlich ist. Zimmermann versuchte, mit der Bekräftigung des Streikverbots für Beamte und Drohungen gegen eventuell streikwillige Beamte den DBB direkt gegen die ÖTV zu mobilisieren: mit Erfolg. Der ihm politisch nahestehende DBB-Vorsitzende forderte mehr oder weniger direkt zum staatlichen Gegen-schlag gegen die ÖTV auf: „Ein Beamtenstreik ist rechtswidrig. Er ist mit dem Dienst- und Treueverhältnis des Beamten unvereinbar und wird vom DBB entschieden abgelehnt. Wer – wie die Gewerkschaft ÖTV – den Beamten einreden will, der Beamtenstreik sei ein politisches und kein juristisches Problem, handelt verantwortungslos! Er fordert zum Rechtsbruch auf ...“

Dafür wiederum wußte sich Zimmermann bei seinen hochdotierten Zuhörern zu bedanken: „Der Besoldungsgesetzgeber hat bei seinen Bewertungsentscheidungen für Funktionsgerechtigkeit zu sorgen“, d.h.: „Eine weitere leistungsfeindliche Nivellierung über Sockel-, Fest- oder Einmalbeträge darf es nicht geben.“ Schließlich will die Dienstaufsicht, die wenn, dann mehrheitlich im DBB organisiert ist, für ihren Einsatz gegen die Lohnabhängigen geschmiert werden, und das wird sie nun mal über Prozentserhöhungen.

Quellenhinweis: Eröffnungsansprache des DBB-Vorsitzenden vom 6.1.1. Bulletin, Rede des Bundesministers Dr. Friedrich Zimmermann: ÖTV-Magazin Nr. 1, Jan. 83

CDU/CSU legt Wahlplattform vor: Eine Idylle, mit dem Polizeiknüppel gemalt . . .

Demnächst darf der Volkswille sich in die Urnen ergießen. Warum schon im März '83 statt im Herbst '84? – Die Umstände, die das bewirkten, wirken weiter, Vergeßlichkeit wäre also falsch. Letzten Sommer nämlich befand das Kapital, die Zeit sei reif. Die Gewerkschaften hatten Lohnsenkungen hingenommen. Die öffentliche Meinung suhlte sich in Kritik des Anspruchsdenkens der Arbeiterbevölkerung. Die Union verbuchte Wahlerfolge, wo immer zu wählen war, und hatte Mitgliederzulauf. Also befand das Kapital, nun seien die Politiker dran, Einschneidendes zur Senkung des Lebensstandards der Arbeiterbevölkerung zu tun. Der Haushalt, den die Regierung Schmidt/Genscher zusammengestellt hatte, trug dazu bei. Die SPD beurteilte allerdings die Widerstandskraft der Arbeiterbewegung so hoch, daß sie Provokationen durch Austilgen von Leistungsansprüchen vermied und ein letztlich besseres Ergebnis durch eine Politik vorsichtigen Abbaus für erreichbar hielt. In der Folge ergaben sich Finanzierungslücken im Haushalt. Die Kreditmärkte, also die Kapitalisten, fackelten nicht lange und machten klar: Diese Regierung und diese Politik würden sie nicht weiter kreditieren.

Die F.D.P., personell eng mit besten Bankenkreisen verbunden, zog die Konsequenz und entwickelte eine Reihe von Forderungen, die auf eine deutliche Senkung des Lebensstandards der Arbeiterbevölkerung zielten und unter dem Namen „Lambsdorff-Papier“ bekannt wurden.

Die SPD, geführt von Schmidt, vermied sorgsam, von der Kreditklemme auch nur zu sprechen. Sie hätte dann doch Farbe bekennen und entweder ein Sanierungskonzept, dem Lambsdorff-Gedanken gut vergleichbar, vorlegen oder aber gegen elementare Interessen der Kapitalisten vorgehen, z.B. an Rüstung und Polizei sparen und den Profit kräftig besteuern, müssen. Eine solche Alternative hätte den Klassenkampf belebt und der Idee von der schwarz-rot-goldnen Volkseinheit geschadet. Die SPD ließ sich in die Opposition schicken. Kohl kam dran.

Von den Mieten bis zum BAföG, von der Arbeitslosenversicherung bis zur Rentenversicherung, von den Krankenkassen bis zur Mehrwertsteuererhöhung, – da war kein Haushaltsabschnitt, der nicht durch SPD/FDP-

Aktionen bereits als Sparobjekt markant und durch dauernde Kleinangriffe sturmreif gemacht worden wäre. Kohls Mannen begannen durchzugreifen.

Die neue Regierung beurteilte jedoch den politischen Widerstand, der sich bereits gegen die von SPD und FDP durchgezogenen Kürzungsmaßnahmen gebildet hatte, falsch. Sie verstand nicht, daß die Angebote von Opferbereitschaft, die bei allem Protest ja

bensstandard der Arbeiterbevölkerung schrumpfte. Noch bei den Hessenwahlen machten viele die grobe Vereinfachung, die Opposition gegen die neue Koalition sei wegen der „Umstände des Wechsels“ und weil „man Helmut Schmidt übel mitgespielt habe“ erstarkt. Diese Erklärung der Anhangverluste von CDU/CSU und F.D.P. hielt schon bei den Bayernwahlen nicht mehr stand und konnte anlässlich der Hamburg-Wahlen nur noch in der



Kohl, Strauß und Zimmermann (im Bundeskriminalamt) geben sich wild entschlossen: „Wir wollen einen starken Rechtsstaat, der den inneren Frieden sichert.“

doch die Äußerungen des DGB prägten, ihren politischen Rückhalt in der Regierungsbeteiligung der SPD hatten, von der nun einmal viele glauben, daß sie die Arbeiter vor allzu wildem Übermut der Kapitalisten schützt. Die Beteiligung an den Gewerkschaftskundgebungen gegen die Haushaltspolitik der neuen Regierung war groß. Wenn auch die Hauptredner weiterhin versicherten, daß die organisierte Arbeiterbewegung beim Opferbringen nicht hinstehen würde, so nur die Reichen auch ein bißchen zu Kasse gegeben würden, für die bürgerliche Politik aller Spielarten blieb beunruhigend, daß Hunderttausende in der festen Überzeugung demonstrierten, gegen die Zumutungen des Kapitals und der Staatsmacht aufzutreten. Darauf folgende Wahlen zeigten, daß die Wählerbasis für den von den Kapitalisten und Reichen geplanten Schnitt in den Le-

dümmlichen Form fortgesetzt werden, daß die Hamburger sich für das Abservieren des aus „ihrer Stadt“ stämmigen Bundeskanzlers bedankt hätten.

Tatsächlich taten sich jedoch Grenzen der Methode auf, durch Arbeitsplatzschaffungsversprechen die Arbeiterbewegung an den Opferstock zu jagen. Die notorische Nachgiebigkeit der Gewerkschaftsbewegung scheint, jedenfalls aktuell, daran zu hängen, daß eine Regierung besteht, die wenigstens nicht offen auf Seiten der Kapitalisten steht und unverhohlen den Einsatz geballter staatlicher Machtmittel für die Ziele der Kapitalisten androht. Einen solchen Eindruck hatten aber die Unionsparteien von sich geschaffen. Das hat sie gekostet. Für die SPD entstand die schöne Möglichkeit, die große Schur der Arbeiter durch die Kapitalisten populär zu machen. Sie, die SPD,

Das „Wirtschaftswunder“ oder: der nachfaschistische Konkurrenzvorteil

Die Wenderegierung Kohl/Genscher ist mit dem Schlachtruf angetreten, der Marktwirtschaft eine tiefere Bremsche in die Abwehrfront der Arbeiter- und Gewerkschaftsbewegung zu schlagen. Diktatorisch gestärkter Exekutivstaat, von allen „Hemmnissen“ entfesselter Kapital und gefesselte Arbeiterbewegung: Zerschlagung von Tarif-, Koalitions- und Streikrechten, drastische Reallohnsenkungen, Zwangsarbeit, im ersten Schritt für ausländische Arbeiter. „Neoliberal“ und „Neokonservativ“ nennt sich diese offen und direkt vertretene und betriebene Politik des Finanzkapitals.

Zu Zeiten des „Wirtschaftswunders“ in den 50er Jahren soll diese Politik schon einmal für alle Beteiligten großartige Wirkungen gezeigt haben, so der geschichtsträchtige Hinweis der CDU/CSU/FDP.

Erstens war die Wirtschaftsexpansion des BRD-Imperialismus von 1945 bis zum Beginn der 60er Jahre kein Wunder, sondern größtenteils direktes Ergebnis des Hitlerfaschismus. Zweitens war auch der sprunghafte Produktionsanstieg seit etwa 1947 kein Ergebnis des „freien Marktes“, sondern ganz im Gegenteil das Resultat staatlicher Zwangsmaßnahmen. Drittens schließlich war die Arbeiterbewegung nicht der Partner eines wohlwärtigen Mitnahmeeffektes, son-

dern sie mußte alle Verbesserungen ihrer Lage gegen Kapitalisten und Regierung durchsetzen.

Als nach der Zerschlagung des Hitlerfaschismus die Kapitalisten auf dem Boden der heutigen BRD nicht nur ungestört, sondern unterstützt, gefördert und gehätschelt von den westlichen Alliierten ihre Ausbeutungstätigkeit fortsetzten, da übernahmen sie von den Faschisten erzwungene, nie dagewesene Konkurrenzvorteile. Die Arbeiterbewegung war ihrer Führer und Kader beraubt, ihre Organisationen waren zerschlagen. Das Reproduktionsniveau der lohnabhängigen und arbeitenden Bevölkerung lag weit unter dem aller kapitalistischen Konkurrenzländer.

1945/46 lag der rechnerische Kalorienwert der Lebensmittelrationen pro Tag in der späteren Westzone (dann BRD), bei rd. 1200 Kalorien pro Kopf der Bevölkerung. Diese rd. 1200 Kalorien sind aber noch eine statistische Beschönigung, weil die Minimalrationen gar nicht ausgegeben wurden und weil die Qualität der Lebensmittel schlecht war. Bei Reproduktionsbedingungen weit unter dem physischen Existenzminimum bedeutet körperliche Arbeit sofortigen gesundheitlichen Verfall. Mangelkrankheiten wie Hungerödeme (Wassersucht) stiegen sprunghaft an. Tuberkulose nahm um 400% gegenüber der Vorkriegszeit zu. Auf diesen Lebensstandard setzten die Alliierten

einen Lohnstopp bis 1948, also für drei Jahre, fest. Viel früher als der Lohnstopp wurde dagegen der Preisstopp aufgehoben.

Trotz einzelner Demontagemassnahmen war dagegen die Ausstattungslage des Kapitals genau umgekehrt, nämlich nach wie vor hoch. Gerade wegen des Krieges und der faschistischen Kriegswirtschaft und Kriegsproduktion lag das industrielle Anlagevermögen der Kapitalisten 1945 immer noch um 20% über dem Stand von 1936. Das bedeutet, daß die Kriegszerstörungen des sachlichen Anlagekapitals niedriger waren als der Investitionszuwachs in den Jahren 1936 bis 1943. Die Kriegswirtschaft und Kriegsproduktion wurde finanziert durch eine gigantische Verschuldung von 400 Mrd. Reichsmark. Ein Großteil dieser „umverteilten“ gesellschaftlichen Mittel befand sich also 1945 in Form von Fabriken und Anlagen in den Händen der Kapitalisten.

Um diese durch die faschistische Terrorherrschaft und Kriegsverbrechen bewirkte Konzentration gesellschaftlicher Produktions- und Reproduktionsmittel in Händen der Kapitalisten nach 1945 zu besiegen, wurde die Währungsreform durchgeführt. Angeblich war sie ein finanztechnisches Mittel zur Behebung der Inflationsgefahr. Tatsächlich bewirkte die Währungsreform eine Entwertung allen Geldvermögens, also aller Mittel der besitzlosen Klassen, und eine Neufestschreibung des Sachbesitzes der Kapitalisten. Egal wie die Kapitalisten zu

würde wohl verhüten, daß ins Lebendige geschnitten würde ...

Auf diese Weise war eine politische Konstellation geschaffen, in der nicht mehr erforderlich war, die von Kohl versprochenen Neuwahlen verfassungsrechtlich abzuwenden. Die Opposition der SPD ist gemäßigt, falls die Regierung die Mehrheit verfehlt, wird der Schaden begrenzt sein.

Die Union mußte erkennen, daß nicht Wahlerfolge entstehen müssen, wenn einem allzuviel glauben, daß man „von der Wirtschaft was versteht“. Ihr Wahlprogramm prägt das Bemühen, den Ruf einer Interessenspartei der Reichen loszuwerden. Was kommt dabei heraus?

„Es muß Schluß sein mit Parolen, die einen Teil des Volkes gegen den anderen aufhetzen. Niemand kann die Probleme allein lösen: weder die Unternehmer noch die Gewerkschaften, weder Arbeitnehmer noch Selbständige, weder die Jungen noch die Alten. Keiner wird ohne den anderen – oder gar gegen ihn – erfolgreich sein. Unser Volk kann nur miteinander und nicht gegeneinander Erfolg haben.“

Deshalb setzt die Regierung der Mitte auf Partnerschaft und Gemeinsamkeit, und deshalb werden wir auch in Zukunft die notwendigen Opfer und Anstrengungen, die durch die SPD-Politik erzwungen worden sind, von *allen* Schichten der Bevölkerung fordern.“

Noch jüngst stellte sich die Union die Aufgabe, das von der SPD gezüchtete „Anspruchsdenken“ auszutreiben. Jetzt kritisiert sie eher, die SPD habe durch ihre verfehlte „Schuldenpolitik“, ihren „Kollektivismus“, ihren „Bürokratismus“ bewirkt, daß Ansprüche der Bevölkerung nun – leider – nicht mehr erfüllt werden könnten. Dies ist ein Zugeständnis? Aber woher. Es ist ein sozialdemagogischer Versuch, ein Wählermandat für die Unterdrückung des Klassenkampfes zu kriegen. Man denke sich die bewußt unbestimmt gehaltene Drohung: „Es muß Schluß sein ...!“ einmal als Absicht formuliert: „Wir machen Schluß mit ...!“ Die Absicht, sogar bloße Propaganda des Klassenkampfes zu unterdrücken, wird unverkennbar, die Notwendigkeit, Kritik abzuwürgen, ergibt sich aus dem weiteren Text:

„Unsere Bilanz kann sich sehen lassen: Wir haben:
– mit einem soliden Haushalt die finanzpolitische Wende eingeleitet;
– dem Wohnungsbau neue Impulse gegeben;



Carstens ernennt Kohl zum Kanzler – Reaktion erhofft sich dauerhafte Wende mit einer Partei nach Wunsch des Kapitals

diesem Besitz gekommen waren, ob durch Beihilfe zur Ermordung jüdischer Geschäftsleute, Kriegsbeute, Erpressung, Diebstahl, Kriegsfinanzierung, sie konnten ihn unter Bruch sämtlicher Gepflogenheiten der „Bilanzkontinuität“ mit dem neuen D-Mark Tageswert in ihren Bilanzneueröffnungen erscheinen lassen.

Gleichzeitig mit der Währungsreform 1948 wurde aber auch der Außenwert der D-Mark so niedrig angesetzt, daß die Exportpreise im Durchschnitt 10% unter denen der europäischen Konkurrenz lagen. Damit wurde der Weg zur Warenexportoffensive eröffnet, der in den 60er Jahren dann die Kapitalexportoffensive folgte.

Auf die Löhne dagegen drückte die hohe Arbeitslosigkeit, die erst nach 1954 unter statistisch ausgewiesene 6% fiel, und der Zustrom von Arbeitskräf-

ten und vor allem qualifizierten Arbeitskräften aus der heutigen DDR.

Durch den 1948 anlaufenden sogenannten Marshallplan und durch weitere Sondermittel aus der US-Kriegskasse wurde zweierlei erreicht: Finanzierung von westdeutschen Importen ohne vorherige Exportüberschüsse und Bezuschussung eines Investitionsfonds billiger Kapitalmittel, von dem die Kapitalisten noch heute profitieren.

Die ersten westdeutschen Bundesregierungen setzten diesen Kurs der staatlichen Profit- und Kapitalbildungsförderung fort. Stichpunktartig seien dazu nur genannt: 1952 das Investitionshilfegesetz und das Kapitalmarktförderungsgesetz sowie eine seitdem nicht abreißende Kette von Steuererleichterungen, Steuersenkungen, Investitionsförderungen für die Kapitalisten.

Die Arbeiter- und Gewerkschaftsbewegung erreichte Lohnerhöhungen und Verbesserungen ihrer Arbeitsbedingungen nur mit Kampfmaßnahmen. Lohnkämpfe noch während des Lohnstopps 1946. 1948/49 Streik der bayerischen Metallarbeiter gegen einen Vermittlungsvorschlag von 5 Pfennig mehr Lohn. Die Auseinandersetzungen um die Mitbestimmung in der Montanindustrie. 1951 Streiks in der hessischen Metallindustrie, wo die Kapitalisten sich auf den Standpunkt stellten, es bestünde überhaupt kein Grund zu irgendwelchen Lohnerhöhungen. 1954 der bayerische Metallarbeiterstreik, gegen den die damalige bayerische SPD-Regierung mit Polizeigewalt vorging. 1956/57 der Metallarbeiterstreik in Schleswig-Holstein um die Lohnfortzahlung im Krankheitsfall. Dies sind nur einige der vielen Beispiele allein aus der Metallindustrie.

Die sozialdemokratisch bestimmte Gewerkschaftsführung hat alle diese Kampfmaßnahmen dokumentiert. Sie täte gut daran, sie zumindest als Tatsacheneinwände gegen die heutigen Versprechen, Drohungen und platten Lügen der Reaktion zu erheben, statt auf der Position zu beharren, in vielen Zielen sei man sich einig (Arbeitsplätze an sich und als solche), nur in den Mitteln nicht.

Quellenhinweise: BWK, Politische Berichte, Arbeitsheft 1, Lohnstandard und Gewerkschaftsbewegung, 1981; H. Grebing u.a., Die Nachkriegsentwicklung Westdeutschlands 1945 - 49, Die wirtschaftliche Entwicklung, Stuttgart 1980; IG Metall, 75 Jahre Industriegewerkschaft Metall; E. Altvater u.a., Vom Wirtschaftswunder zur Wirtschaftskrise, Berlin 1979.



1951, Streik in der hessischen Metallindustrie gegen „Lohnpause“

- kleine und mittlere Betriebe steuerlich entlastet;
- die Rentenversicherung vor dem Zusammenbruch gerettet;
- die Arbeitslosenversicherung vor der Zahlungsunfähigkeit bewahrt.“

Sachlich könnte das genauso gut heißen, man habe das Kapital vor übertrieben hoher Steuer, die Rentner vor übertrieben hohen Renten und viele Arbeitslose überhaupt vor Arbeitslosengeld bewahrt und insofern Gerechtigkeit walten lassen. Das Stück Schwindel steht unter der Kapitelüberschrift: „Wir schaffen Arbeit und stellen Gerechtigkeit für alle wieder her“. Wie dies in der Zukunft fortgesetzt werden soll?

„Wir werden

1. ab 1. Januar 1984 vor allem für den Mittelstand die ertragsunabhängigen Steuern senken,
2. die rechtlichen und steuerlichen Bedingungen für Vermögensbildung der Arbeitnehmer verbessern und
3. die Leistung der Familien wie der alleinerziehenden Mütter und Väter für ihre Kinder steuerlich wirksamer berücksichtigen.

4. Wir werden einen neuen, die Bürger entlastenden Tarif für die Lohn- und Einkommenssteuer vorbereiten. Er soll in Kraft gesetzt werden, sobald die vorrangige Aufgabe einer erheblichen Verringerung der Neuverschuldung gelöst ist.

5. Wir werden parallel zur Entlastung der Betriebe Steuersubventionen abbauen. Besonders werden wir den geltenden Rahmen für Abschreibungsgesellschaften überprüfen und einschränken. So soll es in Zukunft nicht mehr möglich sein, daß Bürger durch diese Beteiligungsform sich ihrer Steuerpflicht ganz oder überwiegend entziehen.

6. Wir werden bessere steuerliche Voraussetzungen für die Eigenkapitalausstattung und Investitionsfähigkeit der Unternehmen schaffen.

7. Wir werden die Rückzahlbarkeit der befristeten Investitionshilfe-Abgabe aufheben und das Gesetz entsprechend ändern.

8. Wir bekämpfen Subventionsmißbrauch, Wirtschaftskriminalität und Steuerrückziehung.“

Die Union versucht hier, der Millionenmasse ihrer Mitgliedschaft eine Handhabe zu schaffen gegen den Vorwurf, CDU und CSU begünstigten die

Reichen. Sie bekennt sich zum *Kampf* gegen gewisse Formen der Bereicherung. Sie tut dies allerdings, indem sie den bedrohten Kapitaleignern, Selbständigen, vermögenden Leuten Weg um Weg weist, sich im gewöhnlichen Gang des Wirtschaftslebens zu bereichern.

Besonders unappetitlich sind aber die Versuche, Lohnsenkungen durch Einbehaltung eines Lohnanteils für Vermögensbildungszwecke als Arbeitnehmerglück hinzustellen, besonders widerwärtig die Absicht, verarmte Familien zu fangen, indem man lauthals Familienförderung verspricht, durch den Zusatz „steuerlich zu berücksichtigen“ für Fachleute gleich klarstellt: Eine Familie mit geringem Einkommen, die wenig Lohnsteuer zahlt, wird sich von dem Segen vielleicht nicht mal den berühmten Apfel kaufen können, jedenfalls nicht oft. Dennoch, es mag den Unionsparteien schon gelingen, auf solchen Wegen ihre etwas irritierte Anhängerschaft zu mobilisieren. Die rabiate Politik gegen die Arbeiterinteressen läßt sich mit rabiaten Phrasen

Wehrpolitischer Kongreß der CSU: Wörner übt sich in Wehrmachtsgehröhn

Am 15.1. hat der Wehrpolitische Arbeitskreis der CSU seinen wehrpolitischen Kongreß abgehalten. Nicht nur, daß der frischernannte Verteidigungsminister Wörner diesen Kongreß zu einem Grundsatzreferat nutzte, macht diesen Kongreß interessant. Sondern noch mehr, worüber er *schwieg*. Lange Jahre war bekanntlich Pflichtübung jedes Politikers, sich zu den freiheitlich-demokratischen Grundsätzen der „Inneren Führung“ und zum „Staatsbürger in Uniform“ zu bekennen. Einmal, um der weitgehenden Entrechtung der in die Bundeswehr gepreßten Wehrpflichtigen ein demokratisches Mäntelchen umzuhängen, zum zweiten, um die tiefbraune Vergangenheit ihres Führungskaders vor öffentlicher Kritik zu bewahren. Davon ist bei Wörner heute mit keinem Wort mehr die Rede. Wörner vor dem Kongreß: „Die Bundeswehr muß kämpfen können“. Wie soll das geschehen? Wörner:

„Wie anders wollen wir die zahlenmäßige Überlegenheit des Warschauer Paktes wettmachen, wenn nicht durch eine bessere Ausbildung und eine bessere Führung? Wie anders wollen wir die Lücke in der Bedarfsdeckung der Streitkräfte schließen, wenn nicht durch mehr längerdienende Soldaten und d.h. durch höhere Attraktivität des Soldatenberufs? Wie anders wollen wir dafür sorgen, daß die jungen Wehrpflichtigen, die zu uns kommen, die Bundeswehr nicht mit dem Gefühl verlassen, sie hätten ihre Zeit sinnlos verplempert, also ‚vergammelt‘? Aus all diesen Gründen steht für mich im Vordergrund die Lage und Qualität des Soldaten, seine soziale Situation, seine Ausbildung, aber noch mehr sein Geist, seine Haltung, sein Charakter und seine innere Einstellung. Darum wird bei mir Menschenführung und Erziehung ganz groß geschrieben.“

Und welche Art Menschenführung soll den Wehrpflichtigen zuteil werden?

„Die jungen Wehrpflichtigen von heute wollen etwas Sinnvolles leisten, Aufträge begründet und erklärt haben und sie wollen ausgelastet werden. Für sie ist die militärische Welt in Ordnung, wenn sie sehen, daß sie gebraucht werden.“

Das also wollen die Wehrpflichtigen: „gebraucht werden“, als Kanonenfutter für neue Feldzüge zur Wiederaufrichtung großdeutscher Herrlichkeit. Nachdem ihm Wörner so das Feld bereitet hatte, konnte der Vorsitzende des Arbeitskreises, der Abgeordnete Voigt, richtig loslegen:

„Der Wehrpolitische Arbeitskreis fordert, der soldatischen Erziehung wieder mehr Gewicht zu geben ... Dazu gehört, daß Zuverlässigkeit, Disziplin, Kameradschaft und Tapferkeit unentbehrliche Erziehungsziele sein müssen ... Wir bekennen uns zu den Führungstraditionen deutscher Wehrgeschichte ... Wir fordern auch die Erziehung zum Stolz auf die eigene Truppengattung, auf den eigenen militärischen Verband und die Einheit, ... damit auch der Erfolg garantiert werden kann. Wenn alle Soldaten sich zuerst



CSU: „Wir bekennen uns zu den Führungstraditionen deutscher Wehrgeschichte.“

als Kameraden und dann erst als Dienstgrade sehen ... Wir fordern auch, daß überlieferte soldatische Tugenden wieder in den Mittelpunkt der Erziehung gerückt werden. Die Erziehung zur Standhaftigkeit, Unerschrockenheit und Tapferkeit im Krieg ... muß ebenso Bedeutung haben wie die Erziehung zu rechtllichem Denken“. Im Zweifelsfall werden die Offiziere schon zu entscheiden wissen, was Vorrang hat. Denn schließlich soll die Bundeswehr bekanntlich nicht etwa nur die Grenzen der BRD schützen oder die von 1937 „wiederherstellen“. Voigt: „Die Sicherheit Deutschlands (muß) auch außerhalb unseres eigenen Bereiches garantiert werden.“

Das Wehrmachtsgehröhn von Wörner und Konsorten kündigt an: Die westdeutschen Imperialisten wollen ihre Streitmacht kriegs- und interventionsfähig machen. Und zwar schnell. Die Beseitigung der sowieso kümmerlichen Rechte der Wehrpflichtigen und jeglicher öffentlicher Kontrolle und Einflußnahme auf die Streitkräfte soll den Weg dahin bereiten.

Quellenhinweis: Wehrpolitischer Kongreß der CSU, 15.1.1983, Reden von Wörner und CSU-MdB Ekkehard Voigt.

gegen „Wirtschaftskriminalität“, „Steuerhinterziehung“, „Subventionsmißbrauch“ widerspruchlos verbinden. Wenn die Leute schon Gerechtigkeit wollen, können sie sie kriegen, mehr als genug. Man muß bloß als gerecht definieren, was die Lohnarbeit billig macht; zum Beispiel im Bildungswesen:

„Praktische Begabungen müssen auch schon in der schulischen Ausbildung gleiche Chancen haben wie theoretische Ausbildungsmöglichkeiten.“

Wie verschafft man der „praktischen Begabung“ eine „Chance“? Nun, indem man sie frühzeitig ausfindig macht, vor Verbildung durch schulische Ausbildung bewahrt und ihr möglichst früh die Chance gibt, sich ganz praktisch zu entfalten. Wenn es jemandem schon bestimmt ist, Fabrikarbeiter zu werden, dann wäre es doch ungerecht, ihn auf diesem Lebensweg sinnlos aufzuhalten. Das wäre nicht die „gleiche Chance“ und also ungerecht. Aber selbstverständlich muß in Deutschland nicht nur Gerechtigkeit walten, sondern auch Vernunft:

„In unserem Land gibt es noch viel zu tun, und gleichzeitig sind viele Menschen arbeitslos. Mit diesen Widersprüchen unserer Zeit finden wir uns nicht ab. Wir wollen deshalb die gesetzlichen und bürokratischen Hemmnisse zur Beschäftigung von Arbeitslosen abbauen. Wir werden den Arbeitsmarkt offener und vielfältiger gestalten.“

Das wird fein! Und wie soll's geschehen? – Durch Teilzeitarbeit und Arbeitsplatzteilung, durch flexiblere Lebensarbeitszeitgestaltung, „ohne daß dadurch die Gesamtbelastung der Solidargemeinschaft und der Wirtschaft erhöht wird“, will heißen bei Renteneinbuße, mit einem Wort: „Durch mehr Eigenverantwortung des Bürgers auch in der Sozialpolitik“. So wird man die Arbeitslosen zu billigen Arbeitern machen und die Arbeitsunfähigen an ihrer Eigenverantwortung beißen lassen.

Die demagogischen Hüllen, in die sich die Union in allen sozialpolitischen Fragen kleidet, fallen weg, wo sie wegen Ost und West, Deutschland und Europa, BRD und DDR zur Sache kommt. Daß die Union jetzt wagt, das Feindbild neuerlich festzuschreiben, zeigt nicht nur ihre schlimme Absicht, sondern auch, wie man das Eindringen einschlägiger Propaganda in die sog. „Friedensbewegung“ beurteilt, nämlich als ausreichend:

„Die Atlantische Gemeinschaft ist eine Wertegemeinschaft, weil sie die Grundwerte Freiheit, Solidarität und Gerechtigkeit und die Menschenrechte achtet und verteidigt.“

Diese Werte verletzt die Sowjetunion nicht nur in ihrem eigenen Bereich, sondern überall dort, wo sie die Macht dazu hat.

Schwarz-rot-goldenes Wahlprogramm der SPD

Die Bild-Zeitung blieb gelassen angesichts des Wahlparteitags der SPD: „Die SPD will wieder Regierungsverantwortung übernehmen. Warum nicht? Schließlich hatte sie vier Monate Zeit, über ihre Fehler nachzudenken.“ Die Reaktionäre halten eine Rückkehr der SPD in die Regierung zwar nicht gerade für wünschenswert, sehen aber auch keine nationale Katastrophe: Bei allen Versprechen der SPD, als „Partei der Arbeitnehmer und ihrer Gewerkschaften“ deren Interessen zu wahren, die Regierung Schmidt hatte für die nationalen Interessen der Finanzbourgeoisie stets viel, für die Interessen der Arbeiterbewegung nur Fußtritte übrig. Eine Regierung Vogel, so versprach der Parteitag der SPD, will künftig – „im deutschen Interesse“ – in der Nachfolge von Helmut Schmidt weitertreten.

Bei aller Wortradikalität ist das Wahlprogramm zurückhaltend in der Kritik der Union: „Die Rechtskoalition geht den falschen Weg ... Dieser Politik fehlt die Überzeugungskraft, die die Menschen ermutigen und ihre Kräfte mobilisieren könnte.“ Solche ja gewiß nicht grundsätzlichen Vorwürfe münden in das Angebot an die Bourgeoisie, die Arbeiter von den im Interesse der

Wirtschaft und Nation notwendigen Opfern besser als die Union überzeugen zu können: „Wir Sozialdemokraten wissen: die Wirtschaftskrise ist nicht zu meistern, ohne daß alle Opfer bringen.“ Die Angebote im einzelnen:

Lohnsenkungsangebot: „Wir werden die ... Bemühungen der Gewerkschaften um Arbeitszeitverkürzung unterstützen ... Wir wissen, daß eine deutliche Verkürzung der Wochenarbeitszeit auch über einen geringeren Lohnanstieg finanziert werden muß.“

Steuersenkungsangebot fürs Kapital: „Unsere Industrie muß wettbewerbsfähig bleiben ... Deshalb stehen wir zu den von uns beschlossenen Verbesserungen der steuerlichen Rahmenbedingungen.“

Angebot, bedingungslos die imperialistischen Interessen des BRD-Kapitals zu unterstützen, weltweit, besonders nach Osten! „Wir werden uns auch in internationalen Organisationen einer Einigung des Welthandels widersetzen. Dies gilt auch für den Osthandel, der neben der politischen auch eine beträchtliche wirtschaftliche Bedeutung hat. Wir werden allerdings nicht zulassen, daß unsere ... Industrie mit manipuliert niedrigen Preisen von ausländischen Unternehmen ruiniert wird.“

Angebot, die Parteifreunde in der Gewerkschaft an die Kandare zu nehmen und in die nationale Opfergemeinschaft zu zwingen: „Wir fordern im eigenen Land die Zusammenarbeit aller am Wirtschaftsleben beteiligten gesell-



Vogel will Neuauflage des Schmidt-schen „Modell Deutschland“

schaftlichen Gruppen, Personen und Einrichtungen in einem Solidarpakt zur Überwindung der Arbeitslosigkeit. Zu diesem Pakt müssen Unternehmer, Gewerkschaften, alle staatlichen Ebenen und auch die Bürger beitragen.“

Angebot, den Polizeiknüppel zu gebrauchen gegen alle, die ihre Interessen durchsetzen und nicht auf dem Altar deutscher Interessen opfern wollen: „Wir werden es an der wirklichen Abwehr solcher Gewalt niemals fehlen lassen und die Schutzfähigkeit unseres Staates erhalten.“

Quellenhinweis: Bild, 22.1.83; SPD, Entwurf Wahlprogramm, Beschluß des Parteivorstandes vom 17.12.82

Darin liegt die wesentliche Ursache für die Gefährdung des Friedens. Deswegen haben wir das moralische Recht und die politische Verpflichtung, uns gegen diese Bedrohung des Friedens, der Menschenrechte und der Grundwerte zu verteidigen.“

Die Verteidigung wird erst vollendet sein, wenn die Macht der UdSSR gebrochen sein wird. Es gilt! – aber wie alles wirklich Große ist auch dieses klein zu beginnen, am besten: „in Deutschland“.

„Normal“ ist für uns die Lage erst dann, wenn nationales Selbstbestimmungsrecht und die allgemeinen Rechte und Freiheiten auch für alle Deutschen gelten.

Wir finden uns mit der kommunistischen Diktatur im anderen Teil Deutschlands, mit dem Schießbefehl, dem Ausbau der Selbstschußanlagen an der Grenze, mit der Unterdrückung der Freizügigkeit und der Meinungsfreiheit niemals ab.“

Wir möchten auf die Formulierung „nationales Selbstbestimmungsrecht und die allgemeinen Rechte und Freiheiten“ ausdrücklich hinweisen. Zu den „allgemeinen Rechten“, die die Union meint, gehört das Recht auf Privateigentum, das Recht von Kapitali-

sten, Arbeiter für sich arbeiten zu lassen. Die Gefährdung dieses staatlich garantierten Rechts löst den Verteidigungsfall aus; nach innen wie nach außen.

Die Unionsparteien mußten in den letzten Monaten feststellen, daß das politische Ansehen der Kapitalistenklasse nicht so ist, daß eine Partei, die sich als Knüppel des Kapitals darstellt, mit weiterem Zustrom rechnen könnte. So suchen sie einen Ausweg. Sie malen das Bildnis einer Gesellschaft in die Landschaft, in der alles nach den Wünschen des Kapitals und trotzdem aufs beste bestellt ist, in der jeder Kampf für Arbeiterinteressen als unerträglicher Störfaktor erscheint, weil nämlich für jeden gesorgt ist.

Frauen sollen gleichberechtigt sein mit Männern und die Familie nicht hinter dem Beruf zurücktreten. Wie? Z.B. durch Teilzeitarbeit und Jobteilung, dem Kapital bleibt zu demonstrieren, daß sich in nur vier Stunden pro Tag die ganze verfügbare Arbeitskraft auch herausholen läßt. Die Wohnungen? Sie sollen familiengerecht gestaltet werden. Die Mietpreise werden zeigen: Umgekehrt geht das aus, die

Familien werden sich wohnungsrecht, d.h. drei, vier Mann pro Bude schon auch einzurichten wissen. Das gibt Nestwärme! Sozialpolitik? Eigeninitiative! Man ersetze klare Rechtsansprüche des Arbeiters durch Almosenvergabe, so wird auch das neidischste Gemüt lernen, für wenig dankbar zu sein. – Eine weitere Vielzahl von Maßnahmen ist darauf berechnet, einem gewissen, etwas besser verdienenden Teil von Lohnabhängigen Entfaltungsmöglichkeiten in Beruf und Privatleben zu garantieren, die Glanz und Schönheit auch bloß im Kontrast zu der drückenden Enge gewinnen, auf die die breite Masse herabgesetzt werden soll.

So strebt die Union nach einem stabilen Fundament für die deutsche Wirtschaft, ausreichend als Basis einer Außenpolitik, deren expansionistische Zielsetzung sie offen formuliert. Mag sein, die Unionsregierung verfehlt die Mehrheit. Der Sumpf, aus dem sie wächst, wird nur durch eine schwungvolle Entwicklung des Klassenkampfes ausgetrocknet.

Quellenhinweis: CDU, Wahlprogramm 1983, Arbeit, Frieden, Zukunft, Miteinander schaffen wir's, 17.1.1983

IG Druck und Papier gegen Investivlohn

Bielefeld. Mitte Januar fand der Bezirkstag des 4487 Mitglieder zählenden Bezirks Bielefeld der IG Druck und Papier statt. In seiner Rede zur Tarifpolitik sprach sich der NRW-Landesvorsitzende Franz Kersjes scharf gegen Vorschläge der Kapitalisten zur Senkung des Lohns aus; so gegen den „Investivlohn“, bei dem ein Teil der Lohnerhöhungen wieder den Kapitalisten zur Verfügung gestellt wird. Zu glauben, durch Lohnverzicht zur Krisenbewältigung beitragen zu können, bezeichnete Kersjes als tödlichen Irrtum; Zugeständnisse an die Kapitalisten seien nicht im Interesse der Arbeiter.

33000 verlangen Bürgerbegehren

Am 1.1. hat die Aktion „Bürgerbegehren gegen die Verlegung des Mannheimer Maimarktes“ 33000 Unterschriften abgegeben mit der Begründung: die Verlegung ist aus finanziellen, sozialen und ökologischen Gründen unverantwortlich. Durch das Projekt soll der Mannheimer Osten für die Industrie erschlossen werden. 24000 Unterschriften sind notwendig, um einen Volks-

Hamburg. Am 13.1.83 verhandelte die ÖTV mit den Hafenkapitalistenvertretern über einen neuen Lohntarif für die deutschen Seehäfen. Die Kapitalisten haben eine Erhöhung von 2,1% auf die Lohngruppe (LG) VI angeboten. Verschieben wollen sie die Erhöhung um ein Vierteljahr auf den 1.4.83. Gelten soll der Vertrag bis 31.3.84. Die Schichtzuschläge sollen nicht erhöht werden. Die 2,1% Lohnerhöhung wollen sie nur für LG I bis VI zahlen, von LG VI bis LG VIII soll es nur 0,31 DM pro Std. (LG VI plus 2,1%) geben.

entscheid einzuleiten, über den der Stadtrat nun entscheiden muß. Charakteristisch an der vierwöchigen Sammelaktion war die aktive Beteiligung vieler Mannheimer, die sich bisher kaum politisch betätigt haben. Ihr Zorn richtet sich gegen die laufenden Gebührenerhöhungen und neuerdings angekündigten Streichungen von sozialen Leistungen, um ein „Haushaltsloch“ von 46,8 Mio DM zu stopfen. Auf der anderen Seite soll das Ausstellungsgelände Maimarkt für 35 Mio DM verlegt werden, um ein Museum zu bauen und bisher freies Gelände industriell zu erschließen.



Der griechische Gewerkschaftsbund GSEE organisierte am 19.1.83 einen vierstündigen Streik in der gesamten Wirtschaft. Der Streik richtete sich gegen die staatlich verordneten Lohnsenkungen, denn die Regierung hat die Anpassung der Löhne an die Inflation beseitigt. Nachdem am 10.1. die Drachme um 15,5% abgewertet worden ist, sind die Preise sprunghaft gestiegen. Die Preise für importierte Textil- und Lederwaren sind um 30 bis 50% teurer als vor der Abwertung. Die Preise der Nahrungsmittel sind ähnlich gestiegen. Im Februar und März sollen die öffentlichen Verkehrstarife zwischen 12 und 100% erhöht, die Fahrgelder für Busse und U-Bahn z.B. verdoppelt werden. Der Gewerkschaftsvorstand führte am 21.1. mit dem Ministerpräsidenten Gespräche. Papandreou hat dabei die Zusage gemacht, daß bis zum Jahresende die Lohnverluste ausgeglichen werden sollen. Am Montag, den 24.1., streikten die Taxifahrer, ab 20.1. haben die Besitzer der 4000 Überlandbusse den Verkehr für sieben Tage eingestellt. Sie fordern Steuererleichterungen und verbilligten Treibstoff. Bild: frühere Gewerkschaftsdemonstration.



Nds.: Beförderungssperre beschlossen

Das niedersächsische CDU-Landeskabinett hat am 20.1.83 nach Beratung mit seiner Landtagsfraktion eine sechsmonatige Beförderungssperre für alle Beamten ab der Besoldungsgruppe A 10 beschlossen. Des weiteren wurde die Wiederbesetzungssperre freierwerdender Planstellen von bisher sechs auf neun Monate erhöht. Mit der Beförderungssperre und der Ausdehnung der Wiederbesetzungssperre sollen bei den „Personalkosten“ 26 Mio. DM gespart werden. Weitere 20 Mio. DM sollen durch Stellenabbau bei den Landesbeschäftigten geholt werden. Unmittelbar vor dem Kabinettsbeschluss hatte der DGB-Niedersachsen die Beförderungssperre sowie die Ausdehnung der Wiederbesetzungssperre aufs Schärfste abgelehnt. Insbesondere der Stellenabbau sowie die neunmonatige Wiederbesetzungssperre werden in den unteren und mittleren Lohngruppen zur Steigerung der Arbeitshetze führen.

Mißhandelte Sinti verurteilt

Braunschweig. Geburtstagsfeier im Hinterhof mit Bier, Würstchen und Musik vom Plattenspieler, es ist noch früh, Nachbarn feiern mit, die Stimmung ist prächtig. Zwei Polizisten erscheinen, die Musik sei zu laut, geradezu ruhestörend. Die Musik wird leiser gestellt, nicht leise genug, meint einer der Polizisten, er will den Plattenspieler beschlagnahmen, reißt am Tonarm rum, bis er ab ist. Alle sind empört, der Mann, der

am nächsten steht, bekommt eine Ladung Reizgas ins Gesicht gesprüht, dann die anderen, auch ein Kind. „Euch dreckige Zigeuner kriegen wir schon raus aus Deutschland“, schreit einer der Polizisten. So schilderten 16 Zeugen, davon zwölf unter Eid, einen Vorfall im Herbst 1982 in Braunschweig. Gegen diese 16 widerspruchsfreien Aussagen der sonst ganz unterschiedlichen Zeugen standen die zwei Aussagen der Polizisten, die eindeutig erstunken und erlogen waren. Das Gericht verurteilte drei der vier angeklagten Teilnehmer der Geburtstagsfeier zu Geldstrafen zwischen 400 und 2400 DM. Gegen das Urteil sprachen sich der Zentralrat der Roma und Sinti und der Arbeitskreis „Holocaust“ aus.

Lederindustrie: Abschlüsse bei 3,5%

Um 3,4% werden die Tariflöhne in der ledererzeugenden Industrie ab Anfang des Jahres erhöht; zusätzlich gibt es einen Tag Urlaub mehr ab 1983, zwischen 25 und 29 Tagen je nach Alter. Dieser mögliche Urlaubstag wurde mit 0,5% der Lohn- und Gehaltssumme „berücksichtigt“. Die Gewerkschaft Leder fordert zum Manteltarif sechs Wochen Urlaub für alle. Die Tariflöhne der Arbeiter der Schuhindustrie wurden bundesweit um 30 Pfg/Stunde (ca. 3,4%) ebenfalls ab Jahresanfang erhöht, der Kündigungstermin um zwei Monate verschoben, die Monate 11 und 12/82 mit 50 DM Einmalzahlung abgegolten. Bei 8,12 bis 8,90 DM/Stunde lagen bisher schon die Schuhtariflöhne am untersten Ende der Lohnskala.

DIAG

„Flexible Personalanpassung“ und „flexibles Fertigungssystem“

Westberlin. Einschneidene Maßnahmen hat die DIAG Betriebsführung für das Fritz Werner Werk in Westberlin und Hermann Kolb in Köln eingeleitet, um diese Betriebe im Konkurrenzkapf der Werkzeugmaschinenbaukapitalisten profitabler zu machen.

Unter dem Stichwort flexible Personalanpassung hat die Betriebsführung bei Fritz Werner im letzten Jahr 150 Beschäftigte auf die Straße gesetzt und plant die gleiche Zahl von Entlassungen in diesem Jahr. Ende 1983 sollen nur noch 700 Beschäftigte bei Fritz Werner arbeiten, Anfang 1982 waren es noch 1000 Arbeiter und Angestellte. Bei Hermann Kolb sollen Ende 1983 300 Beschäftigte arbeiten, was ebenfalls 150fachen Rausschmiß bedeutet. Gleichzeitig läßt die Fritz Werner Werksleitung zur Zeit 40% der Beleg-

bei den Arbeitern, die ständig 10 und mehr Überstunden die Woche arbeiten, während dieser Zeit der Krankenstand um 27% höher als im Durchschnitt des Betriebes. Mit 98 Arbeitsunfällen pro 1000 Beschäftigte lag Fritz Werner weit über dem Durchschnitt der Maschinenbaubetriebe in der BRD und Westberlin, der bei 47 Arbeitsunfällen pro 1000 Beschäftigten liegt. 63% der Arbeitsunfälle ereigneten sich während der Überstundenarbeit, oder es waren Beschäftigte betroffen, die in der Woche vor dem Unfall 10 und mehr Überstunden gearbeitet haben.

Die Betriebsführung entwickelt in diesem Jahr bei Fritz Werner im Bereich der mechanischen Fertigung ein flexibles Fertigungssystem. Kennzeichen dieses flexiblen Fertigungssystems gegenüber bereits bisher angewendeten numerisch gesteuerten Werkzeugmaschinen ist ein jetzt gegebener automatischer Werkstückwechsel mit Werkstückspeicher, selbsttätiger Werkzeugtausch bei Auftragswechsel und Verschleiß, automatische Werkstückreinigung und Späneabtransport, Werkstück-, Werkzeug- und Prozeßüberwachung einschließlich einer Fehlerdiagnose. Mit diesem System kann die Betriebsführung, gerade bei der im Werkzeugmaschinenbau üblichen niedrigen Stückzahlproduktion, ununterbrochenen Maschinenlauf erreichen, da die notwendigen Rüstarbeiten keine Unterbrechung mehr erfordern. Folge wird sein, wo bisher drei Arbeiter an drei Bearbeitungszentren pro Schicht im Zweischichtbetrieb tätig waren, also insgesamt sechs Maschinenarbeiter, wird nur noch ein Arbeiter pro Schicht (also insgesamt zwei Bediener) an einer Fertigungszelle produzieren. Bei dem geplanten Zweischichtbetrieb läuft während der dritten Schicht die Maschine ohne Bediener. Auf diese Weise kann die Betriebsführung das Fertigungssystem 8430 Stunden im Jahr laufen lassen, während die drei Bearbeitungszentren zusammen nur 7650 Stunden pro Jahr Produktion ermöglichen. Die Werksleitung strebt auf diese Weise eine Reduzierung der Stückkosten um 31% an. Auch deshalb, weil die bisherige Überwachung der Maschine durch den Bediener wegfällt. Diese Überwachung erfolgt dann durch einen zentralen Rechner. Der Arbeiter an der Maschine ist nur mit Werkstückbereitstellung und dem Ersatz verschlissener Werkzeuge beschäftigt, was eine niedrigere Qualifikation

erfordert, und somit Lohnsenkung bedeutet.

Die Belegschaften sehen sich großen Schwierigkeiten bei der Behauptung ihrer Interessen angesichts dieser Maßnahmen der DIAG-Betriebsführung gegenüber. Es ist der Betriebsführung gelungen, die Zustimmung der Westberliner Betriebsrats- und IGM-Vertreter im DIAG-Aufsichtsrat zu diesem Konzept zu erpressen mit der Drohung, sollten die Arbeitnehmervertreter diese Maßnahmen nicht mittragen, sähe sich die Betriebsführung nicht in der Lage, ihr Konzept umzusetzen, was unvermeidlich die Schließung von Fritz Werner und Hermann Kolb zur Folge hätte.

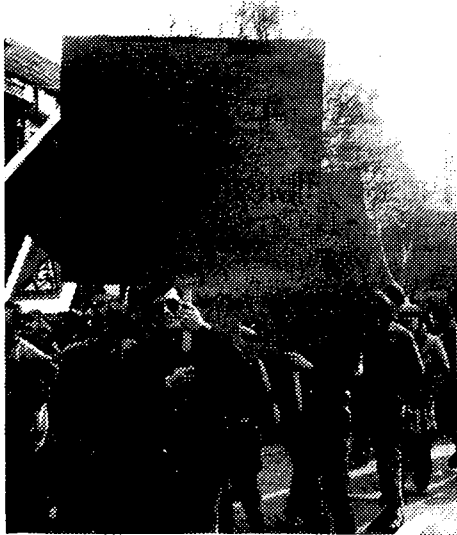
In Köln versucht die IGM mit einer Kampagne „Der Stadtteil Ehrenfeld darf nicht sterben“, in diesem Stadtteil liegt Kolb, auch gegen die Entlassungen in diesem Betrieb anzugehen.

Manteltarif Seeleute Lohnpause durch die Hintertür

Hamburg. Am 12. Januar fand die letzte Schlichtungsverhandlung zwischen der ÖTV und den Reedern statt, auf der der Schlichter folgendes Angebot vorlegte: Ab 1. März 1984 erhalten die Seeleute zwei Tage Urlaub pro Monat mehr, ab 1. Januar 1985 gelten in den Urlaub fallende Sonntage nicht mehr als Urlaubstage. Die Urlaubsverlängerung erfolgt in einem Stufenplan, beginnend ab 1.3.83. Der Heuertarifvertrag wird um ein Jahr verlängert.

Die Reeder haben es in den Verhandlungen bewußt auf das Scheitern ankommen lassen: sie legten von Anfang an kein Angebot vor, sondern boten lediglich die Verlängerung des fünf Jahre alten Manteltarifvertrages an. In der ersten Schlichtung nach dem Scheitern traten sie noch frecher auf, boten 1 Tag Urlaub an und forderten dafür Streichung und Kürzung etlicher Zulagen im Manteltarif. Unverhüllt drohten sie mit vermehrtem Ausflaggen – der Vorstand der Hapag-Lloyd, Wortführer des Verbands Deutscher Reeder, hat während der Verhandlungen Ende 1982 zwei Schiffe nach Singapur verkauft und unter Singapur-Flagge zurückgechartert.

Die ÖTV hat sich von dieser Taktik keineswegs einschüchtern lassen, sondern bestand auf ihrer Urlaubsforderung und leitete Maßnahmen zur Mobilisierung der Seeleute für einen Streik ein. Höhepunkt dieser Kampagne war eine Großveranstaltung am 16.12.82 im Hamburger Gewerkschaftshaus. Auf dieser Veranstaltung kam die Kampfbereitschaft der Seeleute deutlich zum Ausdruck. Siegfried Merten



Warnstreik bei Fritz Werner während der Lohnbewegung 80/81 am 19.3.81.

schaft zwischen 4 und 10 Tagen im Monat kurzarbeiten. Ein Zustand, der auf jeden Fall bis September 1983 beibehalten werden soll. Zur selben Zeit hat die Betriebsführung zur Abwicklung eiliger und profitabler Aufträge im letzten Jahr die Belegschaft 55000 Überstunden schieben lassen. Die Durchlaufzeiten für einige Maschinen verringerten sich um 20%. Während die Werksleitung für eine Produktionsstunde während der Normalarbeitszeit mit 80 DM Kosten rechnet, reduzieren sich diese Kosten nach ihren eigenen Berechnungen auf 60 DM pro Überstunde. Bezahlen müssen für die Überstundenarbeit die Beschäftigten. So lag

sicherte den Seeleuten die Solidarität der gesamten ÖTV zu, ebenso kündigte der Vertreter der Internationalen Transportarbeiter-Föderation die uneingeschränkte Unterstützung an.

Wie empfindlich die Reeder ein Streik getroffen hätte, zeigt folgendes Beispiel: Am 2.1.83 traten 11 der 17 Besatzungsmitglieder des deutschen Motorschiffes „Togo Brewer“ in den Streik. Die Reederei hatte sich geweigert, die Besatzungsmitglieder entsprechend dem Heuer- und Manteltarifvertrag für die deutschen Seeleute zu bezahlen und wollte den Seeleuten über Einzelverträge eine Lohnsenkung von ca. 30% aufzwingen. Als die Seeleute die Unterschrift unter diese Verträge verweigerten, wurde ihnen gekündigt.

Die ÖTV rief alle Kollegen im Hamburger Hafen auf, diesen Streik zu unterstützen und keine Streikbrecherarbeit zu leisten. Innerhalb von 24 Stunden hat die Reederei den geforderten Tarifvertrag mit der ÖTV abgeschlossen, die ausgesprochenen Kündigungen zurückgenommen und auf alle Regressansprüche verzichtet.

In dieser Lage ist es unverständlich, daß die ÖTV sich dieses Schlichtungsergebnis hat aufdrücken lassen, das für die Seeleute reale Lohnsenkung bedeutet – die Heuererhöhung 1983 fällt ja aus. Die Folgen dieser unnötigen Niederlage werden nicht auf die Seeleute beschränkt bleiben, die Hafenkapitalisten wittern in den laufenden Hafentarifverhandlungen Morgenluft.

Wenngleich besser behandelbar als früher, ist die Tuberkulose auch heute noch kein Schnupfen. Sie wird ausschließlich durch Tröpfcheninfektion übertragen, zum Beispiel beim Husten. Kranke stecken zuerst die enge Umgebung an. Je enger diese Umgebung, desto eher erfolgt die Ansteckung. Schlechte Ernährung, enge und unhygienische Wohnungen, chronische Vorerkrankungen wie Zuckerkrankheit, Krebs, Unterernährung, Fehlnahrung wie bei Alkoholismus, das ist der Boden, auf dem Tuberkulose hervorragend gedeiht.

Sie befällt zuerst die Lunge. Diese Primärerkrankung heilt meist folgenlos aus. Die Tuberkulose-Bazillen werden vom Körper abgekapselt, „stillgelegt“. Im Alter, bei Schwächung des Körpers und/oder bei massiver Infektion können die Herde wieder aufbrechen. Auch andere Organe können befallen und zerstört werden: Niere, Haut, Knochen usw. Die Diagnose erfolgt durch Röntgenbild und durch die Kultur der Bakterien. Zur Behandlung müssen monate- bis jahrelang hochwirksame Medikamente eingenommen werden.

Verhängnisvoll ist Tuberkulose bei Säuglingen. Schwere Komplikationen sind häufig, z.B. Hirnhautentzündung mit nachfolgender geistiger Behinderung. Wenn jedoch die Neugeborenen BCG-geimpft werden, haben sie für einige Jahre einen 80%igen Schutz gegen die Infektion. Die Impfung verbessert die Abwehrlage.

1975 wurde in Baden-Württemberg ein schlecht geprüfter Impfstoff zum Vorwand genommen, die routinemäßige Impfung der Neugeborenen ganz abzuschaffen. Das Ergebnis brachte eine Untersuchung jetzt zu Tage: Von 1970–79 wurden in Mannheim 407, im rund halb so großen Ludwigshafen 85 Tuberkulose-Erkrankungen bei Kindern gemeldet. Beide Städte liegen unmittelbar nebeneinander und haben die gleiche Bevölkerungsstruktur. Erklärung: Ludwigshafen liegt in Rheinland-Pfalz, dort wurde BCG-geimpft, in Mannheim nicht! Aufgrund dieser Tatsache fordert der Sozialpädiatrische Arbeitskreis Mannheim, daß die Landesregierung diese Impfung empfiehlt, den Impfstoff kostenlos stellt und die Haftung für evtl. auftretende Impfkomplicationen übernimmt.

Zurück zur geplanten Abschaffung der Röntgenreihenuntersuchung (RRU): Viele Vertreter der Ärzteschaft halten dies für einen gewaltigen Rückschritt: Die Deutsche Gesellschaft für Pneumologie (Lungenheilkunde) und Tuberkulose, sowie deren Berufsverband in Baden-Württemberg, der Berufsverband der Pneumologen Deutschlands und die klinisch tätigen Lungenfachärzte Deutschlands gaben folgendes Beispiel: Im Landkreis Heil-

Tuberkulose

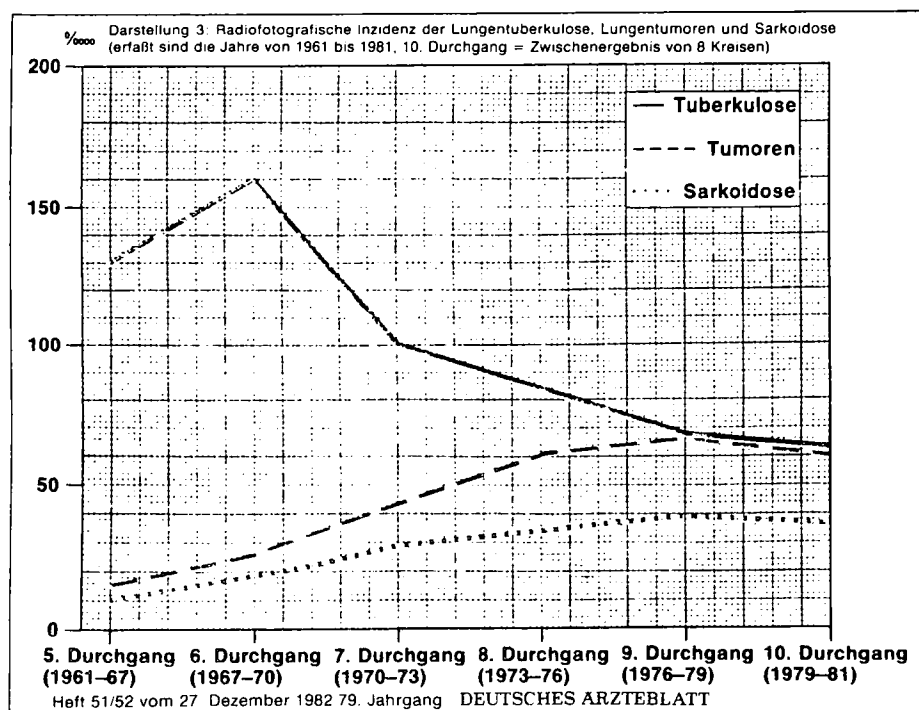
„Seuche auf Abruf“ – Auswirkungen des Stopps von Vorsorgemaßnahmen

Mannheim. In Baden-Württemberg sollen ab 1.7.83 die Röntgenreihenuntersuchungen auf Tuberkulose als gesetzliche Maßnahme abgeschafft werden. In anderen Bundesländern sind sie zum Teil schon abgeschafft bzw. werden auf freiwilliger Basis weitergeführt.

Arbeits- und Sozialminister Schlee (Ba-Wü) argumentiert: Innerhalb von 20 Jahren sei bundesweit die Zahl der Neuerkrankungen von 105,2 auf 39 Fälle je 100000 Einwohner zurückgegangen, und 1981 seien nur noch 4,6 ansteckungsfähige Tuberkulose-Fälle je 100000 Schirmbilder ermittelt worden. „Trotzdem hätte das Land diese Mittel wahrscheinlich aufgebracht,

wenn die Weiterführung der Reihenuntersuchungen im Interesse der Volksgesundheit notwendig gewesen wäre, versicherte Schlee.“ (Sozialpolitischer Info-Dienst 11/82). Quasimedizinische Gesichtspunkte schiebt er vor, um die blanken Rentabilitätsgründe zu verdecken.

Weiß man, daß Tuberkulose (TB) eine Infektionskrankheit mit hoher Infektiosität ist, und daß sowohl die Meldepflicht dieser Erkrankung als auch die Reihenuntersuchung und die Impfung der Säuglinge eingeführt wurden, um die Volksseuche zu bekämpfen, so erkennt man den Zynismus in der Argumentation des christlich-sozialen Sozialministers.



bronn sei vor einigen Jahren wegen der nur geringen Zahl von TBC-Fällen nur der Zeitraum zwischen den Untersuchungen vergrößert worden. Ergebnis sei ein erneutes Ansteigen der Erkrankungen gewesen, da Infektionsquellen nicht rechtzeitig entdeckt wurden. Immerhin steckt ein TB-Kranker im Durchschnitt sieben andere an! Immer häufiger wurden in den letzten Jahren auch Krebserkrankungen (Bronchialkrebs) und Sarkoidose der Lunge (schwere Allgemeinerkrankung) mit der Röntgenreihenuntersuchung entdeckt. (Siehe Schaubild).

So erweist sich die Abschaffung dieser Vorsorgemaßnahmen – Reihenuntersuchung (RRU) und Impfung der Neugeborenen – gerade in einer Zeit, in der Arbeitslosigkeit und Lohnsenkung und in der Folge die Armut zunehmen, als besonders fatal. Die TBC, „Seuche auf Abruf“, wird wieder auf den Plan gerufen.

Job-Sharing Stadtverwaltung als Vorreiter

Ingolstadt. Die Stadtwerke haben als erste Kommunalverwaltung Bayerns das Job-Sharing eingeführt. Beim Job-Sharing verpflichten sich zwei Teilzeitkräfte, einen Arbeitsplatz ganztägig zu besetzen, und zwar auch, wenn eine von ihnen krank oder in Urlaub ist. Die Suche nach Vertretungen und deren Einarbeitung entfällt damit. Auch der Kündigungsschutz ist durchlöchert. Wenn ein Partner geht, muß der andere die ganze Arbeit übernehmen oder ihm kann auch gekündigt werden.

Genüßlich verweist der „Donaukurier“ darauf, daß der Anstoß dazu von zwei Angestellten selbst ausgegangen sei. Und schließlich habe die Stadt das Job-Sharing zu aller Zufriedenheit und zur Unterstützung der Familien eingeführt. In Wirklichkeit wird die Zwangslage der meisten jungen Familien ausgenutzt, da beide Elternteile arbeiten müssen und die Kinder zugleich schlecht versorgt werden.

Die Stadt Ingolstadt hat die entsprechenden Arbeitsverträge beim Unternehmensverband „Arbeitsring Chemie“ abgeschrieben. Der Kernsatz des Ingolstädter Mustervertrages lautet: „Die Verpflichtung zur ganztägigen Besetzung des Arbeitsplatzes bleibt auch dann bestehen, wenn die andere am gleichen Arbeitsplatz Beschäftigte ihre Pflichten aus dem Arbeitsverhältnis nicht erfüllt oder wegen Urlaub, Krankheit und anderen Gründen zeitweilig nicht arbeitet.“ Der „Donaukurier“ schreibt dazu: „Das Job-Sharing soll in Ingolstadt die Verwaltung noch

flexibler machen, die bisher schon als kostengünstigste in Bayern den Dienst erfüllte.“ Das Personalreferat der Landeshauptstadt München habe schon zum Abschreiben an „die Rathaustür in Ingolstadt geklopft“.

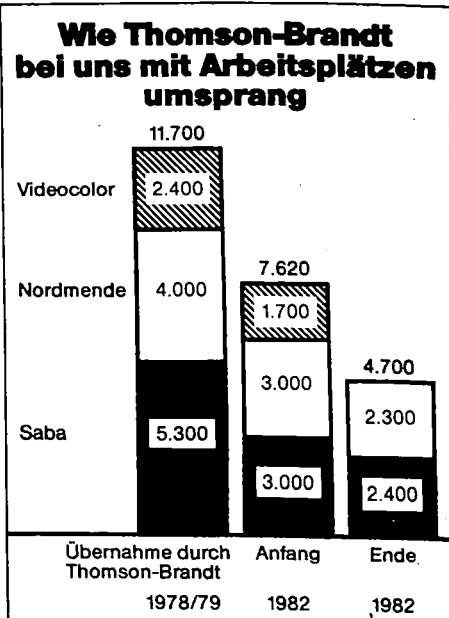
Während der Anteil der Personalausgaben am Haushalt bei vergleichbaren Städten in der Regel bei ca. 40% liegt, rechnet OB Schnell für 1983 in Ingolstadt mit 31%. Die so oft gerühmte „Sparsamkeit“ ist einer rigorosen Mehrfachbelastung der Beschäftigten in den Ämtern geschuldet. So existiert z.B. kein gesondertes Amt für Statistik, das Wahlamt befindet sich auf verschiedenen Dienststellen aufgeteilt. Die Stadtentwicklungspläne werden – sozusagen „nebenbei“ – durch Mehrarbeit in den Dienststellen erstellt.

Außer einem Arbeitsplatz in den Stadtwerken wird jetzt bereits auch der Sitzungsdienst des Hauptamtes im Job-Sharing-Verfahren besetzt. Die Stadt will Vorreiter machen: So setzt der Personalchef Bürgermeister M.Dienstbier (CSU) darauf, daß „die Wirtschaft in der Stadt nachzieht, wenn es schon der als etwas langsam verschrieene öffentliche Dienst wagt“. (Donaukurier, 28.8.82)

Die Vertreter der ÖTV, Bezirk Ingolstadt, haben grundsätzlich gegen jede Teilung von Arbeitsplätzen Stellung bezogen. Die ganztägige Vertretung einer Teilzeitkraft durch die andere und die Kündigungsregelung haben sie als „arbeitsrechtlich bedenklich“ kritisiert und weitere Wachsamkeit angekündigt. Allerdings bieten die geltenden Gesetze keine Handhabe dagegen.

Grundig-Fusion „Große deutsche Lösung“ bevorzugt

Nürnberg. Das Grundkapital der Grundig AG war am 31.3.82 mit 262,5 Mio. DM ausgewiesen. Davon hält die Max-Grundig-Stiftung 75,5% und die niederländische Philips AG 24,5%. Grundig will nun seinen Anteil von 75,5% an den französischen Konzern Thomson-Brandt verkaufen. Kommt diese Fusion zustande, beherrschen zwei Konzerne den europäischen Markt auf dem Sektor der Unterhaltungselektronik, nämlich Thomson-Brandt und die Philips AG. Von der Unterhaltungselektronik gehen einige Impulse aus auf die Entwicklung der Elektronik und der Mikroelektronik. Grundig, mittlerweile 74 Jahre alt und in der Öffentlichkeit dargestellt als ein Mensch, der heute noch hemdsärmelig in seinem Konzern rationalisiert, tritt schon seit längerem für eine europäi-



Aus: Der Gewerkschafter 12/82

sche Lösung bezüglich der Unterhaltungselektronik ein. Mit dem Verkauf seines gesamten Aktienpaketes geht damit die Marktführung an Thomson-Brandt und damit an Frankreich.

Gegen diese Fusion ist inzwischen ein breites Bündnis entstanden. Es reicht von den Betriebsräten bis hin zu den Sozialausschüssen der CDU/CSU. Betriebsrat und IGM sind gegen die Fusion, weil sie befürchten, daß Thomson-Brandt Arbeitsplätze vernichten wird, und sie verweisen auf die Schließung von Videocolor in Ulm. Ist hier vergessen worden, daß Grundig in den letzten Jahren elf Niederlassungen geschlossen und etwa 10000 Arbeiter entlassen und dann 1981 auf dem Sektor Videogeräte 2000 eingestellt und nun Ende 1982 wieder 650 entlassen hat? 1983 sind weitere Entlassungen geplant.

Der Betriebsrat hat in den inländischen Werken eine Unterschriftensammlung durchgeführt. Darin wird gefordert, daß Thomson-Brandt konkrete Standort- und Arbeitsplatzgarantien geben soll, widrigenfalls soll die Bundesregierung die entsprechenden Auflagen machen. 17000 der etwa 20000 inländischen Grundig-Beschäftigten haben diese Listen unterschrieben. Die IGM erklärt jedoch gleichzeitig, ihr sei die „Notwendigkeit größerer Unternehmenseinheiten in der europäischen Unterhaltungselektronik durchaus klar“.

Der bayerische Wirtschaftsminister sagte, der Fall Grundig habe für Bayern „epochale Bedeutung“, weil Frankreich die „führende Rolle“ in der europäischen Unterhaltungselektronik anstrebt. Deshalb ist er für eine „große deutsche Lösung“. Eine Beteiligung von Siemens und Bosch sei anzustreben.

Langfristige Angriffe auf die Lohnabhängigen sind „eingeleitet“

Für 1983 schlägt die Verwaltung der Stadt Braunschweig dem Rat der Stadt zum ersten Mal einen Haushalt mit einer Deckungslücke von 9,4 Mio. DM vor. Dieses Novum ist angeblich sogar mit der kommunalen Aufsichtsbehörde abgestimmt. Als Mitte der 70er Jahre die Stadt Braunschweig aus finanziellen Schwierigkeiten eine erhöhte Kreditaufnahme beschloß, wurde der Haushalt kurzerhand nicht genehmigt, und die rund 20 Mio. DM mußten kurzfristig eingespart werden. Angeblich war Braunschweig damals eine der wenigen Städte, die in Schwierigkeiten waren. Heute sind die finanziellen Schwierigkeiten der Kommunen allgemein. Deshalb würde man heute solche Deckungslücke, die in den nächsten Jahren noch erheblich steigen soll, hinnehmen. Aus der Sicht der Stadt Braunschweig soll auf diese Weise deutlich werden, daß die Stadt Braunschweig pleite ist und eine Änderung des Finanzierungssystems zugunsten der Kommunen in den nächsten zwei bis drei Jahren unbedingt erfolgen muß.

Aber diese Deckungslücke ist keinesfalls ein der Krisenhaftigkeit des Kapitalismus entsprungenes Zufallsprodukt, sondern planmäßig angestrebt. Sie ist erstens angestrebt durch die Abwälzung bestimmter Aufgaben von Bund und Land auf die Kommunen und die Kürzung von Zuschüssen sowie die Abschaffung der Lohnsummensteuer, die z.B. für Braunschweig seit 1980 jährlich rund 20 Mio. DM weniger Gewerbesteuer bedeutet. Seit Anfang der 60er Jahre ist damit der Anteil der Gewerbesteuererinnahmen (einschließlich Lohnsummensteuer) von rund 35% der Gesamteinnahmen auf heute 14% gesunken (vgl. Schaubilder). Gleichzeitig sind die Gebühreneinnahmen von 20 auf 27% angestiegen. Soweit noch nicht geschehen, sollen die Gebühren bis zur Kostendeckung angehoben werden.

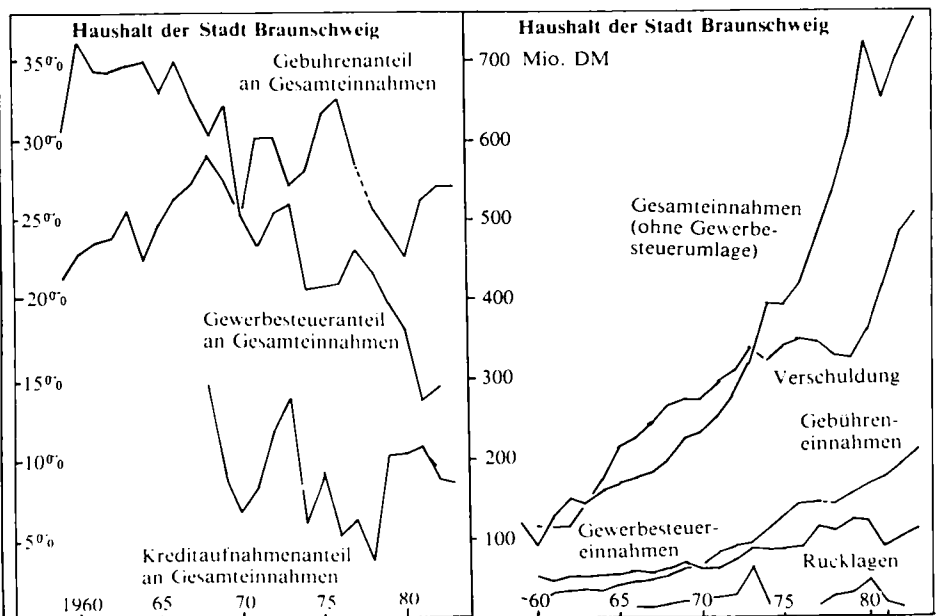
Zweitens ist es eine bewußt eingeplante Deckungslücke, um damit unpopuläre Maßnahmen besser durchdrücken zu können. Die Kommunale Gemeinschaftsstelle für Verwaltungsvereinfachung hat im Bericht vom 25. Mai 1982 („Haushaltskonsolidierung durch Aufgabenkritik und Sparmaßnahmen“) ein Konzept für das langfristige Vorgehen der Kommunen vorgelegt, nach dem auch die Stadt Braunschweig verfährt. Das Konzept geht von folgenden Hauptmaßnahmen aus: 1. Personaleinsparungen, 2. Strei-

chung von Leistungen, 3. Gebührenerhöhungen, damit 4. ein Spielraum für „örtliche Politik“ verbleibt, ist ein „mehrfähriger Sparprozeß“ vorgesehen, der sich „in den politischen Kalendar einpassen muß“, d.h. z.B. „rechtzeitig sparen, damit im Wahljahr wieder etwas Spielraum bleibt“. Da die Bundestagswahlen vor der Tür stehen, hat die Verwaltung gegenüber dem Vorjahr nur begrenzte Sparvorschläge für 1983 gemacht und auch die Gebühren und Tarifierhöhungen sind gegenüber dem Vorjahr bescheiden. (z.B. Gastarife im letzten Jahr plus 25%, dieses Jahr 5%).

Einer der zentralen Punkte sind die Einsparungen bei den Personalkosten. Da in Braunschweig schon seit 1974 der Personalkostenanteil von rund 40% auf unter 30% gedrückt wurde und 1983 wieder 2,2 Mio. DM eingespart werden sollen, hat die Dienstaufsicht Probleme, mit den alten Methoden weiter durchzukommen. Es wer-

cherweise: „Personaleinsparungen sind eingeleitet“. Um die Amtsleiter auf diese Aufgabe vorzubereiten, wurden Ende letzten Jahres mehrere Seminare zum Thema zukünftige Entwicklung der Stadt Braunschweig unter veränderten Bedingungen durchgeführt. Die Verwaltungsführung hatte dazu Papiere vorgelegt: „Die schwierige Finanzsituation Braunschweigs hat auch in der Vergangenheit stets zu bescheidenem Investitionsverhalten bis hin zur Vernachlässigung bestehender Einrichtungen geführt. Ergebnis ist eine unterdurchschnittliche Verschuldung und andererseits ein Investitionsstau ohnegleichen (...) Der Verwaltungshaushalt kann in Zukunft kaum noch über die Pflichtzuführungsrate (...) hinausgehende Überschüsse für zusätzliche Investitionen erwirtschaften, wenn nicht erhebliche Einschränkungen bei kommunalen Leistungen bzw. drastische Gebührenerhöhungen vorgenommen werden.“ Ziele u.a.: Anhebungen bei der Grundsteuer, kommunaler Anteil an der erhöhten Mehrwertsteuer als Ersatz für die Abschaffung der Gewerbesteuer.

Unmittelbares Ergebnis dieser Spardebatte war das Auftreten der Dienstaufsicht im Dezember z.B. auf der Personalversammlung Bauverwaltung vor



den deshalb nicht mehr von einer Sparkommission die Personalkürzungen vorgenommen, weil die Ämter sich allzuoft dagegen wenden, jetzt bekommen die Ämter Sparvorgaben, die sie selbst erfüllen müssen. „Die Ämter bestimmen weitgehend selbst, wo gespart wird; vorgeschrieben wird es ihnen nur, wenn sie inaktiv bleiben.“ (KGST-Bericht)

Angesichts der weiteren Pläne der Stadt schreibt die PROGNOSE in ihrem Gutachten im Auftrag der Stadt fre-

den Arbeitern der Straßenreinigung und Müllabfuhr. Zum ersten Mal wurden etwaige Streikabsichten im Frühjahr 1983 als nutzlose Aktionen angegriffen, da die Stadt kein Geld habe für größere Lohnerhöhungen. Dies rief natürlich den Protest der anwesenden ÖTV-Funktionäre hervor, die auf das finanzielle Konzept des DGB auf Bundesebene verwiesen. Aber der freche Angriff erzielte auch Wirkung, zumal die ÖTV die Probleme am Ort bisher kaum aufgegriffen hat.

Katalog kommunaler Haushaltskürzungen

Die AG der Hauptämter in Bad.-Württ. (Bürgermeister) hat einen umfangreichen Katalog zur Kürzung kommunaler Leistungen und Personalstreichungen erarbeitet und den Kommunen zur Umsetzung empfohlen.

1. *Angriffe auf das Personal:* „Kündigung nicht leistungsbereiter Angestellter und Arbeiter / Disziplinarverfahren gegen nicht leistungsbereite Beamte (Abschreckungseffekt), generelle Ausweitung der Teilzeitbeschäftigung, Verbesserung der Dienstaufsicht, Überprüfung freiwilliger und übertariflicher Leistungen und Zulagen an Mitarbeiter, Hausbesuche bei vermeintlicher Arbeits- und Dienstunfähigkeit, Privatisierung von Pförtnerdiensten und Müllabfuhr sowie Neuorganisation der Gebäudereinigung prüfen ...“

2. *Ausweitung ehrenamtlicher Tätigkeit:* „Gewinnung von Einwohnern zur freiwilligen Übernahme von Aufgaben z.B. Hausaufgabenbetreuung, bei Einrichtungen der Jugendpflege, Gewinnung von Anwohnern für Grünflächenpflege, Straßenkehren durch Grundstückseigentümer ...“

3. *Sozialleistungsabbau:* „Anlegen schärferer Maßstäbe bei der Ermessensausübung in der Sozialhilfe, Zuschüsse an Verbände überprüfen, Schließung von Einrichtungen der Jugendhilfe, Verhinderung der Bildung kleiner Gruppen, Heimunterbringungsfälle verringern (Pflegeeltern) ...“

4. *Abbau weiterer kommunaler Leistungen:* „Effizienzkontrolle für die Ausstattung mit Lehrmitteln und Medien, Öffnungszeiten und Öffentlichkeitsarbeit überprüfen, Verzicht auf kommunale Wohnungsvermittlung, Einschränkung bei der Straßenbeleuchtung und Signalanlagen, Reduzierung der Grünflächengestaltung und -pflege sowie der Winterdienstmaßnahmen ...“

5. *Weitere Gebührenplünderung:* „Leistungsentgelte im Feuerschutz, Krankentransport, Rettungsdienst, Unterrichtsgebühren und Dozentenhonorare an Volkshochschulen sowie Eintrittspreise überprüfen, Kostendeckung bei Abwasserabgabe, Mieten und Pachten, Erhebung von Straßenreinigungsgebühren, Ausschöpfung der Konzessionsabgaben ...“

Uranabbau

„Zwischenlösung“ für Menzenschwand?

„Anfang 1983“ will die Landesregierung Baden-Württemberg über den beantragten Uranabbau in Menzenschwand entscheiden. „In der Sache“ sei noch nichts beschlossen, versicherte Dr. Kleinmann vom Wirtschaftsministerium auf der Podiumsdiskussion der Bürgerinitiative am 17.1.83. Anfang Dezember 1982 erfuhr man jedoch aus dem Ministerium, daß eine „beschränkte“ Abbaugenehmigung angestrebt werde, denn: „Ein schnelles Herausholen des vorhandenen Urans liegt derzeit nicht im energiewirtschaftlichen Interesse des Landes und erscheint volkswirtschaftlich nicht sinnvoll“. Möglicherweise wäre das dann nur eine „Legalisierung“: erstmals wurde am 17.1. öffentlich und unwidersprochen zugegeben, daß schon jetzt in Menzenschwand nicht nur geschürft, sondern abgebaut wird, obwohl nur eine Schürfgenehmigung bis 1985 besteht.

Die Bedenken gegen den Abbau will die Landesregierung mit einem hydrogeologischen Gutachten von 1964 und Untersuchungen des Kernforschungszentrums Karlsruhe (KfK) von 1979 zerstreuen. Ihren Antrag auf Nichterteilung einer Abbaugenehmigung begründen die Grünen im Landtag damit, daß diese Gutachten veraltet und unzureichend sind: 1964 drangen nämlich noch 1,41 l/s in das Bergwerk ein, derzeit sind es schon 25 l/s, dies stelle eine massive Grundwasserstörung dar; das Gutachten des KfK erfaßt nur eine fünfmonatige Abbauphase nach längerer Unterbrechung des Abbaus, es untersucht u.a. nicht „Auswirkungen der Abluft aus der Grube ... des abgelagerten radioaktiven Schlamms, Gesundheitsprobleme bei Bergarbeitern ...“; es wurde nur Radium 226 gemessen, nicht aber Polonium 210 und Blei 210; auf Hinweis des BUND im Juli 1982 von der Landesanstalt für Umweltschutz durchgeführte Probenahmen im Sediment des Kunkelbachs und der Menzenschwander Alb ergaben bis tausend mal höhere Werte der Radiumkonzentration als 1979.

Das Wirtschaftsministerium am 27. 10.82 dazu: entgegen der bisherigen Entwicklung „rechne“ es nicht „mit einer der Tiefenzunahme des Bergbaus entsprechenden proportionalen Zunahme der Grubenwassermenge“; laufende Kontrollen hätten „keine Anhaltspunkte ergeben, die die durch das KfK ... getroffenen Aussagen in ihrer Gültigkeit einschränken können“. Werte erfährt man keine; die Messung von Polonium 210 und Blei 210 sei

überflüssig; Untersuchungen der Bergarbeiter hätten keine die Grenzwerte der Strahlenschutzverordnung (die 100 mal höher liegen als für die übrige Bevölkerung) übersteigenden Werte ergeben; bei der Ermittlung der neuen Höchstwerte in den Gewässern seien „zwei völlig verschiedene Stoffe“ gemessen worden. Die Ungefährlichkeit des Schlamms hatte schon der Vertreter des KfK auf der Menzenschwander Bürgerversammlung am 23.9.82, die einstimmig den Uranabbau ablehnte,



Über 500 demonstrierten am 9. Oktober 1982 in Waldshut gegen atomare Anlagen am Hochrhein und den geplanten Uranabbau in Menzenschwand.

„nachgewiesen“: „da sowieso niemand den Schlamm ißt“. Als MdL Schött (FDP) auf der Podiumsdiskussion vertrat, die Selbstverwaltung dürfe „nicht nur in Bagatelldfällen“, sondern müsse auch in so einem wichtigen Punkt der Landespolitik zum Tragen kommen, mit Hinweis auf die Ablehnung durch Kreistag, Gemeinderat und Ortschaftsrat, wollte Dr. Kleinmann diese „berücksichtigen“.

Quellenhinweis: Landesdrucksache 8/2961, ausgegeben am 3.12.82.

Stadtrat Hannover

GABL-Fraktion von der Sitzung ausgeschlossen

Hannover. Am 13.1. stand zum zweiten Mal auf der Tagesordnung des Stadtrats die vom hannoverschen Polizeipräsidenten geführte Punker-Datei. Seit einem halben Jahr werden in dieser Datei „alle Erkenntnisse über sog. Punker“ gesammelt, so die Anweisung an alle Polizeidienststellen.

Waren schon bei der ersten Ratssitzung Teile der Öffentlichkeit des Saales verwiesen worden, so nahm diesmal der Oberbürgermeister geringe Störungen zum Anlaß, zunächst einzelne rauszuweisen, um dann die gesamte

Zuhörertribüne durch Polizei mit Schlagstockeinsatz räumen zu lassen, einschließlich – auf ausdrückliche Anweisung des Oberbürgermeisters – der vier Stadtratsmitglieder der Grünen Alternativen Bürgerliste (GABL). Die GABL hatte nicht nur – inzwischen mit der SPD und darum abgeschwächt – den Antrag auf Ablehnung von Sonderkarteien eingebracht, sondern sich in der Sitzungsunterbrechung als Zeichen ihrer Solidarität gegen die Räumung auf die überwiegend von Punks besetzte Zuhörertribüne begeben. Beim Wiederbeginn der Sitzung schloß der Oberbürgermeister die GABL-Fraktion von der Sitzung und allen Ausschusssitzungen bis zur nächsten Stadtratssitzung wegen „ungebührlichen Verhaltens“ aus.

Der Ausschluß aus dem Stadtrat ist der vorläufig schärfste Schritt aller etablierten Parteien, um die GABL gefügig zu machen. Fast 100 Anträge hat die Fraktion der GABL bisher im Stadtrat eingebracht, z.B. gegen die Militärelektronik Messe IDEE, für die Förderung von Frauen- und Jugendhäusern ohne staatliche Bespitzelung, gegen die Subventionierung der Kapitalisten unter dem Deckmantel der Arbeitsplatzbeschaffung oder -sicherung. Etwa eine Handvoll davon wurde angenommen. Redebeiträge von GABL-Ratsmitgliedern werden ständig unterbrochen. Auf die Aufforderung an den Oberbürgermeister, nach ständigen Unterbrechungen durch die SPD für Ruhe zu sorgen während seiner Rede, bekam das Ratsmitglied zu hören, was eine Störung sei, entscheide immer noch er, der Oberbürgermeister. Die Presse berichtet, Ratsmitglied Kiper habe auf der letzten Sitzung auf der Tribüne zu den Punks gesagt „Wehrt Euch“, was „angesichts von 50 Polizisten ... mir abenteuerlich erscheint, meinem eigenen Verhalten widerspricht und offensichtlich von der Polizei lanciert worden ist“ (Leserbrief von Kiper). Die bürgerliche Presse berichtet bereits, daß ein Ausschluß bis zu sechs Monaten möglich ist.

Polizeiaufrüstung Ba.-Wü. will Gummi- geschosse einführen

Mannheim. Roman Herzog, Innenminister in Stuttgart, will Anfang dieses Jahres bei der baden-württembergischen Polizei Hartgummigeschosse einführen, „notfalls im Alleingang“, wenn die Länderinnenministerkonferenz nicht mitzieht. Bereits letztes Jahr ist die Stuttgarter CDU-Landesregierung mit Bayern in der Einführung des CS-Gases vorgeprescht. Während das CS-Gas vor allem mittels der Wasser-

werfer eingesetzt werden soll, um große Menschenmengen auseinanderzutreiben, sind die „Gummischrotgeschosse gezielt für einzelne Störer gedacht“ (Stuttgarter Zeitung, 12.11.82). Die Gummischrotgeschosse, aus 15 bis 20 Meter gezielt abgeschossen, können schwerste Verletzungen hervorrufen. In Zürich verlor ein Demonstrant durch ein derartiges Geschosß ein Auge. In Nordirland wurden zahlreiche Personen durch derartige Geschosse getötet und schwer verletzt.

Das CS-Gas wirkt in hohen Dosierungen ebenfalls tödlich. Die USA setzten Cyanid in Vietnam von 1964 bis '69 ein; mindestens 700 Tote sind dokumentiert als Opfer ausschließlich von CS.

Die Polizei versucht immer wieder, durch Vorführungen die Ungefährlichkeit von CS zu belegen. Zumindest ein Test ging schief: am 27.5.82 erkrankte der junge hannoversche Polizist Michael R., einen Tag nachdem er an einer Vorführung des CS teilgenommen hatte. Bei der Obduktion wurden Abbauprodukte von CS gefunden.

Mit den neuen Polizeiwaffen soll, so Herzog, eine „Lücke“ zwischen Polizeiknüppel und Schußwaffen geschlossen werden. Der Polizeiführung steht dann ein breit gefächertes Waffenarsenal zur Verfügung, aus dem je nach Lage geschöpft werden kann. Das Polizeigesetz Baden-Württemberg ist mittlerweile soweit novelliert, daß es alles abdeckt: „Schußwaffen dürfen gegen Menschenmengen nur dann gebraucht werden, wenn von ihr oder aus ihr heraus Gewalttaten begangen werden oder unmittelbar bevorstehen“ (§40) und in diesem Fall dürfen auch „unbeteiligte“ Personen gefährdet werden (§39), was sich bei Einsatz der mittlerweile bei den Bereitschaftspolizeien lagernden Maschinengewehre auch kaum vermeiden läßt.

„Ein richtiges Lagebild nützt allein noch nichts, wenn daraus nicht die notwendigen Konsequenzen gezogen werden“ meint Baden-Württembergs Polizeichef Dr. Stümper, gleichzeitig Vorsitzender des Ausschusses Innere Sicherheit bei der Länderinnenministerkonferenz, und verweist auf „heikle Bereiche“ in der „Gesetzgebung“ und „Bewaffnung“. „Die gesellschaftlichen und sozialen Spannungen werden weiter, und zwar wohl sehr erheblich zunehmen“, so Dr. Stümper, was „nicht zuletzt durch die Entwicklung der Wirtschaftslage“ bestimmt werde. „Zeiten innerer Spannungen bringen immer wieder größere Bevölkerungsteile auf die Straße“; deshalb komme man ohne Gummischrot und CS-Gas nicht weiter aus.

Quellenhinweis: Öko-Institut Freiburg, Reizkampfstoff CS, Heft 22; CILIP 8, April 81; taz 8.9.82; Dr. A. Stümper in: Kriminalistik 10/81; Die Polizei 1/82; Konkret 11/82.

NRW

Kürzungen bei Privatschulen rechtswidrig

Essen. Der von der CDU-Landtagsfraktion angerufene Landesverfassungsgerichtshof in Münster erklärte am 3. Januar die von der SPD-Landesregierung beschlossene Kürzung der Landeszuschüsse für private Schulträger für rechtswidrig.

Mit dem Haushalt '82 hatte die Landesregierung das Ersatzschulfinanzierungsgesetz geändert und die aufzubringende Eigenleistung der privaten Schulträger um 4% auf 10% erhöht. Private Schulträger sollten lediglich Kosten für eigene oder gemietete Gebäude nicht mehr geltend machen können. 30 Mio. DM wollte die Landesregierung damit „einsparen“. Wenig, wenn man bedenkt, daß sie allein 227 Mio. DM bei der Erstattung von Schülerfahrkosten gekürzt hat. Nichts, wenn man bedenkt, daß die katholische Kirche, die die Kürzung im wesentlichen traf, da sie die meisten Privatschulen unterhält, Millionen DM Kirchensteuern über den Staat einreibt. Die katholische Kirche und die CDU liefen Sturm gegen die beschlossene Kürzung. Von „massivem Angriff auf die Existenz der freien Schulen“ war die Rede, von Verstoß gegen das Grundgesetz und die Landesverfassung.

Die Landesverfassung garantiert in Art. 8 den privaten Schulträgern „die zur Durchführung ihrer Aufgaben und zur Erfüllung ihrer Pflichten erforderlichen Zuschüsse“. Keineswegs hätte deswegen die Landesregierung den „Ermessensspielraum“, Miet- und Pachtzinsen oder Erhaltungskosten für eigene Schulgebäude nicht zu bezahlen, so der Verfassungsgerichtshof.

Mit dem Urteil des Verfassungsgerichtshofs, das die Landesregierung verpflichtet, selbst die Abnutzungskosten für eigene Schulgebäude der privaten Träger – und damit ja hauptsächlich der katholischen Kirche – zu zahlen, ist eine ziemlich grundsätzliche Entscheidung auf Finanzierung der privaten Schulträger durch die Regierung getroffen. Durch die Garantie der vollständigen Bezahlung der Privatschulen durch den Staat sind die Bedingungen geschaffen, daß die christliche Reaktion ihren Einfluß auf das allgemeine Schulwesen weiter ausbauen kann. Das ist auch das Ziel. Hat die katholische Kirche heute schon durch inzwischen 74 Gymnasien und 30 berufsbildende Schulen Einfluß auf Tausende von Schülern, wird dieser Einfluß ausgeweitet werden. Die Regierung wird ja weiterhin vollständig zahlen.

Sozialhilfe in Hamburg

Kapitalisten schaffen eine Armuts- und Elendsschicht, Senat kürzt Sozialhilfeleistungen

Mit ihrer „sozialen Marktwirtschaft“ haben es die Kapitalisten inzwischen geschafft, daß Millionen Menschen nicht mehr in der Lage sind, sich selbständig auch nur ein Einkommen zu sichern, daß an die elend niedrigen Sozialhilfesätze heranreicht und nach § 1 Bundessozialhilfegesetz (BSHG) notwendig ist, um „die Führung eines Lebens zu ermöglichen, das der Würde des Menschen entspricht“.

In Hamburg ist gemessen an der Wohnbevölkerung die Zahl derjenigen, die aus Armut Sozialhilfezahlungen erhalten (laufende und einmalige Hilfe zum Lebensunterhalt außerhalb von Einrichtungen; im folgenden ist

zialversicherungen, insbesondere die Kürzungen des Arbeitslosengeldes und der Arbeitslosenhilfe. Nach Angaben des Hamburger SPD-Senats bedeutete das 1980 für 889 Haushalte, daß das ausgezahlte Arbeitslosengeld bzw. die Arbeitslosenhilfe noch unter dem Sozialhilfesatz lagen.

Gemessen an der Kaufkraft sinkt der Sozialhilfesatz seit 1970 kontinuierlich. Hauptbestandteil der Sozialhilfezahlungen sind die von den einzelnen Bundesländern festgelegten Regelsätze, denen ein 1970 aufgestellter Warenkorb (siehe S. 27) und dessen Preise zugrundeliegen. Danach gehören zum „Leben in Würde“: einmal monatlich ein Sup-

Sozialhilfebezieher getrieben werden sollen: bekanntlich wollte die ehemalige SPD/FDP-Regierung die Regelsätze ab 1.1.83 um elende 3% erhöhen; bekanntlich hat die jetzige CDU/CSU/FDP-Koalition die Anhebung der Regelsätze auf den 1.7.83 verschoben und will dann nur um 2% erhöhen – um den Warenkorb „abzumagern“ (siehe S. 27).

Sozialhilfe soll der „Sicherstellung der notwendigen Bedürfnisse des täglichen Lebens“ dienen. Unter der Voraussetzung, daß keine weiteren Einkünfte vorhanden sind, erhalten in Hamburg ein Alleinstehender bzw. der „Haushaltsvorstand“ einer Familie nach den seit dem 1.1.82 geltenden Regelsätzen 344 DM monatlich und jedes weitere Familienmitglied je nach Alter zwischen 155 und 310 DM; Miete und Heizung bezahlt das Sozialamt. Eine vierköpfige Familie – zwei Erwachsene, ein 6- und ein 14jähriges Kind – bekommt danach monatlich 1032 DM. Davon müssen sie bezahlen: „Die Kosten für Ernährung, Kochfeuerung, Beleuchtung, Betrieb elektrischer Geräte, kleinere Instandhaltungen und geringwertige Beschaffungen, Körperpflege und Reinigung sowie persönliche Bedürfnisse des täglichen Lebens.“

Der durch die Regelsätze festgeschriebene erbärmliche Lebensstandard schließt die Sozialhilfebezieher nicht nur von allem aus, was ein bißchen Lebensfreude schafft, er erzwingt außerdem regelmäßige Bettelgänge zum Sozialamt. Bewußt sind die Kosten für größere Anschaffungen wie Kleidung, Möbel u.ä. in den Regelsätzen nicht enthalten. Für solche „einmaligen Hilfen zum Lebensunterhalt“ müssen Zusatzanträge gestellt werden. Ob es Geld für einen Wintermantel gibt und in welcher Höhe, wie oft neue Schuhe, ob ein Kühlschrank zum Lebensstandard eines Sozialhilfeempfängers gehört usw. soll dann von dem jeweiligen Sachbearbeiter auf Grundlage fachlicher Weisungen entschieden werden. Neben der Schikane, die damit gegenüber einzelnen Hilfebeziehern möglich ist, können so auf kaltem Behördenwege jederzeit die Sozialhilfeleistungen allgemein gekürzt werden. In den Hamburger Sozialämtern werden die Beschäftigten inzwischen zunehmend von der Dienstaufsicht angewiesen, den „Rahmen“ der Leistungen *nicht* auszuschöpfen – so wird aus dem Wintermantel für 200 DM ein Parka für 85 DM.



Hamburg: 90000 beteiligten sich am 6.11.82 an der DGB-Demonstration gegen Lohnsenkungen, Sozialabbau und Arbeitslosigkeit.

immer nur diese Hilfeart gemeint), innerhalb von zehn Jahren fast um das Dreifache gestiegen: von 1970 = 23 159 (1,29% der Wohnbevölkerung) auf 1980 = 56 493 (3,34% der Wohnbevölkerung). 12,5% aller Sozialhilfebezieher waren 1980 Ausländer (absolut: 7098). Die Zahlen werden inzwischen um einige Tausend höher liegen und weiter steigen.

Am stärksten gestiegen ist die Verarmung der 15- bis 65jährigen. 1980 waren bereits 57% aller Sozialhilfebezieher in dieser Altersgruppe (1970 = 37,5%). Neben Lohnsenkungen und Arbeitslosigkeit wirkt hier vor allem der gesetzliche Leistungsabbau der So-

penhuhn, täglich 36,6 g Fleisch, 88,1 g frisches Gemüse und 10 g Kaffee, jede Woche eine Tageszeitung, alle zehn Tage eine Flasche Bier, monatlich eine Rolle Toilettenpapier und einmal im Jahr eine Glühlampe, Schuhe besohlen und über 30 km Bahn fahren. Es scheint auch zur „Würde“ eines Sozialhilfebezieher zu gehören, daß seit 1970 weder der Inhalt des Warenkorbes noch die Regelsätze den jeweiligen Lebens- und Preisverhältnissen angepaßt wurden. Bei einer entsprechenden Preisanpassung müßte nach Angaben des Senats heute allein der Eckregelsatz (Regelsatz für eine Einzelperson) um ca. 30% erhöht werden. Deutlich wird, in welch unmenschliche Existenz die

1980 mußten in Hamburg bereits rund 34 000 Haushalte (4,2% aller Privathaushalte) von einem Betrag in Höhe der Sozialhilfe leben. Das Ausmaß an Elend und Verarmung ist jedoch weitaus höher. Neben den Familien, die aus der Sozialhilfe herausfallen, weil ihr Einkommen leicht über dem Sozialhilfesatz liegt, machten nach Angaben des Senats 1980 mindestens 19 000 Haushalte ihren Anspruch auf Sozialhilfe nicht geltend. Ein deutliches Zeichen dafür, wieviel Menschen lieber erbärmlich leben, als ihre Familienangehörigen, denen es auch nicht viel besser geht, zur Unterhaltszahlung zwingen zu lassen. Es gibt aber noch einen weiteren Grund für die Nichtanspruchnahme: die im Ausländergesetz festgelegten brutalen Bestimmungen gegenüber ausländischen Sozialhilfeempfängern. Nach § 10, Abs. 1, 10 kann „ein Ausländer ausgewiesen werden, wenn ... er den Lebensunterhalt für sich und seine unterhaltsberechtigten Angehörigen nicht ohne Inanspruchnahme der Sozialhilfe bestreiten kann oder bestreitet ...“

Zurzeit ist die SPD landesweit damit beschäftigt, die unsoziale Politik der CDU/CSU/FDP-Koalition zu kritisieren. Daß der Hamburger Senat in diese berechnete Kritik einstimmt, ist allerdings mehr als kühn, wenn man weiß, daß er insbesondere 1981/82 Sozialhilfeleistungen in Millionenhöhe gekürzt hat. Es ist ihm inzwischen gelungen, die durchschnittlichen Ausgaben pro Sozialhilfebezieher (= 2797 DM) sowohl unter diejenigen anderer Stadtstaaten wie Bremen (= 3381 DM) und Berlin (3243 DM) als auch deutlich unter den Bundesdurchschnitt (= 3281 DM) zu senken. Weitere Kürzungen sind bereits angekündigt: derzeit wird in der Sozialbehörde überlegt, wie über die Gestaltung der Regelsätze und behördliche Anweisungen die Sozialausgaben „beeinflußt“ werden können.

Auch in der Frage, daß es Sozialhilfe nur bei Gegenleistung geben sollte, stimmt der Senat mit Blüm (siehe S. 27) überein. Die in den §§ 19, 20 BSHG festgelegte Zwangsarbeit für Hilfebezieher soll ausgebaut werden. Bisher gibt es in Hamburg 180 Stellen, auf denen Sozialhilfebezieher für ein Almosen von 4 DM bis 10,50 DM pro Tag arbeiten müssen. Weigern sie sich, wird die Sozialhilfe erst gekürzt und dann gestrichen. Demnächst sollen diese Stellen auf 500 erhöht werden. Der Elendsstandard der Sozialhilfezahlungen tut allerdings auch hier seine Wirkung: zunehmend mehr Hilfebezieher melden sich „freiwillig“ zu diesem Arbeitsdienst.

Quellenhinweis: „Entwicklung und Beeinflussbarkeit der Sozialhilfe in Hamburg“, Bürgerschaftsdrucksache 10-458.

Die Sozialhilfe ist nicht zu hoch, sondern der Lohn zu niedrig!

Daß sich schlecht bezahlte Arbeit „lohnen“ müsse, also auch die Sozialhilfe nie höher sein dürfe als der Lohn, das ist ein Bestreben der Reaktionsäre. 41,4% aller Hamburger Haushalte sind Alleinstehende, 27% Familien mit drei oder mehr Kindern. An zwei typischen Beispielen wollen wir zeigen, daß, wenn die Sozialhilfe tatsächlich höher als der Lohn ist, dies nicht an der erbärmlich geringen Sozialhilfe liegt, sondern an dem viel zu niedrigen Lohn.

Beispiel 1: Alleinstehender unter 60 Jahren, arbeitslos, ohne Anspruch auf Arbeitslosengeld

Regelsatz	344 DM
Miete	plus 350 DM
Sozialhilfe:	694 DM

Beispiel 2: Geschiedene Frau, drei Kinder im Alter von 7, 11 und 14 Jahren:

Regelsatz Frau	344,00 DM
Mehrbedarf	plus 68,80 DM
Kind, 7 Jahre	plus 224,00 DM
Kind, 11 Jahre	plus 258,00 DM
Kind, 14 Jahre	plus 258,00 DM
Heizung	plus 80,00 DM
Miete	plus 420,00 DM
Gesamtbedarf:	1652,80 DM
hiervon abzurechnen sind:	
Kindergeld	minus 370,00 DM
Unterhaltszahlung	minus 600,00 DM
zu erwartende Sozialhilfe:	682,80 DM

Für Lebensmittel darf dieser Haushalt von seinem Gesamteinkommen 764 DM ausgeben. Von den verbleibenden 388,80 DM muß dann noch

monatlich Strom, Gas, jede „kleine“ Anschaffung (z.B. Schulmaterialien für die Kinder, Turnzeug, Unterwäsche, Strümpfe, Frisör) bezahlt werden. An Fahrten mit der Familie in die Stadt, ins Kino gehen, am Wochenende „ins Grüne“ oder gar in Urlaub fahren, kann gar nicht erst gedacht werden. In einem Merkblatt der Hamburger Verbraucherzentrale vom 7.1.83 wird festgestellt, daß für einen vierköpfigen Haushalt alleine für Lebensmittel monatlich 800 DM bereitgestellt werden müßten (und dieses schon bei äußerster Einschränkung bei der Auswahl der Lebensmittel).

Ein Untersuchungsbericht des Deutschen Familienverbandes ergab bereits 1978, daß für Kinder zwischen dem ersten und 18. Lebensjahr durchschnittlich 450 bis 500 DM monatlich ausgegeben werden müßten. Darin enthalten sind u.a. für Essen 150 DM, Kleidung 62,50 DM, Mietanteil 116 DM, Urlaub 33,50 DM, Kultur und Taschengeld 66,65 DM. Der Höchstbetrag für das 14jährige Kind in unserem Beispiel ergibt nur 433 DM aus Sozialhilfeleistungen, u.a. für Essen 123 DM, Bekleidung 50 DM, Mietanteil 125 DM.

Sicher, es gibt viele Menschen, die von weitaus weniger als monatlich 1652 DM leben müssen. Unter den dargestellten Verhältnissen kann dies aber nur ein Argument dafür sein, daß die unteren Löhne und Gehälter und die niedrigen Renten beträchtlich angehoben werden müssen, damit nicht noch mehr Arbeiterhaushalte unter das Existenzminimum absinken.



„Nestwärme“ zum Sozialhilfesatz

Bund Deutscher Arbeitgeberverbände (BDA): „Soziale Sicherheit für die Zukunft – Leitlinie für die Soziale Sicherung unter veränderten wirtschaftlichen, sozialen und demographischen Bedingungen.“ (März 1982)

„Obwohl im Zuge der allgemeinen Wohlstandsentwicklung der vergangenen Jahre die Fähigkeit der Bürger zur individuellen Daseinsvorsorge objektiv zugenommen hat, führte die sozialstaatliche Entwicklung in die entgegengesetzte Richtung. Dadurch wurde die private Daseinsvorsorge immer stärker eingeengt. Der individuelle Entscheidungsspielraum verringerte sich durch den ständigen Ausbau der kollektiven Ansprüche. Dem Anspruchsdenken ist ebenso Vor-schub geleistet worden wie einem Verhalten, das auf die ‚rationale‘ Nutzung der Sozialleistungen bedacht ist. Dabei droht die Arbeitsbereitschaft, die eine Anerkennung der Leistung voraussetzt, Schaden zu nehmen“ (S. 23).

„Das Sozialeinkommen des einzelnen darf nicht so hoch sein wie verfügbares Einkommen bei Arbeit. Eine Nichtbeachtung dieses Grundgedankens ist sozial ungerecht und leistungsfeindlich. Arbeitseinkommen dürfen über den Bezug von Sozialleistungen, die an Einkommensgrenzen gebunden sind, nicht so verändert werden, daß Arbeitnehmer mit einem niedrigeren Bruttoeinkommen durch Transfers ein höheres verfügbares Einkommen erzielen können als diejenigen, deren Bruttoarbeitseinkommen über den Grenzen liegt.“

Die Einkommensersatzleistungen in der Sozialversicherung müssen leistungsbezogen sein. Dem entspricht die Äquivalenz von lohnbezogenen Beiträgen und Leistungen. Vereinheitlichungen, die auf eine Nivellierung hinauslaufen, sind mit dem Versicherungsgedanken unvereinbar. Von daher haben z.B. Grund- und Mindestrenten in der Rentenversicherung keinen Raum.“ (S. 29)

„Auch im Bereich der Sozialhilfe ist im übrigen darauf Bedacht zu nehmen, daß sich der einzelne nicht völlig auf die Leistung der Gemeinschaft verläßt, wodurch Anreize zur Eigenversorgung und familiäre Hilfe erstickt werden können. Dies gilt auch für das Verhält-

nis der Höhe der Sozialhilfe und sie ergänzender Leistungen zu vergleichbarem Arbeitsentgelt.“ (S. 69)

Deutscher Bundestag, 15. Oktober 1982, Arbeitsminister Blüm:

„Das A und O unserer Wirtschafts-, Finanz- und Sozialpolitik ist der Kampf gegen die Arbeitslosigkeit. Alles, was diesem Zweck nicht nützt, muß jetzt zurückgestellt werden. Arbeitslosigkeit ist Leid ... Ohne Arbeit gibt es keine soziale Sicherheit ... Was könnten wir alles für die Familien, für die Behinderten, für die Kriegsoffer machen, müßten wir das Geld nicht für die Arbeitslosen ausgeben! ... Humanisierung, Arbeitsschutz, Mitbestimmung. Ich frage Sie nur alle: Was haben die Arbeitslosen von Humanisierung? Sie haben keine Arbeit, also auch keine humanisierte Arbeit. Dem Arbeitslosen nützt auch die Mitbestimmung nichts, denn er hat keine Arbeit, und da gibt es auch nichts mitzubestimmen ... (Dr. Ehmke, SPD: Mit Ihrer Rede sollten sie BDI-Präsident werden) ...“

Wir werden in der Sozialpolitik das Prinzip ‚Leistungs-gerechtigkeit‘ stärken. Wo immer es Spielräume für das Prinzip ‚Leistung für Gegenleistung‘ gibt, werden wir diese Spielräume erweitern. Das ist auch in der Rentenversicherung so, und es wird auch beim Arbeitslosengeld so sein, weil ich denke, dies ist nicht nur ein Unterschied in Mark und Pfennig, sondern dies ist ein Unterschied in Sachen Selbstachtung der Empfänger von Sozialleistungen. Denn es macht einen großen Unterschied aus, ob die Sozialleistungen als staatliches Geschenk oder als Gegenleistung für eigene Leistung angesehen werden.“

Deutscher Bundestag, 11.11. 1982, Jaunich (SPD):

Ich kann Herrn Lambsdorff und anderen nur sagen: Verzichten Sie bitte einen Monat in Ihrem Leben auf Amtsbezüge, Ministergehälter, Vorstandsgehälter und was weiß ich sonst, leben Sie einen Monat mal von 338 DM, die ein erwachsener Sozialhilfeempfänger im Monat als Barleistung bezieht! (Zuruf von der CDU/CSU: Klassenkampf!) Wenn Sie nicht bereit sind,

diesen Streit mit mir theoretisch zu führen, wird Ihnen vielleicht diese praktische Erfahrung zeigen, daß hier nichts zu sparen ist ... Und sie haben aus der Koalitionsvereinbarung noch die Aufgabe, den Warenkorb abzumagern.“

Evangelische Kirche Deutschlands (EKD): „Solidargemeinschaft von Arbeitenden und Arbeitslosen – Sozialethische Probleme der Arbeitslosigkeit“, 1982.

Das soziale Netz muß von bleibenden Hypotheken und tabuisierten Anspruchsberechtigungen befreit werden, um seiner Perversion zu entgehen ...: Verzicht auf ein Wachstumsdenken bei den Einkommen;

Abbau von Privilegien in Einzelbereichen, die angesichts einer veränderten gesamtgesellschaftlichen Situation nicht mehr gerechtfertigt sind; keine Besitzstandswahrung um jeden Preis, vor allem dann nicht, wenn dadurch die Hilfsmöglichkeiten für andere beeinträchtigt werden; gezieltere (!) Förderung und Bezuschussung von Leistungsberechtigten, Verminderung von Mitnahmeeffekten und Fehlsteuerungen von Hilfen der Solidargemeinschaft; verstärkte Förderung der Eigenleistungen (... Übernahme von unbezahlten und unbezahlbaren persönlichen Dienstleistungen ...).“ (S. 81)

(Das Ausrufezeichen stammt von der EKD)

Der Warenkorb eines erwachsenen Sozialhilfeempfängers enthält für einen Monat:

1. an Nahrungsmitteln:

2385 g	Schwarzbrot
1135 g	Weißbrot
640 g	Weizenmehl (Type 405)
85 g	Nudeln
40 g	Gries
60 g	Reis
100 g	Kartoffelmehl
60 g	Puddingpulver
55 g	Haferflocken
155 g	Hülsenfrüchte
6100 g	Kartoffeln
850 g	Kohl
250 g	Mohrrüben
280 g	Salatgurke
100 g	Spinat
375 g	Tomaten
360 g	Kopfsalat
410 g	Zwiebeln
20 g	Erbsen (Schoten)
1000 g	Gemüsekonserven
545 g	Suppenhuhn (tiefgek.)
400 g	Rindfleisch
450 g	Schweinefleisch
80 g	Kalbfleisch
175 g	Hackfleisch
340 g	Schinkenspeck
950 g	Mettwurst
325 g	Harzer Käse
6130 g	frische Vollmilch
150 g	Joghurt
150 g	Edamer Käse
125 g	Sahne
600 g	Quark
600 g	Butter
620 g	Margarine
375 g	Kokosfett
16	Eier
11	Kondensmilch
205 g	Heringe in Tomatensoße
1700 g	Äpfel
1000 g	Pflaumen
600 g	Apfelsinen
600 g	Bananen
300 g	Apfelmus
40 g	Erdnüsse
1200 g	Zucker
200 g	Marmelade
175 g	Schokolade
100 g	Bonbons

2. an Energiekosten:

16 cbm	Gas
1	Grundpreis Gas
16 kWh	Strom
1	Grundpreis Strom
1	Glühlampe zu 100 Watt im Jahr

3. an „Luxus“:

24	Blatt Briefpapier
4	Briefmarken je 60 Pfg.
4	Tageszeitungen
6	Straßenbahnfahrkarten
1/2	Kinokarte
1	Bundesbahnfahrkarte über 30 Kilometer
1/2	Vereinsbeitrag
1	Taschenbuch
300 g	Kaffee
1	Paket Tabak
4	Büchsen Bier

4. für Reinlichkeit:

1/2	Stück Seife (60g)
1/2	Stück Rasierseife (30g)
2	Rasierklingen
1/2	Tube Zahncreme
1 x	Haarschneiden
1	Rolle Toilettenpapier
1/2	Tube Haarshampoo
1	Flasche Geschirrspülmittel
1/6	Roßhaarbesen (einen im Halbjahr)
25 g	Schuhcreme
1/6	chemische Anzugreinigung (eine im Halbjahr)

5. für den Ersatz und die Reparatur von Dingen, die im Alltag verschleifen:

1/12	Schuhe besohlen (einmal im Jahr)
1/36	Bettlaken (eines alle 3 Jahre)
1/12	Herrenhemd (eins im Jahr)
1/4	Paar Socken (ein Paar alle 3 Monate)
1/6	Unterwäsche (einmal im Halbjahr)
1	Porzellantasse mit Untertasse

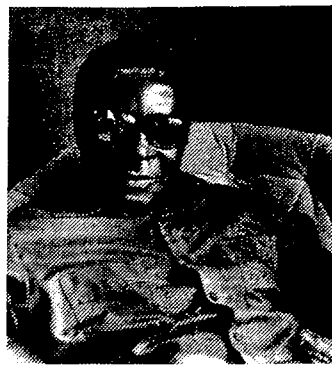
Quellenhinweis: Julia Harrendorf, Vom Umgang mit dem Sozialstaat. RoRoRo-FB 4841

Erfolge gegen die äthiopischen Feudalherren

Die Befreiungsfront des Volkes von Tigray (TPLF) vermeldet, daß es dem tigräyischen Volk in dem seit 1975 geführten Kampf bis zum Ende des Jahres 1982 gelungen ist, mehr als 85% des Landes, in diesen Gebieten leben mehr als 90% der Bevölkerung Tigrays, von der Vorherrschaft des äthiopischen Großgrundbesitzes zu befreien. Mehrere Städte und fast das gesamte ländliche Gebiet werden von der TPLF kontrolliert, obwohl die äthiopische Zentralregierung den Krieg gegen die um ihre Unabhängigkeit kämpfenden Völker Tigrays und Eritreas weiterführt. (Beide Regionen liegen im Norden Äthiopiens.) Die TPLF berichtet, daß die Bauern in den befreiten Gebieten mit Unterstützung der Befreiungsarmee den Großgrundbesitz enteignet haben und daß das Land an die landlosen und landarmen Bauern aufgeteilt wurde. In zahlreichen Dörfern sind Genossenschaften gebildet worden, die die kollektive Bearbeitung des Bodens organisieren und die sich darüber hinaus um alle anderen gesellschaftlichen Aufgaben kümmern. Verschiedene

Zimbabwe: Neuer Dreijahresplan

In einem Interview mit der sowjetischen Nachrichtenagentur TASS erklärte Robert Mugabe, Ministerpräsident von Zimbabwe, zu den dringenden Problemen des Landes und dem neuen Wirtschaftsplan: „Was die inneren Probleme betrifft, so waren sie bei uns von Anfang an brennend ... bislang konnte nicht allen Bauern Boden gegeben werden. Die Lösung dieses Problems wird von Punkten der Verfassung behindert, die uns auf der Lancaster House Konferenz aufgezwungen wurde. Sie gestatten keine Nationalisierung des Bodens ohne Ver-



gütung, doch wir haben bereits in London erklärt, daß wir nicht vorhaben, unseren eigenen Boden abzukaufen. Wenn die Briten wollen, daß wir dafür zahlen, müssen sie uns Kredite geben. England hat dafür

bislang 30 Mio. Pfund Sterling bereitgestellt, aber die gehen bereits zu Ende. Ich war vor kurzem in London und habe Mrs. Thatcher diese Frage vorgelegt und ihr zu verstehen gegeben, wenn England nicht mehr Geld gebe, müßten wir unsere eigenen Methoden des Bodenerwerbs anwenden ... Wir haben eingestanden, daß wir nicht alle Produktionsmittel verstaatlichen können, und gezwungen sind, das Bestehen kapitalistischer Betriebe hinzunehmen. Sie müssen kontrolliert werden, sie müssen unter Beobachtung stehen, sowohl um Gerechtigkeit gegenüber den Arbeitern zu sichern, als auch zur Steigerung ihrer Produktivität.“

Genossenschaften verfügen inzwischen über eigene Krankenstationen und Schulen. Sie führen Kurse durch, in denen Erwachsene und Kinder Lesen und Schreiben lernen.

Spanien: Kampf der Kanalisationsarbeiter

Am 10. Januar begannen die Arbeiter, die die Überwachung und Reparatur der Abwasseranlagen in Spanien durchführen, mit einem unbefristeten

Streik. Sie fordern eine Erhöhung ihrer Löhne um 18% und die Einführung der 40-Stunden-Woche, weil ihre Löhne im Durchschnitt gerade die Höhe des Mindestlohns erreichen. Zu dem Streik haben die Arbeiterkommissionen (CCO) und der sozialdemokratische Gewerkschaftsbund UGT gemeinsam aufgerufen. Am Streik beteiligten sich bis jetzt ca. 16000 Arbeiter in der Provinz Madrid, das sind ca. 80% der Branche in dieser Provinz.

Streik peruianischer Bergarbeiter

Mit einem Ultimatum wandte sich die peruanische Regierung an die Gewerkschaften der Minenarbeiter und drohte mit Entsendung des Militärs in die Minen, wenn die Gewerkschaften ihre Kampfmaßnahmen nicht sofort beenden. Mehr als 10000 Arbeiter streikten seit dem 14. Januar, sie fordern die Auszahlung von Prämien für das Jahr 1982, die die Bergwerksgesellschaften wegen „schlechter Geschäftslage“ einbehalten wollen, und Lohnerhöhungen. Vor allem kämpfen die Bergarbeiter gegen die Weigerung der Regierung, bereits abgeschlossene Verträge über Lohnerhöhungen anzuerkennen. Die 5000 Arbeiter der „Southern Peru Copper Corporation“, der größten US-Minengesellschaft in Peru, streikten bereits seit 20 Tagen, nachdem die Gesellschaft die Garantie eines Mindestlohns abgelehnt hatte. Ihre Verluste betragen bisher 3 Mio. US-\$ durch den Streik.

El Salvador: Erfolge der Befreiungsfront

Die Befreiungsfront FMNL hat die Stadt Meagüera an der Hauptverbindungsstraße nach Honduras nach heftigen Kämpfen in der letzten Woche zurückerobert. Damit brachte die Befreiungsarmee den Angriff von 6000 Regime-Soldaten zum Stehen. Zum ersten Mal setzte die Befreiungsfront von den Regimetruppen erbeutete 120-mm-Granatwerfer ge-

gen die Spezialbataillone des Regimes ein, die in den USA ausgebildet worden waren. Seit Jahresbeginn hat die Befreiungsarmee mehrere Ortschaften in der östlichen Provinz Morazan erobert. Sie hat jetzt die Provinzhauptstadt Francisco de Gotera eingeschlossen. Nach diesen Niederlagen planen die US-Imperialisten, den derzeitigen Armee-

minister zu ersetzen. Am letzten Wochenende hat die US-Regierung in ihrem halbjährlichen Bericht über die Unterstützung des Regimes festgehalten, daß sie „den demokratischen Prozeß, der mit den Wahlen im März letzten Jahres begonnen habe, fortsetzen will“. Im letzten Jahr haben die Regimekräfte – nach Angaben US-amerikanischer Menschenrechtsgruppen – mindestens 5339 Menschen ermordet. Die US-Regierung hat jetzt beim Kongreß für 1983 164,9 Mio. \$ Wirtschaftshilfe und 61,3 Mio. \$ Militärhilfe beantragt. Die Befreiungsfront hat letzte Woche durch den Sprecher der diplomatisch-politischen Kommission der Befreiungsfront in Washington erneut bekräftigt, daß sie bereit sei, ohne Vorbedingungen Verhandlungen mit dem Regime aufzunehmen. Die Befreiungsfront werde den Kampf verstärken, wenn das Regime weiterhin Verhandlungen ablehne. Bild: Regimetruppen in einer Ortschaft, die von Widerstandspartnern geprägt ist.

Bergarbeiter in Indien streiken

Mit der Schließung der Bergwerke in Asansol und Ranguni reagierte die Regierung Gandhi auf einen zunächst auf 72 Stunden befristeten Streik der Arbeiter in den staatlichen Kohlebergwerken in Indien. Die Kohlearbeiter streikten, um ihre Forderungen nach Erhöhung der Löhne um mindestens die Inflationsrate und das Recht, über Änderungen der Arbeitsbedingungen zu entscheiden, durchzusetzen.



Frankreich

Der Kampf der Renault-Arbeiter für höhere Löhne dauert an

400 Bandarbeiter der Sattlerei des Werkes Billancourt, (13000 Beschäftigte, die Spiegel und anderes Zubehör montieren) legten am 21.1. die Arbeit nieder, wenige Tage nach Beendigung des Arbeitskampfes der Lackierer des Werkes Flins. „Pfropfenstreik“ nennen die Arbeiter diese Kämpfe auf Abteilungsebene, weil sie den gesamten Produktionsprozeß verstopfen können. Ihre Forderungen lauteten: 300 FF (ca. 110 DM) Lohnerhöhungen für alle, höhere Eingruppierung, eine zusätzliche Pause von einer Viertelstunde, berufliche Fortbildung im Betrieb. Arbeiter mehrerer anderer Abteilungen entsandten in diesen Tagen Delegationen mit fast identischen Forderungen zur Geschäftsleitung.

Die Gründe für den Streik? Die Hälfte der Abteilung verdient nicht mehr als 4000 FF (ca. 1350 DM) nach Abzug der Sozialversicherung aber vor Steuer, diejenigen, die 5000 FF erreichen, kann man an einer Hand abzählen. Zudem ist der berufliche Aufstieg blockiert, nach zehn Jahren Arbeit als „Angelernter bin ich immer noch Angelernter, fürs Leben abgestempelt, unzufrieden mit der Arbeit“, sagte einer der Streikenden. Und der CGT-Delegierte der Abteilung erzählte: „Man hat den Eindruck, das Auto läuft auf dem Band und wir hinterher, wie Verrückte. Man steigt hinein, steigt aus, wechselt die Seite, einmal stehend, einmal knieend, ein anderes Mal gebückt. Es geht höllisch schnell und doch findet man sich zeitweilig am Ende des Bandes wieder und muß zulegen, um an seinen Platz zurückzukommen. Resultat: Während der Pausen bereiten die Arbeiter ihre Teile vor, um den Rückstand wettzumachen, man hat zuweilen nur zehn Minuten für's Essen.“

Die Lackierer bei Renault sind *Facharbeiter* und entsprechend höher eingestuft. 4700 FF gibt es bei der Einstellung, 5000 können es nach drei Jahren sein. Dabei bleibt es dann jedoch die nächsten fünfzehn, zwanzig Jahre, wenn der Arbeiter es überhaupt so lange durchhält. Aufstieg in höhere Facharbeiterlohngruppen, weitere Qualifizierung sind ihm verwehrt. Täglich steckt er in einer sechs mal zehn Meter kleinen Kabine, die von 48 Wagen am Tag passiert wird; Autos, die von „heptane“, einem starken Lösungsmittel bedeckt sind. Sechs Arbeiter versprühen den Lack in einer Wolke von Tröpfchen dreiviertel Stunden

lang, dann ist eine Viertelstunde Pause. Die Lungen, die Leber, der Magen spielen oft nicht mehr mit. „Hier kauft die Direktion unsere Gesundheit“, sagt der CGT-Delegierte, „und viele verstecken noch Krankheitssymptome, denn wenn die Krankheit bemerkt wird, werden sie versetzt und verlieren ihre Prämien.“

Am 6.1. hatten die Lackierer in Flins ihren Streik begonnen und mehr Lohn, Aufstiegsmöglichkeiten und konkrete Verbesserungen der Arbeitsbedingungen verlangt. Die Direktion setzte daraufhin 1200 Beschäftigte wegen „Arbeitsmangels“ auf Kurzarbeit, der Produktionsverlust belief sich bald auf



Streik in den Renault-Werken

23000 Autos bzw. 5 Mio. FF. Drohende Streiks in anderen Bereichen ließen die Redaktion Zugeständnisse machen, das zweite Angebot von Lohnerhöhungen als Prämien zwischen 100 und 200 FF wurde schließlich von den Streikenden akzeptiert. Über die Arbeitsbedingungen soll verhandelt werden.

Im Streik der Bandarbeiter von Billancourt drohen die Kapitalisten gegenwärtig ebenfalls mit Kurzarbeit für Tausende, um den Streik zu spalten. So wie es aussieht, wird dies kaum Erfolg haben. Die Gewerkschaften CGT und CFDT mobilisieren in allen Abteilungen für eigenständige Forderungen zur Verbesserung der Arbeitsbedingungen und für eine Lohnerhöhung von 8% für 1983 mit Öffnungsklausel bei höherer Inflationsrate. Die Direktion hatte nach der 8%-Erhöhung von 1982 – was Reallohnverlust bedeutete –

für 1983 7% ohne Öffnungsklausel angeboten und erklärt, „die Lohnpolitik von Renault entspricht den nationalen Zielen.“ Sie wird alles daran setzen, vor allem keine Veränderungen im *Lohngefüge* zuzulassen, d.h. Erhöhungen, wo sie zugestanden werden müssen, nur in Form von Prämien zu zahlen und zweitens den sich formierenden Angriff auf Akkord- und Bandarbeit abzuschlagen. Von daher kann sie nicht gern gehört haben, daß der Minister für Berufsausbildung Marcel Rigout (PCF) kürzlich erklärte, „die gegenwärtigen Konflikte im Automobilssektor werfen das Problem der Abschaffung der Bandarbeit auf ... Schwerarbeit muß abgeschafft werden.“

Belgien

Regierung beantragt neue Vollmachten

Was macht eine Regierung, die ein Jahr lang mit Sondervollmachten den Lohnabhängigen die Löhne gesenkt, die Versicherungsleistungen gekürzt, die Steuern erhöht und die Rechte der Gewerkschaften eingeschränkt hat, um ein weiteres Aufblühen des Reichtums der Kapitalisten zu erzwingen, wenn ihre Sondervollmachten enden? Sie beantragt neue! So jedenfalls ist die belgische Regierung verfahren. Mitte Januar teilte sie dem Parlament mit, sie werde neue Sondervollmachten brauchen, um das Defizit im Haushalt verringern und bei den Sozialversicherungen beseitigen zu können.

Diese Sondervollmachten wird die Regierung nach allem, was bisher über ihre Pläne bekannt ist, auch brauchen. So sollen die Gewerkschaften im öffentlichen Dienst bereits am 11. Februar Lohnsenkungen von real 3% zustimmen, weitere 10 Mrd. bfr. (ca. 500 Mio. DM) will die Regierung durch Einstellungsstopps „einsparen“. Sodann will die Regierung drastische Senkungen der Sozialversicherungszahlungen, vor allem in der Arbeitslosenversicherung, durchsetzen.

So sollen die Arbeitslosengelder von inzwischen 500000 Arbeitslosen durch eine pauschale Senkung der Bemessungsgrundlagen für das Arbeitslosengeld noch dieses Jahr um 150 Mio. DM gesenkt werden. Pro Arbeitslosen macht das in diesem Jahr 300 DM weniger Arbeitslosengeld. Vor allem aber sollen erneut die Arbeitslosengeldansprüche von Jugendlichen, von ledigen Lohnabhängigen und von Frauen, deren Männer noch einen Ausbeuter haben, gesenkt werden. Schon bisher bekamen diese Arbeitslosen im zweiten Jahr ihrer Arbeitslosigkeit nur noch 40% ihres früheren Bruttolohns ausge-

zahlt, mindestens aber 561 bfr. am Tag, das sind umgerechnet 729 DM im Monat. Diese Mindestgrenze soll jetzt auf 429 bfr. täglich, das sind umgerechnet 550 DM im Monat, gesenkt werden. Begründung der Regierung: Die Sozialversicherungen könnten nicht länger für alles und jeden aufkommen, hier müßten halt die Familien der Lohnabhängigen einspringen. Diese „Versicherungsgemeinschaft“ solle sowieso gestärkt werden und auch bei den anderen Sozialversicherungen künftig stärker berücksichtigt werden.

Für die Familien der Kapitalisten dagegen bereitet die Regierung eine „Sanierung“ ganz anderer Art vor: Eine zweijährige Steueramnestie und ein Verzicht auf jede nachträgliche Besteuerung soll diese dazu verlocken, ihre illegal ins Ausland verschobenen Vermögen bis 1984 wieder nach Belgien zurückzuschaffen und hier in Staatspapieren, Aktien oder ähnlichen Geldpapieren anzulegen

Quellenhinweis: Solidair, Zeitung der PvdA, 19.1.83; De Morgen, 13.1.83; De Standaard, 18.1.83

Österreich: Steuerreform trifft Masse der Lohnabhängigen

Seinen Weihnachtsurlaub auf Mallorca nutzte Bundeskanzler Kreisky auch, um zusammen mit Finanzminister Salcher ein Paket für umfangreichere Steuerplünderung zu erstellen. Am 17.12.82 hatte der Nationalrat nur mit den Stimmen der allein regierenden SPÖ den Haushalt für 1983 verabschiedet. Danach stehen den geplanten Ausgaben von 399 Mrd. Schilling Einnahmen von nur 326 Mrd. S gegenüber. Es gelte, so Kreisky, vorerst „die ärgsten Löcher zu stopfen“.

Als erstes stellte Kreisky das „Belastungspaket“ dem Präsidenten des Österreichischen Gewerkschaftsbundes und Präsidenten des Nationalrats, Be-



Kreisky berät mit ÖGB-Präsident Be-nya die geplanten Steuererhöhungen

nya (SPÖ), vor. Dieser erklärte, dem ÖGB lägen Steuererhöhungen „nicht so fern“, Bedingung sei jedoch, daß die Mehreinnahmen für Beschäftigungsprogramme verwendet werden sollten.

Die vom SPÖ-Parteivorstand beschlossenen Maßnahmen sehen im Einzelnen vor:

- Einführung einer „Quellensteuer“ zum 1.7. 1983. Danach werden die Zinsen auf Sparguthaben über 100000 S (14000 DM) besteuert. Ein Fünftel der anfallenden Zinsen soll von den Banken direkt an den Staat abgeführt werden. Insbesondere betroffen sind die Lohnabhängigen, die einen Bausparvertrag haben (27% aller Sparer). Angesichts der extrem hohen Ablösesummen für Mietwohnungen von umgerechnet mindestens 20000 DM für nichts und wieder nichts versuchen viele, auf ein eigenes Haus oder eine Eigentumswohnung zu sparen.

Beispiel: Ein Bausparvertrag mit einer Vertragssumme von 180000 S wurde für eine Laufzeit von sechs Jahren mit einem Zinssatz von 9% abgeschlossen. Bei Vertragsablauf bekäme der Sparer mit Zins und Zinseszins 246013 S. Da er jedoch ab dem 3. Laufjahr über 100000 S auf seinem Konto hat, werden die Zinsen ab da zu 20% an den Staat abgeführt. Fazit: Nach sechs Jahren erhält er nur noch 234479 S; 11534 S werden vom Staat kassiert (1614,76 DM). Bemerkenswert ist in diesem Zusammenhang, daß in den nächsten drei Jahren die meisten Bausparverträge fällig werden, d.h. ab sofort der Besteuerung unterworfen sind. Kreisky erwartet von der Quellensteuer Mehreinnahmen von 6,63 Mrd. S. Bemerkenswert auch, daß der Besitz ausländischer Aktien von der Quellensteuer ausgenommen ist.

- Ab 1.1. 1984 soll das 13., 14. und 15. Monatsgehalt bei Einkommen über 20000 S pro Monat besteuert werden. Bisher galt eine Steuerfreiheit für das 13. und 14. Monatsgehalt plus einer Pauschale von 8500 S. Von dieser Besteuerung ist die Masse der Lohnabhängigen betroffen. **Beispiel:** Ein Metallfacharbeiter hat 1983 einen Monatslohn von 16000 S. Bei einer 4%igen Lohnerhöhung erhält er 1984 16640 S im Monat. Multipliziert mit 14 plus 8500 S ergibt dies einen Jahreslohn von 241460 S, das entspricht einem Monatsdurchschnitt von 20121,67 S. Somit ist der Metallarbeiter über der Freigrenze und wird verstärkt besteuert.

Geplant ist ferner die Besteuerung der Überstundenzuschläge sowie die Erhöhung der Mehrwertsteuer im ermäßigten Satz von 8 auf 10% und im Normalsatz von 18 auf 20%. Die Luxussteuer von 30% wird nicht erhöht.

Quellenhinweis: Profil 1/83; Die Presse, Salzburger Nachrichten, verschiedene Ausgaben

Japan

Gewerkschaften bereiten „Frühjahrsoffensive“ vor

Die Vorstände der großen japanischen Gewerkschaftsbünde haben jetzt Forderungen für die ab Mitte März beginnenden Lohnverhandlungen zur Diskussion gestellt. In Japan werden zwar die Tarife nur für je ein Unternehmen abgeschlossen und die Gewerkschaften organisieren als Einzelgewerkschaften nur die Arbeiter eines Betriebes. Faktisch wird jedoch in der von den Gewerkschaften seit 1955 jährlich durchgeführten „Frühjahrsoffensive“ durch Lohnabschlüsse in den entscheidenden Branchen, die unter Führung der großen Gewerkschaftsbünde zustande kommen, das allgemeine Lohnniveau festgelegt.

Der größte Gewerkschaftsbund, der sozialistische Sohyo, hat Lohnerhöhungen von 20000 Yen gleich neun Prozent auf den Grundlohn als Forderung vorgeschlagen. Das entspricht in etwa umgerechnet 215 DM mehr bei einem durchschnittlichen Lohn/Gehalt von knapp 2400 DM. Bisher haben sich dieser Forderung der Gewerkschaftsbund der Privateisenbahnarbeiter sowie der ebenfalls dem Sohyo angehörende Metallarbeitergewerkschaftsbund angeschlossen. Die dem Gewerkschaftszusammenschluß Domei angehörenden Metallarbeitergewerkschaften wollen eine Lohnerhöhung von 13700 Yen verlangen, während der dem Internationalen Metallarbeiterbund angehörende IMB-JC 13500 Yen als Forderung vorschlägt. Darüber hinaus will der IMB-JC, so der Beschluß seines 21. Nationalkongresses, ein „Programm zur Verkürzung der Arbeitszeit“ durchsetzen. Danach soll die jährliche Arbeitszeit auf 245 Tage bzw. 1960 Stunden begrenzt werden, der Urlaub von 20 auf 25 Tage verlängert, Überstunden auf maximal 30 im Monat und 200 Stunden im Jahr begrenzt und die Zuschläge dafür erhöht werden. Als gesetzliche Regelung soll die 40-Stundenwoche sowie 20 Tage als Mindesturlaub durchgesetzt werden.

Obwohl die Gewerkschaften mit zwischen sieben und neun Prozent Lohnerhöhungen über der Inflationsrate von gegenwärtig rund fünf Prozent verlangen, ist damit ein Halten des Reallohnes keineswegs sicher, geschweige denn, daß die Reallohnverluste der letzten beiden Jahre wettgemacht würden. Der Grund ist die seit 1977 unterlassene Anpassung der Lohnsteuerprogression an die Inflationsrate, die Gewerkschaften konnten sich mit ihrer Forderung nach Steuer-senkung im vergangenen Jahr nicht durchsetzen. Das Realeinkommen der



Kundgebung während der „Frühjahrs-offensive“ 1977

Haushalte mit weniger als 3,6 Mio. Yen Jahreseinkommen (ca. 3300 DM monatlich) – sie stellen die Hälfte aller Haushalte – fiel 1982 zwischen ein und vier Prozent, so eine Untersuchung des Sozialministeriums. Ob die Gewerkschaften in diesem Jahr erneut Forderungen nach Steuersenkungen erheben werden, ist nicht bekannt. Der Kapitalistenverband Nikkeiren hat erklärt, er wolle die Grundlöhne überhaupt nicht erhöhen.

Quellenhinweis: Japan Times, 10. bis 16.1.83

USA

Einwanderungsgesetz sichert Niedrigtlöhne

Mit einem neuen Einwanderungsgesetz, das der Kongreß in Kürze verabschieden soll, will die US-Bourgeoisie die breite Erfassung aller illegalen Arbeiter organisieren, die in die USA ohne gültige Papiere kamen. Zwischen drei und sechs Mio. schätzt eine Kommission der US-Regierung die Zahl der illegalen Arbeiter. Jährlich kommen nach denselben Schätzungen 250000 bis 500000 illegale Einwanderer dazu. Die meisten sind Mexikaner, die zu Löhnen oft weit unter dem Mindestlohn von derzeit 3,35 Dollar die Stunde, ohne Sozialversicherungsschutz und ohne Recht auf Arbeitslosengeld arbeiten müssen. 15% sind in der Landwirtschaft, 50% in Dienstleistungsbetrieben und 30% in der Industrie, in der Hauptsache Textil und Elektronikmontage, beschäftigt.

Wer vor 1980 illegal in den USA gearbeitet hat, soll unter einen geplanten neuen Status fallen. Meldet er sich jetzt freiwillig, bekommt er eine zeitweilige Aufenthaltsgenehmigung, die nach drei Jahren erneuert werden kann. Sämtliche Steuern und Beiträge

zur Sozialversicherung sollen diese Arbeiter zahlen. Außer Nothilfe-Versorgung in Krankheitsfällen haben die Arbeiter keinerlei Versicherungsschutz, sie bekommen kein Arbeitslosengeld gezahlt und auch keine Wohlfahrtsunterstützung. So hat die Bourgeoisie abgesichert, daß diese Arbeiter gezwungen sind, Arbeit zu jeder üblen Bedingung anzunehmen, um nicht zu verhungern. Die zeitweilige Aufenthaltserlaubnis können die Behörden nach zehn Jahren in eine dauernde umwandeln. Innerhalb dieser zehn Jahre dürfen die Lohnabhängigen die Ehegatten nicht nachholen, die Kinder ebenfalls nicht.

Mit diesen Bedingungen sichert die US-Bourgeoisie ab, daß sie ein Millionenheer an Arbeitskräften dann gesetzlich gestützt in der gleichen Weise ausbeuten kann wie jetzt die illegalen Arbeiter. Damit stellt die US-Bourgeoisie einen Teil der Arbeiterklasse in den USA unter derart recht- und schutzlose Bedingungen, daß sie damit einen wuchtigen Keil für ihre weiteren Angriffe auf die Arbeiterbewegung in die Hände bekommt.

Als gezieltes Mittel zum Streikbruch will die Bourgeoisie zusätzlich 50000 ausländische Arbeiter als Zeitarbeiter mit neun bis zwölf Monaten Arbeitserlaubnis zusammenfassen. Der AFL-CIO hat gegen diesen Zeitarbeitsdienst protestiert.

Mit der Begründung, Unternehmer bestrafen zu wollen, die illegale Arbeiter beschäftigen, schafft die Bourgeoisie zugleich ein neues System der Personenidentifizierung und -erfassung und plant großflächige Razzien. Die Kapitalisten werden die verschärfte Verfolgung des weiterhin großen Stroms von illegalen Arbeitern dazu nutzen, die elenden Lohn- und Arbeitsbedingungen der illegalen Arbeiter noch weiter zu verschlechtern.

Quellenhinweis: Congressional Digest Okt. 81; Congressional Quarterly, Weekly Report 11.12.82

Indien

Regierung Gandhi unter Druck

Obwohl Indien im letzten Drittel 1982 von größeren Katastrophen, die in dieser Jahreszeit die Regel sind, verschont wurde, ist besonders im Norden in weiten Gebieten Hungersnot ausgebrochen. Dies kommt einerseits von rapiden Preissteigerungen für Grundnahrungsmittel und schlechten Erträgen bei der Khariff-Ernte (Ernte September/Okttober während des Sommermonsuns). Die Bundesregierung von Rajasthan gab bekannt, daß es gegenüber der Vorernte einen um 70% schlechteren Ertrag gegeben habe und

über 20000 Dörfer zum Notgebiet erklärt werden mußten. Das bedeutet, daß hier aus öffentlichen Mitteln Grundnahrungsmittel zur Verteilung kommen.

In verschiedenen Staaten (z.B. Bihar und Orissa) versuchten landlose Bauern und Arbeiter durchzusetzen, daß ihr Gebiet zum Notstandsgebiet erklärt wird. Dagegen wurde häufig Polizei eingesetzt und teilweise auch scharf geschossen. In Andhra Pradesh sind in zwei größeren Regionen über 10 Mio. Menschen betroffen. Im Bundesstaat Gujarat wurden über 60% der Ortschaften zum Notgebiet erklärt. Im traditionellen Reisanbaugebiet Chatisgarh in Madhya Pradesh wurden über 70% der Reisernte durch Trockenheit vernichtet. Gleichzeitig ist die Trinkwasserversorgung zusammengebrochen. Dasselbe gilt für weite Gebiete West-Bengalens.



Journalisten in Neu Delhi demonstrieren am 4.1. gegen die Mißhandlungen an zwei Kollegen durch die Polizei.

Im Bundesstaat Punjab wurden landlose Bauern, die auf der Suche nach Nahrungsmitteln waren, verhaftet und zu Zwangsarbeit herangezogen. In Tamil Nadu wurde jetzt ein vollständiges Streikverbot erlassen, wogegen es am 22. Dezember heftige Protestdemonstrationen und Aktionen gab. In Punjab finden teilweise bewaffnete Auseinandersetzungen für eine stärkere Autonomie des Staates statt. Die Forderungen sind u.a. eine Gleichbehandlung der Sikh (sie bilden die größte Religionsgemeinschaft), die Eingliederung von Punjabi sprechenden Distrikten in angrenzenden Bundesstaaten, die freie, ungehinderte Religionsausübung und gegen die drastischen Steuer- und Preisbelastungen für Wasser, Saatgut und Gemüse. Die Bewegung, die sich Akali Dal nennt, hat Verhandlungen mit der indischen Zentralregierung unter Ausschluß der Bundesregierung von Punjab erzwungen, die Ende Januar stattfinden sollen.

Quellenhinweis: Times of India, versch. Ausgaben; Peoples Democracy, Organ der CPI(M), versch. Ausgaben; Massline 15. Dezember 1982.

Ägypten

BRD-Imperialisten verlangen weitere Zugeständnisse von der Regierung

Schier beflügelt sehen sich die BRD-Imperialisten angesichts der aktuellen Entwicklung ihrer Exporte in Richtung Ägypten. Gegenüber dem Vorjahr erreichten die BRD-Exporte nach Ägypten allein in den ersten neun Monaten des Jahres 1982 die Höhe der Gesamtexporte 1981: Waren für mehr als 2 Mrd. DM konnten die BRD-Imperialisten auf dem ägyptischen Markt unterbringen, und sie verlangen nach weiterer Öffnung des Marktes nicht nur für die Ausweitung des Waren- sondern auch des Kapitalexports: In einem Interview mit der ägyptischen Zeitung „Al Ahram“ forderte Bundeskanzler Kohl: „In der Tat ist die gegenwärtige Situation in fast allen Ländern besorgniserregend ... Besonders bedrückend ist die hohe Arbeitslosigkeit. Sie kann wirksam nur bekämpft werden, wenn es gelingt, protektionistischen Tendenzen zu widerstehen. Dies ist gerade für wichtige Entwicklungsländer wie Ägypten entscheidend, deren Zukunft nicht zuletzt von einem prosperierenden Welthandel abhängt.“

Die BRD-Imperialisten, die gemeinsam mit den USA, Großbritannien und Frankreich zu den größten Kapitalanlegern und Handelspartnern Ägyptens gehören, wollen gegenüber der ägyptischen Regierung durchsetzen, daß sie alle Schranken beseitigt, die bislang noch die ägyptische Kapitalistenklasse vor der imperialistischen Konkurrenz schützen. Vor allem aber versuchen die verschiedenen Imperialisten, auch alle Schranken einzureißen, die ihnen die ungehemmte Ausbeutung der ägyptischen Arbeiter und Bauern verbauen. Seit 1973 hatte die Regierung mit Anwar al Sadat an der Spitze zahlreiche Maßnahmen der Nasser-Regierung rückgängig gemacht, vor allem das Verbot von Auslandsinvestitionen aufgehoben, das Verbot von Landerwerb für Ausländer und die Beschränkungen für Landbesitz beseitigt und das staatliche Außenhandelsmonopol für verschiedene Waren aufgehoben und die Einrichtung von vier Freihandelszonen, in denen die ägyptische Sozial- und Steuergesetzgebung nicht gilt, zugelassen. Für Investitionen in Industrie und Landwirtschaft konnten die Imperialisten Steuerfreiheit zwischen fünf und fünfzehn Jahren durchsetzen. Nach wie vor in Kraft sind Regelungen, die die Arbeitszeit in der Industrie beschränken, festlegen, daß in ausländischen Unternehmen höchstens ein Zehntel der Beschäftigten nicht-ägyptischer Herkunft sein darf und vor allem

die Lohnsumme, die für dieses Zehntel Antreiber und Kapitalistenvertreter gezahlt wird, nicht mehr als 25% der Lohnsumme betragen darf.

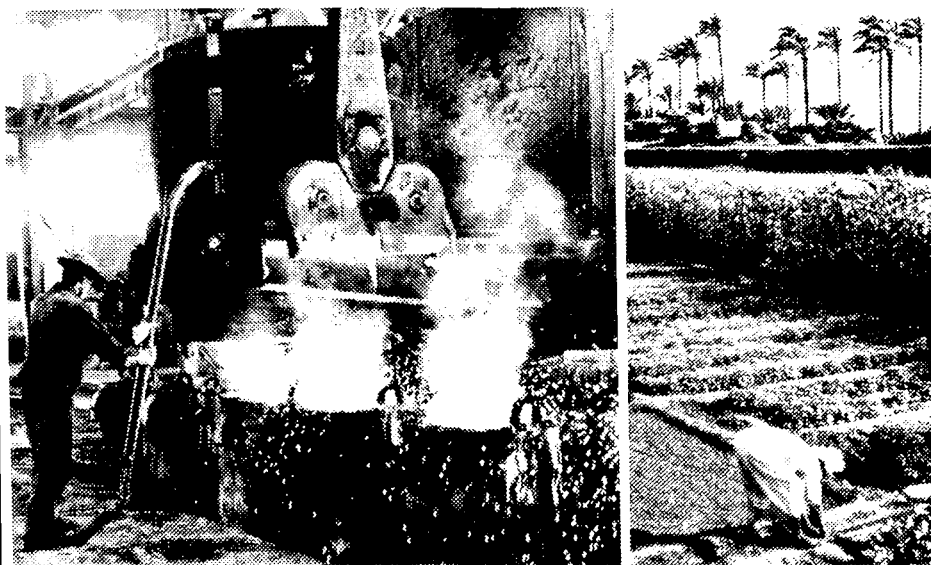
In den Freizonen von Kairo, Alexandria, Suez und Port Said gelten diese Beschränkungen nicht, ebenso wenig die Bestimmungen über den ohnehin niedrigen Mindestlohn. Von den acht großen BRD-Kapitalisten, die Kapital nach Ägypten exportiert haben, beuten dann auch zwei ägyptische Arbeiter in den Freizonen aus: Die Bavaria Feuerlöscher GmbH baut ein Werk, in dem sie schließlich 800 Arbeiter ausbeuten will. Klöckner-Humboldt-Deutz errichtet in einem Gemeinschaftsunternehmen mit ägyptischen Kapitalisten eine Traktorenfabrik in der Freizone von Port Said. Ca. ein Fünftel der Investitionen ausländischen Kapitals in Ägypten wird in den Freizonen angelegt.

Die Politik der „offenen Tür“, die Sadat eingeleitet hatte, wird von den Imperialisten weidlich genutzt. Nachdem in den sechziger Jahren nicht nur das gesamte ausländische Kapital, sondern auch ein großer Teil des ägyptischen Kapitals verstaatlicht worden war, werden inzwischen mehr als 30% aller Investitionen von US-amerikanischen oder westeuropäischen Kapitalisten getätigt. Die anderen Investitionen sind staatlicher oder arabischer und ägyptischer Herkunft. Einen großen

Teil der staatlichen Investitionen finanziert die ägyptische Regierung aus Krediten, die über die Entwicklungshilfebanken der imperialistischen Staaten vergeben werden. Die Außenverschuldung Ägyptens hat in den letzten zehn Jahren rapide zugenommen: Sie stieg von 1970 1,644 Mrd. US-\$ auf 13,054 Mrd. US-\$ 1980, das ist mehr als die Hälfte des Bruttosozialprodukts. Die BRD-Imperialisten sind der zweitgrößte Gläubiger nach den USA und es ist ihnen gelungen, sich auf diesem Wege zum einen das Anrecht auf einen Teil des ägyptischen Steueraufkommens und der Profite, die die Regierung aus der Ausbeutung der Arbeiter in den staatlichen Betrieben zieht, zu sichern. Zum anderen nutzen die BRD-Imperialisten diese Kredite zur Finanzierung ihrer Ausbeutungsvorhaben in Ägypten.

So hat sich z.B. die Siemens AG den Auftrag für den vollständigen Neuaufbau des ägyptischen Telefonnetzes unter den Nagel reißen können, gemeinsam mit dem österreichischen Tochterunternehmen und der französischen Firma Thomson. Geleitet wird der Ausbau von westdeutschen Technikern und Ingenieuren, die Dickschicht machen ägyptische Arbeiter. Gezahlt wird der Umbau des Telefonnetzes durch den ägyptischen Staat, finanziert zu je einem Drittel auf Krediten der arabischen Entwicklungsbank, einem Kredit der westdeutschen Kreditanstalt für Wiederaufbau (KfW) und einem Weltbankkredit, der von einem BRD-Bankenkonsortium, in dem die Deutsche Bank federführend ist, aufgelegt wurde.

Die KfW hat darüberhinaus die Kredite für den Aufbau und Ausbau zwei-



Von den 11 Millionen Bauern Ägyptens leben mehr als zwei Drittel am Rande des Existenzminimums, die Aufrechterhaltung der Bewässerungssysteme können sie aus eigenen Mitteln nicht durchführen. Der Mindestlohn für die Landarbeiter liegt mit 60 DM im Monat um ein Drittel unter dem Mindestlohn der Arbeiter in der staatlichen Industrie. Nahezu alle Arbeiter und Bauern leiden an Darm- und Augenkrankheiten.

er Düngemittelfabriken in Ägypten gestellt, an denen westdeutsche Chemiekapitalisten mit 25% beteiligt sind. Ähnliche Verfahren sind vorgesehen für den Ausbau der geplanten Montagewerke von VW und Daimler-Benz, die Ferrostahl AG hat mit Geldern aus dem Weltbankfonds ein Stahlmontagewerk in Ägypten errichtet. Die Hoechst AG, die in einem mit ägyptischem Kapital gemeinschaftlich betriebenen Unternehmen seit Jahrzehnten Arzneimittel und Pflanzenschutzmittel produzieren läßt, plant den Ausbau des Werkes. (Die Chemiemonopole haben von Anfang an gegenüber der ägyptischen Regierung durchsetzen können, daß ihre Unternehmen nicht verstaatlicht werden, indem sie sich weigerten, die Genehmigung für Lizenzproduktionen zu erteilen.) Die Deminex und die westdeutsche Wintershall AG konnten sich Förderrechte in den ägyptischen Erdölfeldern am Golf von Suez sichern. Insgesamt steigerten die BRD-Imperialisten ihre Kapitalanlagen in Ägypten von 1975 bis 1980 um 216 Mio. DM auf 326 Mio. DM. Und sie wollen weitere Anteile an der Ausbeutung der ägyptischen Arbeiter erlangen. Während der ägyptische Staatspräsident Mubarak in der BRD war, trug ihm DIHT-Präsident Wolff erneut die Forderungen der deutschen Kapitalisten nach Beschleunigung der Genehmigungsverfahren vor.

In Ägypten monieren die Imperialisten seit Jahren die Subventionierung der Lebensmittelpreise, die Höhe der staatlichen Aufkaufpreise für landwirtschaftliche Produkte und die „unproduktive Landwirtschaft“. Sadat hatte kurz vor seiner Ermordung angekündigt, daß die Lebensmittelsubventionen erheblich zusammengestrichen würden, Mubarak hat diese Maßnahmen zurückgenommen. In der Agrarproduktion hingegen führen derzeit imperialistische Monopole vor, wie sie sich „produktive Agrarproduktion“ vorstellen: Pepsi Cola, Coca Cola und ein westdeutscher Nahrungsmittelkonzern besitzen jeweils die größten Ländereien, die überhaupt in Privatbesitz sind. Durch verschiedene Landreformmaßnahmen unter Nasser gibt es in Ägypten keinen privaten Landbesitz mehr über 50 Feddan (1 Feddan = 0,43 ha). Die Nahrungsmittelkapitalisten haben jeweils mehr als 1500 Feddan unter ihrer Regie. Das Land ist frisch erschlossenes Neuland, die Erschließung und der Bau der Bewässerungsanlagen vom ägyptischen Staat mit Krediten der Weltbank bezahlt worden. Landarbeiter, vor allem Saisonarbeiter produzieren Citrusfrüchte für die Konzerne.

Quellenhinweis: Egypt, Opportunities for Suppliers & Investors, Juli 1980; World Development Report 1982, Weltbank, Washington 1982; Handelsblatt, Ausgaben v. Dezember 1982

Gewerkschaftsrechte dem nationalen Interesse der ägyptischen Bourgeoisie unterworfen

Gleich 1952 erließ die ägyptische Revolutionsregierung ein Gewerkschaftsgesetz, das die Koalitionsfreiheit garantierte und die Zwangsmitgliedschaft der Industriearbeiter festlegte. Eine Fessel für die Gewerkschaften bedeutete die Einschränkung, daß sie sich den beruflichen Interessen der Mitglieder zu widmen haben, d.h. sich weder allgemein politisch noch religiös betätigen dürfen, aber die Religionsfreiheit wahren müssen.

Neben dem Vorbehalt, daß der Staat in allen Bereichen Mindestlöhne festsetzt und diese aus dem Tarifvertragsrecht ausgenommen sind, erließ die Regierung 1961 Gesetze über die Gewinnbeteiligung der Arbeiter. 25% des Gesellschaftsgewinns sollten den Arbeitern und Angestellten zukommen, davon 10% für Löhne und Gehälter, 5% für soziale Dienste und Wohnungsbau, 10% für soziale Maßnahmen im Betrieb selber.

Die von der ägyptischen Bourgeoisie geplante rasche Industrialisierung – in den ersten zehn Jahren seit 1952 stieg der Wert der ägyptischen Industrieproduktion auf das Dreifache – ließ ihr die Mitbestimmung der Gewerkschaften für die Arbeitsorganisation und Arbeitsbeschaffung geraten erscheinen. Ziele der Industrialisierung waren, einen Teil der Importe zu ersetzen, aber auch, die überschüssigen Arbeitskräfte aus den ländlichen Gebieten aufzunehmen. Nach der Verstaatlichung der Betriebe ausländischer Kapitalisten wurden Entwicklungsprojekte vornehmlich in solchen Industrien zugelassen, die die Beschäftigung großer Massen von Arbeitskräften zuließen. Die Regierung suchte den Gesundheitszustand der Bevölkerung zu heben, nicht nur, um ihre Unterstützung für ihr nationales Programm zu gewinnen, sondern vor allem, um die Produktivkraft der Arbeit zu heben, die durch epidemisch auftretende Infektionskrankheiten stark geschwächt wurde. Bis zu 75% der Bewohner eines Dorfes litten z.B. an Bilharziose, einer durch Schmarotzer in den Eingeweiden verursachten Blutarmut.

Die ägyptische Verfassung von 1956 gewährleistete die Gewerkschaftsfreiheit. Sie legte Rechte der Arbeiter fest, u.a. das Recht auf Arbeit. Die Gewerkschaften wurden zu juristischen Personen durch die Niederlegung der Satzung und der Namen der Leitung. Diese Registrierung muß bei jeder Änderung wiederholt

werden. Dem Arbeitsminister wurden bestimmte Eingriffsrechte gestattet. Er kann z.B. die Arbeitsbedingungen in einem Berufszweig durch Dekret festsetzen, wenn die Zustimmung der Koalitionsparteien innerhalb einer gewissen Zeit ausbleibt, und kann die mit den größten Gewerkschaften ausgehandelten Ergebnisse von Schlichtungen auf ganze Branchen übertragen. Er soll das Funktionieren der Wirtschaft auch bei kollidierenden Klasseninteressen wahren.

Der Aufschwung der Arbeiter- und Gewerkschaftsbewegung stieß bald mit dem von der Regierung propagierten nationalen Interesse zusam-



Arbeiter in der Automobilindustrie

men. Streiks erschienen als Sabotage am Nationaleinkommen. Nach den Studentendemonstrationen, seit 1973, die häufig von der islamischen Opposition beeinflusst waren, trat die Arbeiterbewegung 1977 in der Führung von Hungerrevolten hervor, als die Regierung unter Sadat die Streichung der Subventionen für Brot bekanntgab. Sadat mußte sie zurücknehmen, veranstaltete aber ein Referendum, um die öffentliche Unterstützung für seine Politik und sein scharfes Vorgehen gegen Rebellen und Streikende zu dokumentieren. Die Rechte der Arbeiter wurden verkürzt, während die Bourgeoisie Spielraum gewann. Alle Parteien wie auch sonstige Vereinigungen waren bei der Revolution außer der Regierungspartei aufgelöst worden. Jetzt wurden diese Parteien wieder zugelassen.

Quellenhinweis: H. Ziöck, Vereinigte Arabische Republik, I. Landesteil Ägypten, Bonn 1964



„Hammet“

Wim Wenders und die „schwarze Serie“ — lieber ist ihm Grau

Einen Film über einen Kriminalautor, der tatsächlich gelebt hat, hat der BRD-Filmregisseur Wim Wenders in Hollywood gedreht. „Hammet“ ist ein Kriminalfilm über den gleichnamigen Autor von Kriminalgeschichten, der seinen Lebensunterhalt, bevor er mit Schreiben anfing, als Angestellter der Detektivagentur Pinkerton verdiente. Ein ehemaliger Kollege von Hammet erpreßt ihn zur Mitarbeit an einem Kriminalfall in San Francisco. Der Detektiv sucht ein chinesisches Mädchen, das in China von seinen Eltern verkauft wurde an eine chinesische Zuhälterorganisation in den USA. Seit seinem zwölften Lebensjahr mußte das Mädchen als Prostituierte für den Chef der Zuhälterbande arbeiten.

In wessen Auftrag das Mädchen gesucht wird von Hammet und seinem Kollegen, bleibt zunächst dunkel. Gleich zu Beginn des Films verliert Hammet sein soeben abgeschlossenes Manuskript für eine neue Geschichte und den Kollegen. So macht er sich allein auf die Suche, nunmehr nach dem Mädchen, seinem Manuskript und seinem Kollegen im Chinesenviertel von San Francisco, im Film im wesentlichen als Viertel der Bordelle, Nachtbars und Spelunken dargestellt.

Die einzigen, auf die er sich bei seiner Suche verlassen kann, sind seine Freundin, eine Bibliothekarin, die im selben Haus wie er wohnt, und ein Taxifahrer, der Anarchist ist.

Die Polizei ist korrupt, im Verlaufe des Films stellt sich heraus, daß auch Hammetts ehemaliger Kollege ihn nur eingeschaltet hat, um seine eigenen Interessen ungestört verfolgen zu können. Auch die Chinesin ist nicht, wie zu Beginn des Films nahegelegt, aus dem Bordell in die christliche Mission geflüchtet.

Nach allerlei Umwegen wird Hammet vor eine Versammlung der reichsten Männer der Stadt und den Polizeichef entführt, die ihn beauftragen, mit ihrem gemeinsamen Erpresser in Verbindung zu treten. Erpreßt werden die Männer durch Fotos, auf denen sie mit prostituierten Kindern und Frauen zu sehen sind.

Nach einer längeren Predigt über die Unmoral dieser Bourgeoisversammlung stimmt Hammet zu, das Lösegeld für die Negative der Fotos dem Erpresser zu überbringen. Am vereinbarten Treffpunkt trifft er seinen ehemaligen Kollegen und die Chinesin. Er übergibt das Lösegeld an seinen Freund und erhält die Negative. Die Chinesin löst das gemeinsame Erpresserverhältnis mit dem Detektiv, indem sie ihn umbringt. Die anwesende Polizei verfolgt sie nicht, sondern kümmert sich zunächst um die Sicherstellung des Erpressermaterials.

Wenders hat zweierlei Darstellungstypen vom Kriminalautor Hammet übernommen, wenn auch nur grob: Weder die Polizei noch die Detektive und Spürhunde treten als Ver-

treter der Gerechtigkeit auf, sondern sie erscheinen als korrupte, eigennützige Typen. Einzig Hammet, seine naive Freundin und der Anarchist sind halbwegs ehrliche Gestalten.

Der Kriminalautor Hammet hat tatsächlich eine Zeit als Detektiv der Pinkerton Detektei gearbeitet. In seinen Kriminalromanen hat er verschiedentlich auf die üble Rolle der Detektei hingewiesen, die diese in den Streiks der Bergarbeiter als Spitzel der Kapitalisten und Streikbrecher gespielt hat. Während der Verfolgung von Kommunisten und fortschrittlichen Arbeitern und Intellektuellen durch McCarthy wurde Hammet längere Zeit ins Gefängnis gesperrt, weil er sich weigerte, gegenüber den Verfolgungsbehörden auch nur eine Aussage zu machen über die Tätigkeit von Filmschauspielern und Regisseuren in Hollywood, wo Hammet zu der Zeit Filmdrehbücher schrieb. Nicht nur der damalige Filmschauspieler und heutige US-Präsident Reagan haben sich damals bereitwillig an die Polizei verkauft für Spitzeltätigkeiten.

Wenders stellt Hammet im Film dar als einen, der, wenn er auch nicht gemeinsame Sache macht mit der Bourgeoisie, doch bereit ist, ihr aus der Klemme zu helfen. Dies widerspricht den bekannten Tatsachen über Hammet. Dies zudem unter der Regierungstätigkeit Reagans so zu veröffentlichen, zeugt von gehörigem Opportunismus.

Westberlin im Film „Frontstadt“

In einer Szenenaneinanderreihung mit Hintergrund Westberlin treten verschiedene Personen auf: Ein Punker, ein aus der BRD zugereister Sachbearbeiter einer Wohnungsbaugesellschaft, ein Journalist eines „linken“ Magazins und dessen Freundin.

Über Kneipen und Spielhallen lernen sich diese Leute flüchtig kennen. Der Punker ist insofern sympathisch, weil er, wenn auch diffus, die Gesellschaft ablehnt, deren „Geilheit ihn ankotzt“. Der Sachbearbeiter versackt in Westberlins Kneipen, die ausgiebigst dargestellt werden inklusive Ausschnitte auf der Musikszene. Der Journalist ist ein schmieriger, bestechlicher Typ, der Lebenserfüllung darin sieht, alle Frauen zu bumsen, die ihm über den Weg laufen. Seine vollbusige Wiener Freundin darf man in der obligatorischen Nacktszene eine Minute beim Duschen betrachten. Immerhin macht sie mit ihm Schluß und tritt ihm noch kräftig in sein Geschlechtsteil. Der Punker wäscht sich schließlich die Haare und nimmt stattdessen sinnend einen Stein in die Hand, nachdem er von Zivilpolizisten gefilzt worden ist und in ihnen die Personen wiedererkennt, die nachts auf U-Bahnhöfen Punker, so ihn, brutal zusammenschlagen. Der Sachbearbeiter will nicht mehr Sachbearbeiter sein, sondern in die Musikszene einsteigen und saufen.

Etliche Besucher verließen den Film vorzeitig, und man sollte das Eintrittsgeld da wirklich nicht ausgeben.

Ein Herz für Elfen und Tiere

Daß bestimmte Teile der grünen Bewegung vegetarische Kost bevorzugen, ist bekannt. Ford geht in seinem Erstlingswerk einen Schritt weiter. Seine jungen Helden knabbern Buchenknospen, Gräser und Pilze roh. Fleisch können sie schlecht essen, weil sie sonst ihren Freunden, einer Gruppe von Tieren, zu nahe treten würden. Nab, der Junge, ist als Baby von seinen Eltern, wahren Tierfreunden, eben Eldron, in der Weihnachtsnacht ausgesetzt worden und von einer Dachsfamilie aufgezogen worden. Er erweist sich als Erlöser der Tiere und der Tierfreunde von den Leiden, die

ihnen die Urkku, den heutigen Menschen zum Verwechseln ähnlich, durch ihre Gewalttaten zufügen. Die Waldtiere haben zwar allerhand Tricks entwickelt, wie sie dem Morden bei der Jagd entgehen können. Diese lassen sich zusammenfassen als Stillhalten, bis alles vorüber ist. Nab zieht, begleitet von einem Eldronmädchen, das ebenso arisch blond ist wie er, seinem Dachsvater, einem goldblonden Hund, einem Hasen und einer Eule, zu verschiedenen Elfenkönigen, verfolgt von den Urkku, die von Gottes Widersacher zum Hasen geschaffen sind. Im letzten Moment erreicht er einen Berg, wo es ihm durch die gnädige Führung des schleierhaft bleibenden Gottes gelingt, allen Unschuldigen einen Weg ins Innere der Erde zu eröffnen, wo sie in einem Dornröschenschlaf die Vernichtung der alten Erde durch gewaltige Atomexplosionen überstehen.

Im Nachwort versucht der Autor, dem Leser sein Anliegen nachzutragen. Die ganze Geschichte ist ihm von dem alt gewordenen Nab erzählt worden. Nachdem die Erde von den Elfen in ihren ursprünglich guten Zustand zurückgeputzt worden war, konnten die Gerechten zurückkehren. Daraus erhellt messerscharf, daß die jetzigen Menschen Nachkommen der Eldron sind und die freie Wahl haben, ob sie die Erde vernichten wollen oder nicht. Was dazu nötig ist, ist dem Leser vorgeführt worden: friedliches Mümmeln, Enthaltensamkeit von jeder Veränderung der Natur, Reinlichkeit und Gottvertrauen. Dann kann sogar atomare Vernichtung durch artgemäße Lebensweise überwunden werden.

Richard Ford, Das Vermächtnis der Eldron, Goldmann TB 23 818, 8,80 DM

Rechtsradikale „Trendwende“

Wer glaubt, die Schlachtrufe „Ordnung statt Chaos“ und „Freiheit statt Sozialismus“ seien nur Bestandteile bloßer reaktionärer Stimmungsmache, wird durch das Buch von F.J. Hinkelammert gründlich eines besseren belehrt. H. weist nach, daß es für die Kritik am Konservatismus und Rechtsradikalismus keineswegs ausreicht, diese als das darzustellen, was sie sind, nämlich „Verweigerung des Lebensrechts für alle“, sondern man die vielen Maskierungen aufdecken müsse, unter denen diese Weigerung versteckt wird. „Denn der Rechtsradikalismus setzt sich

im Himmel fest, um die Erde zu beherrschen. Man muß ihn bis in den Himmel verfolgen, wenn man die Erde befreien will.“ Ausgangspunkt aller konservativer Ideologie ist die Institutionenlehre, die H. im ersten Teil untersucht und deren entscheidende Aussage, die Polarität Chaos/Institution, von den Rechtsradikalen übernommen wird. Chaos, Tod, Angst und Natürlichkeit stehen gegen Institution, Leben, Frieden, Ordnung und Göttlichkeit. Da die Institutionen von „Soldaten Castros“ und „leichtfüßigen Intellektuellen“ bedroht werden, müssen „Eliten“ und „schöpferische Minderheiten“ sich erheben und die Ordnung wiederherstellen, indem sie die Rebellen töten. Umgesetzt in reaktionäre Propaganda: dem Feind gegenüber sind alle Mittel erlaubt. Rechtsstaat und Gesetzlichkeit werden zu etwas Sekundärem und bekommen selbst den Charakter des Dekadenten. Daß es sich hierbei um die Kampfmentalität des Privateigentums handelt, ist klar. Entscheidend ist, dieses Privateigentum zu begründen und hier ist nach H. die Bedeutung der katholischen Soziallehre zu suchen, die immer mehr zur herrschenden Ideologie des Rechtsradikalismus wird. Sie macht das Privateigentum zum unabhängigen Naturrecht und erklärt es zur Grenze der menschlichen Freiheit. Der Staat hat zum Schutz des Eigentums das „Schwertrecht“ nach innen (Todesstrafe) und nach außen (Krieg).

Im zweiten Teil des Buches wird die Umsetzung solcherart reaktionärer Ideologie in rechtsradikale Propaganda durch Politiker und Massenmedien („Bayernkurier“, „Rheinischer Merkur“ und „Welt“) aufgedeckt, und das ist wirklich beeindruckend. Es stellt zum einen eine ungeheure Fleißarbeit dar in Zusammenstellung von Zitaten zu Themen wie – um nur einige herauszugreifen – „Die Geschichtslüge von der deutschen Alleinschuld am 2. Weltkrieg“, „Die moralische Erneuerung: Polizeistaat statt Sozialstaat“ oder „Die Erneuerung der ganzen Welt“, zum anderen eine scharfsinnige Analyse dieser Zitate, die zudem brilliant formuliert ist. Ein nützliches und wichtiges Buch besonders für die Kritik an der freiheitlich-demokratisch-grundordentlich-reaktionären Wahlpropaganda.

Franz J. Hinkelammert, Die Radikalisierung der Christdemokraten. Rothbuch Verlag, Berlin 1976, 8,00 DM.

Verlagsprogramm Herder Freiburg

Förderung von Reaktion und klerikalem Dunkelmännertum

Wer Katholik ist jedenfalls kennt Herder-Produkte: den „Schott“ (das kleine „Volks“-Meßbuch) oder das „Gotteslob“, das amtliche Kirchengesangbuch. Als christlicher Pfadfinder oder Meßdiener kennt man noch mehr: christlich-aufklärende Jugendbücher z.B. wie die „Geschichte vom hölzernen Bengele“ (derzeit in der 98. Auflage seit 1913 im Vertrieb) oder den „Großen Herder“ in Pfarrers Bücherschrank.

Schott, Gotteslob und das Bengele sind allerdings nicht die einzigen Renner bei Herder: Jetzt erschien der 1000. Band der Taschenbuchreihe „Herderbücherei“ (seit 1957). Herder ist damit einer der vier Großverlage, die diese Titelzahl für eine Reihe erreichten (neben Göschen, Reclam und Suhrkamp) und damit auch – ganz diesseitig-weltlich – die entsprechenden Umsätze. Geschäftsmotto des Verlagschefs zweiter Generation, Benjamin H. (1818–88): „Gebet muß Geschäft sein und Geschäft muß Gebet sein!“ Das „Gebet“ der inzwischen fünften Generation der Herder-Sippe hat einen sehr praktischen, den rechtsradikalen Zweck nicht verheimlichenden Klang erhalten. Auszüge aus dem Verlagsprospekt zur Annonce einzelner Bände der „Herder-Initiative“, dem „kritisch-konservativen Taschenbuchmagazin für weltoffene, neugierige und intelligente Leser“ (hrsg. von Gerd-Klaus Kaltenbrunner):

Rechtfertigung der Elite. Ein Aufruf gegen die Nivellierung. Auch Demokratien brauchen Eliten / *Wiederkehr der Wölfe.* Über die Hintergründe und ideologischen Wurzeln des internationalen Terrorismus / *Schmarotzer breiten sich aus.* Parasitismus als Lebensform. Immer mehr Menschen leben auf Kosten anderer. / *Europa – Weltmacht oder Kolonie.* Wider nationalen Kleinmut und Egoismus / *Die Strategie der Feigheit.* Wie lange wird der Westen noch frei sein. Was ist das für ein Staat, der keinen Ernstfall kennt. / *Was gehört mir.* Vom Nutzen und Nachteil des Eigentums. / *Verweiblichung als Schicksal.* Verwirrung im Rollenspiel der Geschlechter.

Solche aggressiv-reaktionären Titel sind Herdersche Tradition. Allerdings mag sich ausgerechnet der *Verlagsgründer*, Bartholomäus H., sehr zum Leidwesen der Hauschronisten nicht so ganz in das sonst so geschlossene Bild einfügen: er hatte sich mit seinem Hang zur „katholischen Aufklärung“ für eine deutsche Nationalkirche unabhängig von Rom und die Unterordnung der Kirche unter den Nationalstaat stark gemacht. (1) Schon sein Sohn Benjamin allerdings korrigierte: die Ideen der bürgerlichen Revolution gingen ihm zu weit, göttliche Ordnung, Sitte und Recht galt es zu bewahren.

Kaum waren die Revolutionswirren überwunden, sah sich der Verlag des deutschen Katholizismus vor neue Aufgaben gestellt: deutsch-französischer Krieg, Niederschlagung der Pariser Kommune (geglückt dank Landkarten aus dem Hause Herder), Reichsgründung, aber unter dem Protestanten Bismarck, Kulturkampf (Munition von Herder). Es gilt die „soziale Frage“ zu beantworten und der Entfaltung sozialistischer Theorie und Praxis zu entgegenen. Hermann Herder (Verlagschef von 1888–1936), der diese Aufgabe löste, gilt als eigentlicher Gründer des heutigen Verlags. Eine seiner Großtaten: die noch unter seinem Vater begonnene Herausgabe des „Staatslexikons“. Im Vorwort zur 1. Auflage heißt es zur Aufgabenstellung:

Staat und Gesellschaft sind als die von Gott gewollte Ordnung mit dem Zweck des Menschen und der Menschheit in Verbindung zu bringen; die Familie ist als die Grund- und Unterlage aller staatlichen und gesellschaftlichen Entwicklung und Organisation zu verteidigen ...

Verteidigung der gottgewollten Ordnung ist auch ganz praktisch Hauptzweck Herders Geschäftsgebets:

Obwohl nicht mehr dienstpflichtig, meldet er sich 1917 freiwillig zum Fronteinsatz, um, wie die Verlagschronisten berichten, mit todesmutigen Handgranateneinsätzen in den französischen Reihen heillose Verwirrung anzurichten (EK I.); sein Verlagsprogramm stellt er „in den Dienst von Abwehr und Aufklärung“; seine Gattin leitet in den durch Produktionseinschränkungen freigeordneten Fabriksälen ein Feldlazarett, und mit dem überschüssigen Kapital zeichnet er Kriegsanleihen. (2)

Obwohl der Katholizismus mit der Machtergreifung des Nationalsozialismus insoweit in Widersprüche zum Staatswesen geriet, als die Nationalsozialisten ihren Herrschaftsanspruch *auch* über

die Kirche einforderten, bleibt Herder sich, Pius und der staats-treuen Grundhaltung treu:

Die NSDAP verlangt im Mai 1933 die Ersetzung des Artikels „Nationalsozialismus“ im Staatslexikon, weil dort (1927) Hitler in seinen Anfängen wegen „übertriebenem Radikalismus und Größenwahnsinn“ kritisiert worden war. Zusätzlich sollte der Name des verantwortlichen Herausgebers getilgt werden und ein öffentliches Entschuldigungsschreiben des Verlags an Hitler gesandt werden. Der Verlag erfüllte *alle* Forderungen auf Anhieb – mit Ausnahme der Namenstilgung!

Wie man sieht, darf man sich als umsichtiger Verleger auch von solchen Zwischenfällen das Geschäft nicht vermiesen lassen und den katholischen Stolz nicht nehmen. Der Übergang nach 1945 war trotz schwerer Zerstörungen durch Bombenangriffe auf das Freiburger Verlagshaus bruchlos. Die Übergänge im Herder-Verlagsprogramm von klerikalem Dunkelmännertum und christlicher Soziallehre zu rechtsradikaler Hetze und Versatzstücken faschistischer Ideologie sind heute genauso fließend.

Quellenhinweis: (1) nach: Der Katholizismus in Deutschland und der Verlag Herder, 1951; (2) nach: Herder im Weltkrieg, Beilage zum Jahresbericht des Herder-Verlages, 1934; zusätzlich wurden verwendet: verschiedene Broschüren und Werbeschriften sowie Hauszeitschriften des Verlages

Konzentrationslager (II)

Die deutsche Bourgeoisie beutete Millionen Zwangsarbeiter aus

Die deutsche Bourgeoisie hat – wie im vorigen Heft ausgeführt – die Konzentrationslager als ein Mittel zur Durchsetzung ihrer Expansions- und Kriegsziele errichten lassen:

– Erstens waren die Konzentrationslager ein Terrormittel gegen die organisierte Arbeiterbewegung.

– Zweitens waren die Konzentrationslager ein Mittel, um mit der Vernichtung großer Teile der Völker im Osten die Pläne zur „Germanisierung“ dieser Gebiete zu verwirklichen.

– Drittens – soweit nicht Bestandteil des Vernichtungsfeldzuges gegen die Völker im Osten – waren die eigens eingerichteten Vernichtungslager und Gaskammern zur Ermordung von Millionen Juden Mittel zur Ausschaltung eines Konkurrenten der deutschen Finanzbourgeoisie.

– Viertens schließlich waren die Konzentrationslager Bestandteil des Systems der Zwangsarbeit, eine ständige Drohung gegenüber den Millionen ausländischer Arbeiter und Kriegsgefangenen.

Gerade über dieses Verbrechen der Verschleppung von Millionen zur Zwangsarbeit schweigt die Bourgeoisie meist und fördert stattdessen die Legenden, daß die in den Konzentrationslagern verübten Morde und Quälereien das Ergebnis der Verrohung einiger SS-Chargen gewesen seien. Tatsächlich aber waren sämtliche größeren Kapitalisten direkt und persönlich an der Organisation der Zwangsarbeit beteiligt. Sie haben davon profitiert, daß fast acht Millionen ausländische Zivilarbeiter und Kriegsgefangene in ihren Munitions-, Panzer-, Flugzeug- und anderen Rüstungsfabriken geschunden wurden und mindestens noch einmal die gleiche Zahl in den besetzten Gebieten.

Der Internationale Gerichtshof in Nürnberg urteilte: „Die Verschleppung zur Sklavenarbeit war vielleicht das schrecklichste und größte Sklavenunternehmen der Geschichte.“ Eine genauere Untersuchung der Beteiligung der deutschen Bourgeoisie daran ist also angebracht.

Welche strategische Bedeutung die Zwangsrekrutierung der Millionen ausländischer Arbeiter für die Kriegsplanung hatte, geht aus einem Vergleich hervor, den der Generalbevollmächtigte für den Arbeitseinsatz, Fritz Sauckel, Ende 1942 anstellte:

	Weltkrieg I		Weltkrieg II	
	Juni 1914	Sept. 1918	Juni 1938	Nov. 1942
Soldaten	780 000	3 200 000	1 400 000	9 400 000
Beschäftigte	10 779 000	8 890 000	25 276 000	28 584 000
Männer	7 045 000	4 339 000	17 006 000	17 331 000
Frauen	3 704 000	4 551 000	8 270 000	11 253 000
Ausländer	÷	÷	500 000	5 700 000
davon Frauen	÷	÷	÷	1 050 000

Anmerkung: Die Beschäftigtenzahlen für den ersten Weltkrieg sind um etwa ein Drittel zu niedrig, da nur die in Krankenkassen versicherten Arbeiter und Angestellten erfaßt wurden.

Die Ausbeutung von fast sechs Millionen ausländischen Arbeitern – weitere zwei Millionen wurden in den folgenden Kriegsjahren 1943/44 rekrutiert – erlaubte der deutschen Bourgeoisie,

eine im Verhältnis zum ersten Weltkrieg erheblich größere Armee unter Waffen zu halten und zugleich die Rüstungsproduktion noch zu steigern. So schreibt Speer, ehemals Rüstungsminister und in Nürnberg verurteilt, in seinen „Erinnerungen“: „Nach zweieinhalb Jahren hatten wir, trotz des jetzt erst beginnenden Bombenkrieges, unsere gesamte Rüstungsfertigung von einer durchschnittlichen Indexziffer von 98 für das Jahr 1941 auf eine Spitze von 322 in Juli 1944 angehoben.“ Und obwohl der Terror von SS und Gestapo bei der Rekrutierung der ausländischen Arbeiter Hunderttausende das Leben kostete, bedauert Speer jetzt nachträglich nur, daß die Schergen und Henker des Regimes nicht noch blutiger vorgegangen sind: „Die Erwartungen Hitlers, aus einer Bevölkerung von 250 Millionen mühelos die in Deutschland fehlenden Arbeiter herauszuholen, scheiterten ebenso an der Schwäche der deutschen Exekutive in den besetzten Gebieten wie an der Neigung der Betroffenen, lieber zu den Partisanen in die Wälder zu flüchten, als sich zum Arbeitseinsatz nach Deutschland verschleppen zu lassen.“

Die deutsche Bourgeoisie hoffte also, mit der Plünderung der besetzten Gebiete und der Versklavung von Millionen bessere materielle Voraussetzungen geschaffen zu haben, um die in ihrem ersten Waffengang um die Vorherrschaft in Europa erlittene „Schmach von Versailles“ wettmachen zu können. Zugleich war sie entschlossen auf jeden Fall zu verhindern, daß ein erneuter „Dolchstoß der Heimat“ ihren Plänen ein vorzeitiges Ende bereitet. Im ersten Weltkrieg hatten Hunderttausende Arbeiter und Arbeiterinnen in Aktionen und Streiks gegen die Hungerrationen und die immer brutaler werdende Ausbeutung in den Rüstungsfabriken demonstriert. Sie förderten mit der Losung „Brot statt Krieg“ zugleich die Zersetzung der Truppe. Mit Plünderung und Sklavenarbeit gelang es den Faschisten im zweiten Weltkrieg, einen Zusammenbruch der Lebensmittelversorgung zu vermeiden. Zugleich sorgten Polizeistiefel und KZs dafür, daß Aktionen gegen den Krieg fast unmöglich scheinen mußten. Die chauvinistische Propaganda der Spaltung in „Deutsche“ und „Fremdvölkische“ (an die die Bourgeoisie heute erneut anknüpft) erhielt mit der elenden Lage der Zwangsarbeiter immer neuen Stoff.

Die Kapitalisten bereicherten sich hemmungslos an der Ausbeutung der ausländischen Arbeiter, Kriegsgefangenen und KZ-Häftlinge. Sie konnten sich so bis zum Kriegsende den „Luxus“ leisten, 1,4 Millionen Frauen als Hausangestellte zu beschäftigen, statt sie in den Munitionsfabriken auszubeuten. Die faschistische Regierung hatte nie die Absicht, die Lage der Arbeiter zu verbessern, mochten diese nun „deutsch“ oder „fremdvölkisch“ sein. So forderte Sauckel im April 1942 Akkordkürzungen: „Es dürfe dem Arbeiter jetzt nicht die Möglichkeit zu einer breiteren Lebenshaltung gegeben werden, die später nach dem Kriege im internationalen Wettbewerb nicht aufrechterhalten werden kann.“ Allenfalls verglichen mit der Lage eines ausländischen Zwangsarbeiters schien die eines deutschen Arbeiters gut. Der Stundenlohn eines Metallhilfsarbeiters lag 1942 bei 80 Rpf. pro Stunde (bei wöchentlicher Arbeitszeit seit Kriegsbeginn von 60 statt 48 Stunden vorher), während ein „Ostarbeiter“ laut gesetzlicher Lohntabelle für die gleiche Tätigkeit nach Abzug von „freier Unterkunft und Verpflegung“ gerade noch 20 Rpf. ausgezahlt erhielt, wenn ihm nicht auch das als „Bestrafung“ für irgendwelche Vergehen gegen die Arbeitsdisziplin verweigert wurde. Die „freie Unterkunft“ war im günstigsten Fall ein Barackenlager, das selbst an arbeitsfreien Tagen nicht ohne Genehmigung verlassen werden durfte. Oder sie bestand, wie im Nürnberger Prozeß für die Krupp-Werke geschildert, aus Hundehütten.

Die Ernährung der deutschen Bevölkerung war bis zum Kriegsende erheblich besser als in allen anderen europäischen Ländern, so daß im Potsdamer Abkommen ausdrücklich festgehalten wurde, daß der mittlere Lebensstandard in Deutschland auf den in den europäischen Ländern zurückzuführen sei. Aber wie kam diese vergleichsweise bessere Lage zustande! Erstens durch den Raub der Lebensmittel in den besetzten Gebieten und zweitens durch Hungerrationen für die ausländischen Arbeiter und Kriegsgefangenen. So beschreibt ein Dr. Jäger im Nürnberger Prozeß die Verpflegung von sowjetischen Arbeitern in den Krupp-Werken: „Der Versorgungsplan schrieb eine kleine Menge Fleisch pro Woche vor. Dafür durfte nur Freibankfleisch verwendet werden, welches entweder pferdetuberkulös oder vom Tierarzt verworfenes Fleisch war.“

Ähnlich war die noch heute von allen Reaktionären geschätzte Hochachtung der „Frau und Mutter“ beschaffen. Die Sozialzulagen, die an Soldatenfrauen gezahlt wurden, waren so hoch, daß

sie nicht gezwungen waren, in die Fabriken zu gehen. Während im ersten Weltkrieg bald mehr als die Hälfte der Beschäftigten Frauen waren, wuchs die Zahl der Arbeiterinnen im zweiten Weltkrieg nie so stark und dann vor allem durch die Zwangsrekrutierungen sowie durch die Einverleibung besetzter Gebiete ins Deutsche Reich. Die Faschisten verzichteten bewußt auf eine Rekrutierung weiterer Frauen aus Gründen der „Wehrmoral“. Selbst im Januar 1943 wurden in einer Verordnung zur allgemeinen Dienstverpflichtung ausdrücklich Frauen mit nichtschulpflichtigen Kindern oder mit mehr als einem Kind unter 14 Jahren ausgenommen. Gleichzeitig aber wurden Tausende von polnischen und sowjetischen Kindern in die deutsche Rüstungsproduktion verschleppt und der Kinderschutz für sie ausdrücklich aufgehoben. So befanden sich z.B. beim Heschko-Konzern, der aufs engste mit der AEG und Siemens liiert war, achtjährige Kinder, für die ein Stundenlohn von elf Pfennigen festgelegt war. Und die Konzernleitung der IG Farben erließ eine Anweisung: „Russische Frauen können ohne weiteres an Männerarbeit gestellt werden, wie überhaupt irgendwelche Rücksichten auf Schutzbestimmungen der Arbeitszeit oder Gewerbeordnung unangebracht sind.“

Der ganze schmutzige Chauvinismus, mit dem die Faschisten die Brutalitäten gegen die ausländischen Arbeiter rechtfertigten, war aber stets mit der Drohung verbunden, daß jeder deutsche Arbeiter, der nicht alles für die „Ehre Deutschlands“ bringt, in dieselbe Lage kommt.

Die Zwangsarbeit der ausländischen Arbeiter förderte die treibhausmäßige Kapitalakkumulation und -konzentration. So waren trotz der beträchtlichen Zerstörungen der Produktionsanlagen durch die Bombardierungen die Produktionskapazitäten in den Schlüssel- und Produktionsmittelindustrien am Kriegsende noch annähernd gleich groß wie zu Anfang. Und obwohl die deutsche Monopolbourgeoisie große Teile ihres Herrschaftsgebietes verlor, hat sie nach Kriegsende ihre Schlagkraft erstaunlich rasch wieder-

herstellen können. Nur zwei Beispiele, wie die Monopole von der Zwangsarbeit profitierten:

– Der Krupp-Konzern beutete in seinen Betrieben insgesamt 97952 ausländische Zivilarbeiter, Kriegsgefangene und KZ-Häftlinge aus bei einer Gesamtbelegschaft von 250000. Dabei stieg der ausgewiesene Profit von 57 Mio. RM 1935 auf 110 Mio. RM 1944.

– In den Betrieben des Flick-Konzerns waren 40000 Zwangsarbeiter beschäftigt. Friedrich Flick gehörte wie Direktoren und Vorstandsmitglieder der Siemens AG, der IG Farben, der Deutschen, der Dresdner und der Commerzbank sowie einer Reihe anderer Monopole zum „Freundeskreis Himmler“. Die in diesem „Freundeskreis“ zusammengeschlossenen Banken und Konzerne überwiesen jährlich über eine Million RM an die SS und sicherten sich damit den Einfluß und die Kontrolle über die von der SS betriebenen Konzentrationslager. Im IG-Farben-Prozeß schilderte der frühere SS-General Wolff diese Zusammenarbeit: „Himmler nahm die Herren öfters auf Führung mit, um sie mit der Arbeit und den Problemen der SS vertraut zu machen und ihnen zu zeigen, wofür ihre Geldspenden verwendet werden. Ich glaube, es war 1937, als Himmler die Mitglieder des Freundeskreises zu einer Besichtigung seiner Porzellanfabrik Allach und des Konzentrationslagers in Dachau einlud.“

Die deutsche Monopolbourgeoisie war persönlich an den Verbrechen der faschistischen Herrschaft beteiligt und hat sich daran maßlos bereichert. Verständlich, daß sie dieses Regime, das sie zur rücksichtslosen Durchsetzung ihrer Expansionsziele errichtet hatte, selbst dann noch verteidigte, als seine militärische Niederlage unvermeidlich war. Und daß sie dann nach dieser Niederlage alles getan hat, um ihre Beteiligung an diesen Verbrechen zu vertuschen.

Quellenhinweis: Braunbuch, Kriegs- und Naziverbrecher in der Bundesrepublik, Berlin 1965: A. Speer, Erinnerungen, 1969; Ursachen und Folgen, Vom deutschen Zusammenbruch 1918 und 1945 bis zur staatlichen Neuordnung in der Gegenwart, Dokumentensammlung, Band 18 u. 19

Arbeitsplatzstudie

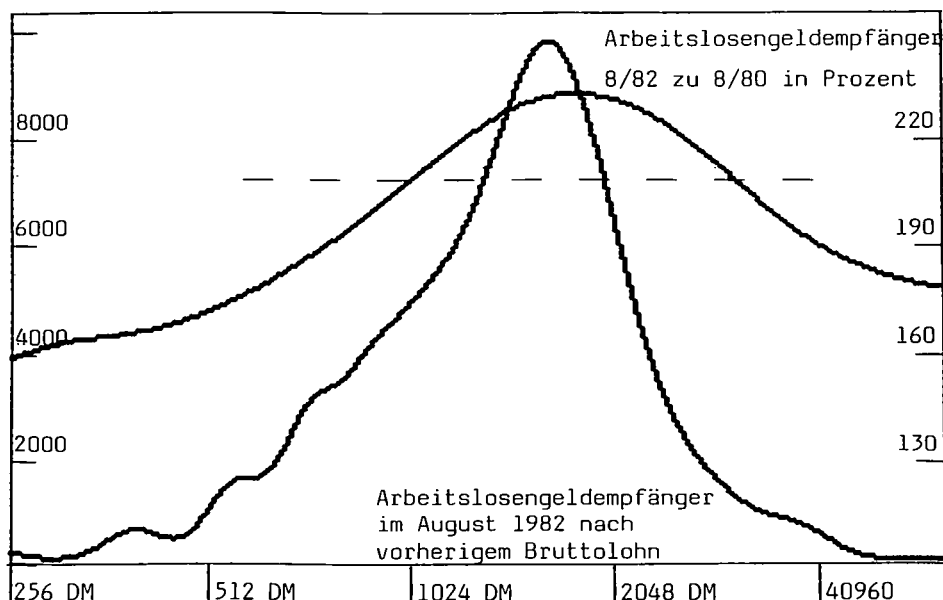


Lehrerin abends bei der Arbeit. U. A., Kunstgruppe Braunschweig

Die Situation auf dem Arbeitsmarkt im vergangenen Jahr war einerseits dadurch gekennzeichnet, daß die Zahl der Erwerbspersonen um 200000 zugenommen hat und andererseits die der Erwerbstätigen um 1,8% abgenommen hat. Die Zahl der hieraus folgenden Arbeitslosen belief sich im Jahresdurchschnitt 82 auf 1,833 Millionen registrierter Arbeitsloser und die Zahl der nicht registrierten Arbeitslosen ("stille Reserve") wird auf 800000 bis 1000000 geschätzt. Insgesamt meldeten sich 1982 3,7 Millionen Arbeiter und Angestellte neu arbeitslos, 3,2 Millionen gingen wieder in Beschäftigung, 1981 betrug der Zugang in die Arbeitslosigkeit 3,5 Millionen und der Abgang aus der Arbeitslosigkeit betrug 2,9 Millionen. Die Zu- und Abgänge wachsen und gleichzeitig nimmt der Bestand an Arbeitslose zu. Die Dauer der Arbeitslosigkeit war 1982 mit 7 Monaten durchschnittlich um einen Monat höher als im Vorjahr. Nimmt man den Einzelberuf der vermittelten Arbeitslosen zum Maßstab, so gingen 63% der Abgänge aus der Arbeitslosigkeit nicht in ihre herkömmliche Beschäftigung. Ziel der Kapitalisten ist mittels des Arbeitsmarktes auf das Lohnniveau zu drücken und eine Lage zu schaffen, daß Arbeit zu jeder Bedingung und zu jedem Preis angenommen wird. Dazu haben die Kapitalisten 15 - 20% der Erwerbstätigen 1982 in die Arbeitslosigkeit getrieben.

Das Schaubild vergleicht die Arbeitslosengeldempfänger von 1980 und 1982 nach ihrem vorherigen Monatslohn, wie dieser nach dem Arbeitsförderungsgesetz ermittelt wird. Die Zone überdurchschnittlicher Zunahme der Arbeitslosigkeit reicht hiernach von ca. 1000 DM bis ca. 3100 DM, gewissermaßen vom unteren Rand derjenigen mit regelmäßiger Beschäftigung bis oberhalb des Gipfels der Lohnverteilung der Beschäftigten der Investitionsgüterindustrie (vgl. Pol. Betr. 1/83). Dabei hängt die Obergrenze stark davon ab, wie hoch der Einfluß der veränderten Vorschriften für die Berechnung des Arbeitsentgelts veranschlagt wird. Nach wie vor besteht der Hauptbestandteil der Arbeitslose nach Zu- und Abgang aus ungelernten Lohnabhängigen aus den Niedriglohnbereichen, gleichzeitig nähert sich die Herkunft der Zugänge in die Arbeitslosigkeit immer mehr der realen Verteilung der Lohnabhängigen auf der Lohnskala. Die Hauptzufuhr auf den Arbeitsmarkt erfolgte im vergangenen Jahr absolut aus dem verarbeitenden Gewerbe. Hier beträgt die Arbeitslosenquote inzwischen 10,5%. Relativ am größten war die Zufuhr aus der Bauwirtschaft.

Arbeitsmarkt (I)



Relative Verschiebungen der Zugänge und Abgänge auf dem Arbeitsmarkt (aus einer Stichprobe, durchgeführt Ende Mai / Anfang Juni)

	Mai/Juni 82 Zu-Abgänge		Mai/Juni 81 Zu-Abgänge		Mai/Juni 80 Zu-Abgänge	
Männer	56,4	59,7	54,0	57,2		
Frauen	43,6	40,3	46,0	42,8		
Ausländer	14,3	14,2	17,6	17,5		
Arbeiter	69,2	73,6	76,8	78,1	68,8	70,4
Angestellte	30,8	26,4	23,2	21,9	31,2	29,6
Stellung im Beruf						
Qualifiziert	42,2	44,1	35,6	35,5	35,9	35,8
Facharbeiter	23,4	27,9	19,6	20,5	16,4	17,8
Ang.m.geh.Tät.	18,8	16,2	16,0	15,1	19,5	18,0
nicht qualif.	57,8	55,9	64,4	64,5	64,1	64,2
Nichtfacharb.	45,8	45,8	51,9	52,9	51,8	51,9
Ang.,einf.T.	12,0	10,1	12,5	11,6	12,3	12,4

Arbeitslosenquoten

	5/82	5/81	5/80
Arbeitslose			
Insgesamt	6,9	4,8	3,3
Männer	6,1	3,8	2,5
Frauen	8,1	6,3	4,7
Arbeiter	9,6	6,3	4,1
Angestellte	4,2	3,3	2,5

Während sich die Arbeitslosenquoten zwischen Männern und Frauen auf Grund obiger Zusammensetzung des Zugangs auf den Arbeitsmarkt nivelliert, wächst andererseits die Differenz der Arbeitslosenquoten zwischen Arbeitern und Angestellten. Die Nivellierung obiger Arbeitslosenquoten resultiert aus einem überdurchschnittlichen Zwang von angelernten männlichen Ar-

beitskräften bis hin zu den Facharbeitern. Im September 1981 betrug die Zahl der arbeitslosen Facharbeiter 180000 und sie bildeten damit einen Anteil von 15% des gesamten Arbeitslosenheeres. Dieser Sachverhalt wirkt auf die Entwicklung der Reproduktion in qualitativem Ausmaß negativ, denn die Haupteinnahmequelle vieler Arbeiterhaushalte wird hierdurch unterhöhlt. In der nächsten Ausgabe der Politischen Berichte wird hierauf näher eingegangen. Quellenhinweis: Amtliche Nachrichten der Bundesanstalt für Arbeit, verschiedene Ausgaben; Mitteilungen aus Arbeitsmarkt- und Berufsforschung 1/82; Sonderdruck Strukturanalyse der Bestände an Arbeitslosen und offenen Stellen; Presseinformation 1/83.

Blüms Renten-Wurf: Formel für höhere Lohn- und Rentenabzüge

	Bruttol. i. Durchschn. d. RV-Vers.	Nettolohn Stkl. 3/0 K.	Nettolohn in % d. Bruttol.	Formelrente (FR) wie 1957	Gezahlte Renten in DM	in % d. FR	Nettoanpassung ab 1970 (Modell) in DM	in % d. FR
1957	420	353	84.0	214	214	100.0	--	--
1958	444	379	85.4	227	214	94.3	--	--
1959	467	394	84.4	241	227	94.2	--	--
1960	508	425	83.7	254	241	94.9	--	--
1961	560	461	82.3	266	254	95.5	--	--
1962	611	496	81.2	284	266	93.7	--	--
1963	648	520	80.2	307	283	92.2	--	--
1964	706	561	79.5	336	307	91.4	--	--
1965	769	620	80.6	364	335	92.0	--	--
1966	824	655	79.5	393	364	92.6	--	--
1967	852	674	79.1	425	393	92.5	--	--
1968	903	707	78.3	460	425	92.4	--	--
1969	987	762	77.2	489	460	94.1	460	94.1
1970	1112	850	76.4	516	489	94.8	481	93.2
1971	1244	943	75.8	548	516	94.2	505	92.2
1972	1336	1022	76.5	601	548	91.2	547	91.0
1973	1525	1125	73.8	669	600	89.7	603	90.1
1974	1698	1293	76.1	743	668	89.9	663	89.2
1975	1817	1325	72.9	826	743	90.0	729	88.3
1976	1945	1408	72.4	917	826	90.1	811	88.4
1977	2079	1593	76.6	1008	917	91.0	882	87.5
1978	2187	1601	73.2	1092	1008	92.3	949	86.9
1979	2331	1707	73.2	1168	1053	90.2	1020	87.3
1980	2457	1784	72.6	1242	1096	88.2	1085	87.4
1981	2575	1850	71.8	1319	1139	86.4	1156	87.6
1982	1395	1205	86.4	1200	86.0
1983	ab 1. Januar:			1472	1205	81.9	1259	85.5
	ab 1. JULI:			1472	1260	85.6	1259	85.5

Zu den Angaben der Tabelle:

Die angegebenen **Bruttolöhne** stellen 1/12 des Jahresbetrags der Löhne im Durchschnitt der Rentenversicherten (Arbeiter und Angestellte) dar. Der darauf bezogene **Nettolohn** für Steuerklasse III ohne Kinder ist bis 1974 nach Angaben des BM für Arbeit und Soziales übernommen und ab 1975 den amtlichen Lohnsteuertabellen entnommen.

Der als **Formelrente** ausgewiesene Betrag stimmt mit der wirklich gezahlten Rente bloß 1957 überein. Die Formelrente ist berechnet ab 1957 mit der Annahme, die damals beschlossene Rentenformel habe die ganze Zeit über ohne amtliche Einwirkungen die Entwicklung des Rentenniveaus bestimmt. Als Maßzahl ist der in der RVO dafür vorgesehene Versicherungsanspruch berechnet worden: 40 Versicherungsjahre, Lohn wie der Durchschnitt der Rentenversicherten.

Die **Gezahlte Rente** gibt für den gleichen Versicherungsanspruch die Auswirkung der Rentenpolitik der Bourgeoisie und ihrer verschiedenen Regierungen auf das Rentenniveau wieder. Dieser Rentenbetrag, ausgedrückt in Prozent der Formelrente (FR) gibt wieder, daß zum Beginn dieses Jahres die Renten fast um ein Fünftel unterhalb des Niveaus liegen, das "dynamisiert" entsprechend der Bruttolohnhöhe erreicht sein müßte. Dabei wirkt sich die gleich 1958 um 1 Jahr verschobene Anpassung noch bis in die 70er Jahre deutlich aus als Nachhinken gegen vorübergehend größere Nominallohnerhöhungen.

Die **Nettoanpassung** ist eine Modellrechnung, in der statt mit der Zuwachsrates der Bruttolöhne nun für den Zeitraum ab 1970 mit der Zuwachsrates der Nettolöhne die Renten "angepaßt" werden, so wie es nach der Ankündigung "Entwicklung wie die verfügbaren Einkommen" denkbar wäre.

Arbeitsminister Blüm hat die Aufforderung an "alle im Bundestag vertretenen Parteien" gerichtet, "Konsens" zu bilden über eine brutale Politik gegen die Rentner. Er kann sich auf eine derartige "Anregung" des SPD-Sozialsprechers Glombig vom August 1982 berufen, als die SPD noch in der Regierung wirkte. Damit ist schon immerhin klar, daß die Beweggründe stark und auch unter den Bourgeoispolitikern der verschiedenen Schattierungen akzeptiert sind, die zu dem Versuch dieser reaktionären Einschöpfung führen.

Blüms Angebot: "a) Die Rente bleibt beitrags- und leistungsbezogen. Wer länger und mehr Beiträge zahlt, der soll auch eine höhere Rente erhalten. b) Die verfügbaren Einkommen von Erwerbstätigen und Rentnern sollen sich gleichmäßig entwickeln. c) Der Bundeszuschuß zur Rentenversicherung muß auf eine verlässliche Grundlage gestellt werden." (sozialpolitische Informationen v. 20.1.83)

Zentral für die künftige Sozialpolitik ist die Aussage unter b). Sie entstammt fast wörtlich der Regierungserklärung Schmidts nach den Wahlen 1980. Damit ist erstens klar, daß die Interpretation des jetzigen CDU-Wahlprogramms, die CDU halte an der Bruttolohnbezogenheit fest, betrügt. Zweitens aber müssen aus dieser Ankündigung sehr viel weitergehende Schlußfolgerungen gezogen werden, über die sich der Arbeitsminister vollständig im klaren ist. Denn noch als Sprecher der Opposition äußerte Blüm am 29.4.82 anlässlich einer CDU-Feier zum Jubiläum der Rentenreform von 1957 folgende Kritik an der "Nettoanpassung", die im wesentlichen bloß ein anderes Wort für "gleichmäßige Entwicklung der verfügbaren Einkommen" darstellt:

"Die Rentner haben ... einen Anspruch auf eine bruttolohnbezogene Rente. Mit einer Nettolohnrente würde der Staat Einfluß auf die Rentenhöhe gewinnen ... Entlastung für die Rentenkasse bringt sie auch nur, wenn Brutto- und Nettolöhne sich weiter auseinander entwickeln ... Wer Nettolohnrente als Entlastungsrezept anpreist, akzeptiert und perpetuiert ein konfiskatorisches Steuersystem."

Das Ergebnis des nebenstehenden Vergleichs macht deutlich, daß es unter Bourgeoispolitikern gute Gründe gibt, die beschlossene weitere Ruinierung der Rentenversicherung nicht über die Steuerplünderung anzulegen. Der Ertrag ist für anderes bestimmt, aber vor allem: zu wenig Spaltungsmöglichkeit. Nunmehr sollen unter Anrufung von "Solidarität" und "Gerechtigkeit" Beitragszahler und Rentner gezwungen werden, direkt gegeneinander loszugehen: die einen durch höhere Beiträge, die anderen durch einen entsprechenden Abschlag (=Abzug) auf die weiterhin bruttolohnbezogene Rente.

Stahl, „sanierung“

Neugruppierung gegen Lohnabhängige und Konkurrenten



3 Mrd. DM aus Steuergeldern wollen die Stahlkapitalisten, um sich zu zwei Stahlkonzernen zusammenzuschließen, die zu den größten der Welt gehören würden. Die Ausbeutung der Stahlarbeiter soll verschärft werden, um die Konkurrenten im Ausland umso rascher niederzuwerfen. Wird die IG Metall sich in den chauvinistischen Strudel zur „Rettung unserer Stahlindustrie“ hineinziehen lassen oder wird sie das Expansionsprogramm der Kapitalisten bekämpfen?

Agrarpreise

Förderung des Agrarkapitals, Verelendung der kleinen Bauern

Nur kurz vor den Verhandlungen der Landwirtschaftsminister der EG über die Agrarpreise für das kommende Wirtschaftsjahr hat das Ministerium Ertl absichtsvoll ein Gutachten seines wissenschaftlichen Beirates veröffentlicht. Unter der Losung „die landwirtschaftliche Einkommenspolitik stärker als bisher an den marktwirtschaftlichen Grundsätzen orientieren“ wird

dort verlangt: „mittelfristige reale Agrarpreissenkung von etwa 3% pro Jahr“ und damit eine weitere Annäherung der BRD-Agrarpreise an ein Niveau, das eine Ausdehnung des Agrarexports erlaubt. Abbau aller „Einkommenstransfers“ an die Bauern, etwa durch Versicherungszuschüsse oder niedrigere Steuern, stattdessen sollen die armen Bauern Sozialhilfe in Anspruch nehmen.



Asylbewerber

Hotel Astoria – ein Asylantenlager am Rand der Stadt



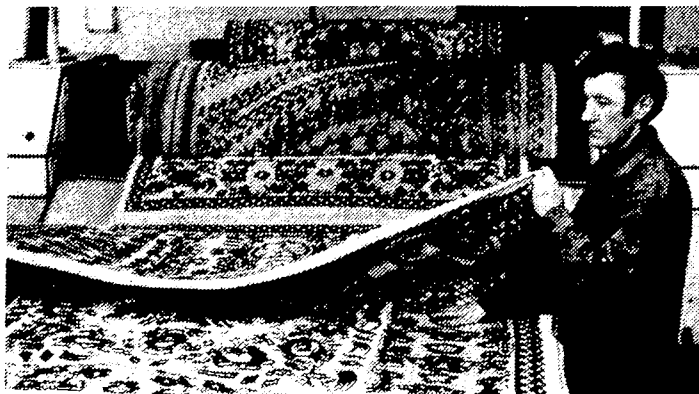
In einem heruntergekommenen Hotel ist in Göttingen ein Asylantenlager eingerichtet. Man kann nicht sagen, daß sich das Land Niedersachsen die Einrichtung und Unterbringung im Lager nichts kosten ließe. Nur: die Asylbewerber können sich nicht einmal die Karten für den Stadtbus leisten, das Essen ist oft verdorben, das Hotel vom Dach

bis zum Keller eine Bruchbude, die Asylbewerber sind eingepfercht in Mehrbettzimmer und mit Arbeitsverbot belegt. Häufigster Besucher ist die Polizei. „Dieser Dunstkreis von Erpressung, Nötigung und Lebensangst ist unerträglich“, sagen Beschäftigte bei der Stadt Göttingen. „Die Zügel anziehen“, sagt die Bezirksregierung.

VR Polen

Dreijahresplan für die Wirtschaft beschlossen

Gleichzeitig mit der teilweisen Außerkraftsetzung des Kriegsrechts hat die polnische Regierung einen Wirtschaftsplan für die nächsten drei Jahre aufgestellt. Trotz Zweckmeldungen über den Aufschwung der neuen Betriebsgewerkschaften und deren Beitrag zur Produktion konnte mit Ausnahme der Kohlenförderung die Produktion vor allem in der Industrie kaum gesteigert werden. Die hohen Auslandsschulden drücken.



Politische Berichte

Zeitschrift des Bundes Westdeutscher Kommunisten – erscheint vierzehntäglich, Preis 2,50 DM

Nachrichtenhefte

erscheinen vierzehntäglich mit acht verschiedenen Heften, Preis pro Heft 0,70 DM

- 01 Stahl- und Metallindustrie
- 02 Druckindustrie
- 03 Chemie und übrige Industrien
- 04 Handel, Banken, Versicherungen
- 05 Öffentliche Dienste, Transport und Verkehr
- 06 Schul- und wehrpflichtige Jugend
- 07 Studierende Jugend
- 08 Kommunalverbände, Landwirtschaft und kleine Selbständige

Politische Berichte und Nachrichtenhefte werden herausgegeben von:

Zentrales Komitee des Bundes Westdeutscher Kommunisten (BWK)

5000 Köln 1

Kamekestr. 19

Tel.: 0221/ 51 73 76

Sie erscheinen im Verlag GNN Verlagsgesellschaft Politische Berichte m.b.H.

5000 Köln 1

Kamekestr. 19

Tel. 0221/ 51 74 57

Bezugsbedingungen:

Politische Berichte: Halbjahresabonnement inkl. Versand 36,- DM, Jahresabonnement inkl. Versand 72,- DM.

Politische Berichte sowie ein Heft Nachrichten: Halbjahresabonnement inkl. Versand 47,- DM, Jahresabonnement inkl. Versand 94,- DM.

Jedes weitere Nachrichtenheft: Halbjahresabonnement 9,- DM, Jahresabonnement 18,- DM.

Einzelabonnement Nachrichtenheft: Halbjahresabonnement inkl. Versand 14,- DM, Jahresabonnement inkl. Versand 28,- DM.

Jedes weitere Heft: Halbjahresabonnement 9,- DM, Jahresabonnement 18,- DM.

Bestellungen sind zu richten an:

GNN Verlagsgesellschaft Politische Berichte m.b.H.

5000 Köln 1

Kamekestr. 19

Tel.: 0221/ 51 74 57